

Nr. 9

26.2. - 4.3. 1990

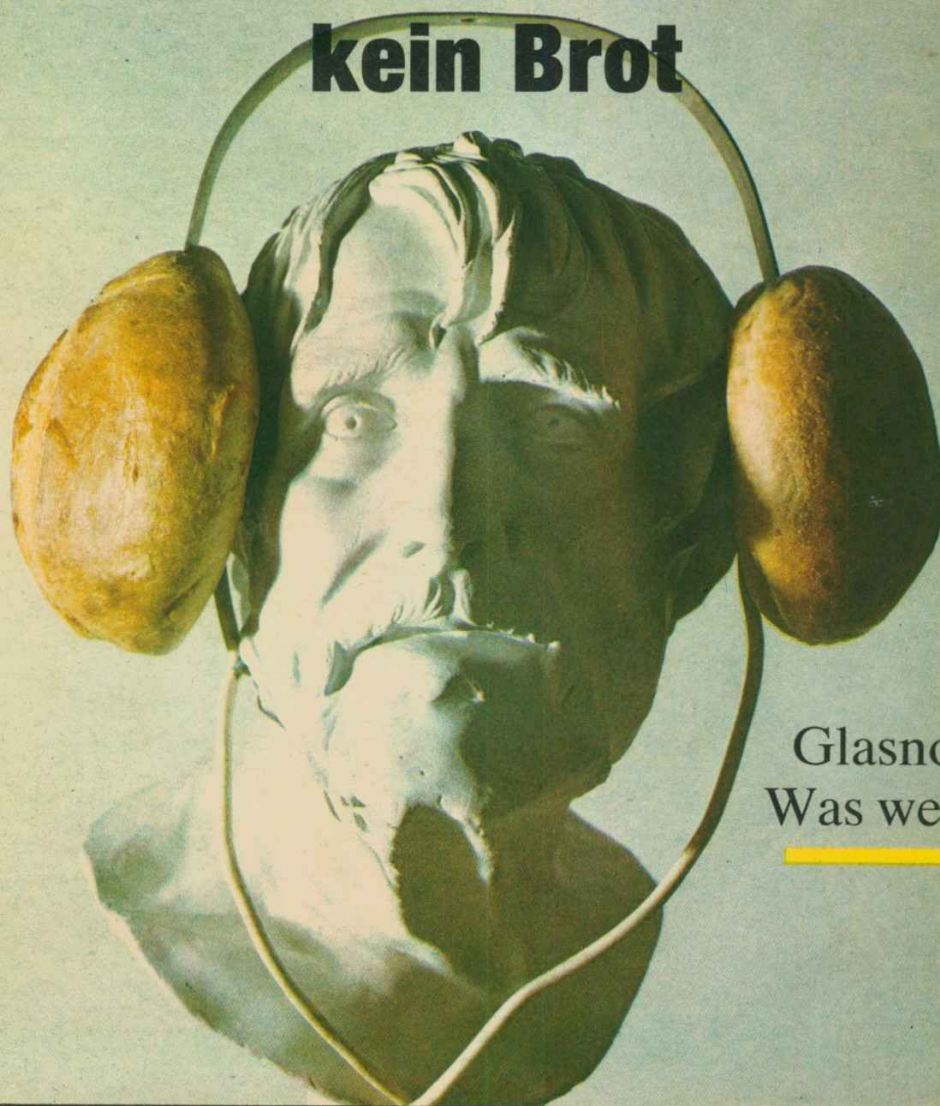
BRD 2, - DM
Österreich 10, - OS
Schweiz 1, 80 sfr
Berlin (West) 2, - DM

**MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK**

NEUE ZEIT

Auf dreieckigen Rädern
über
Europas Straßen

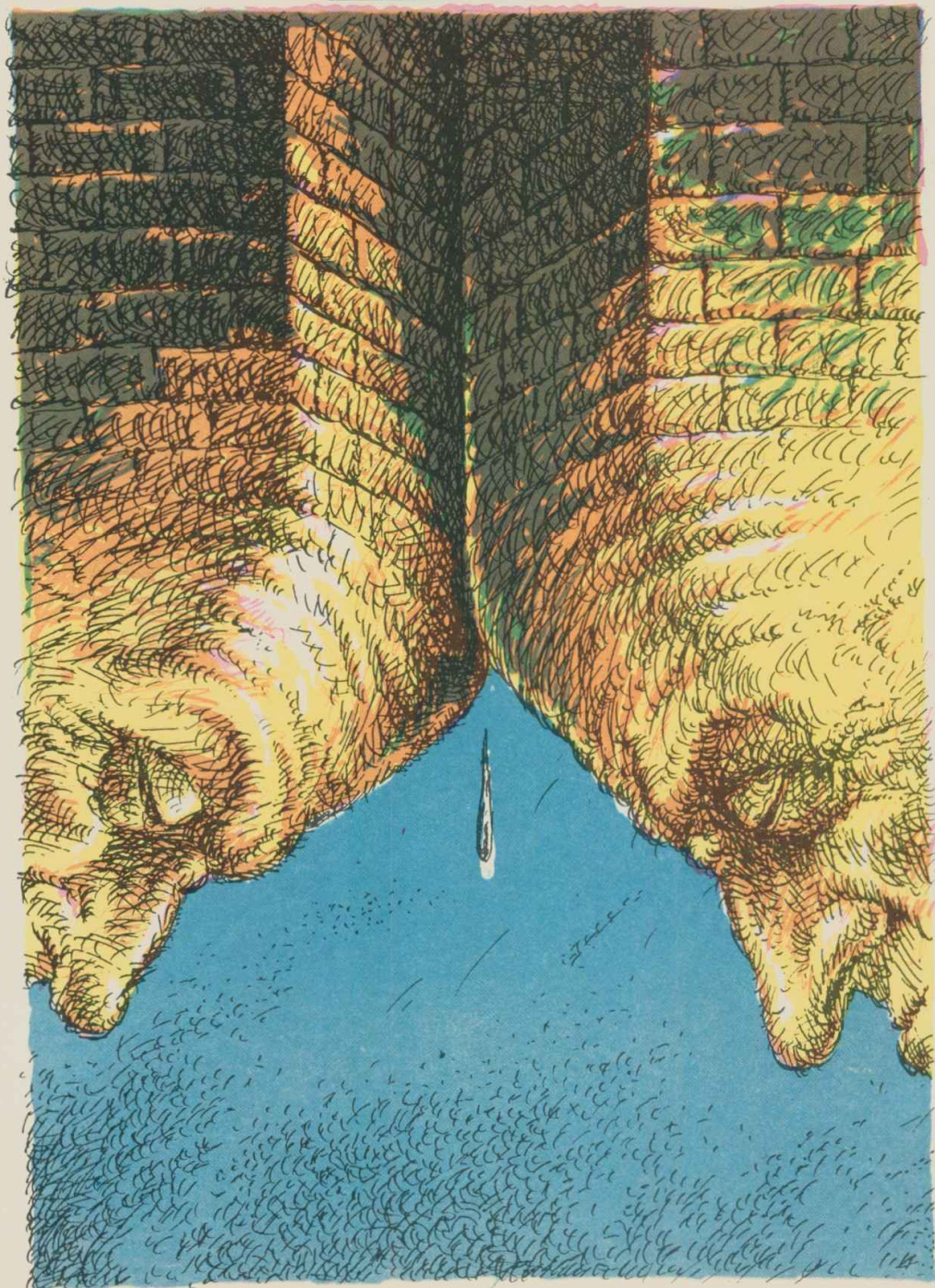
Ohne Freiheit kein Brot



Glasnost...
Was weiter?



PERSPEKTIVEN



Zeichnung: Igor Smirnow

LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44)

VON UNSEREM PARLAMENTSKORRESPONDENTEN



Konferenz in
Ottawa:
Änderung
der Tagesordnung?
S.7

N. Andrejew EINE STURM- UND DRANGZEIT? 5

OST-WEST G. Sidorowa ARITHMETIK DES „OFFENEN HIMMELS“ 7

NEUES EUROPA

G. Bashenow AUTO MIT DREIECKIGEN RÄDERN 10

GLOBALE PROBLEME J. Kudimow KAMPF DEM „WEISSEN TOD“ 12

BULGARIEN

W. Shitomirski WIE VIELE PARTEIEN BRAUCHT DIE REPUBLIK? 13

MONGOLEI A. Didussenko AUS DEM „SOZIALISMUS“ ZUM SOZIALISMUS 16

BRD N. Sholkwer EIN OSCAR FÜR OSKAR? 18

HAITI M. Baklanow AUF DER SUCHE NACH EINEM ZUHAUSE 20

KRISEN DER PERESTROIKA MACHT UND MEDIEN 24

BETRACHTUNGEN V. Ganjuschkin GANZ GROSS AUFGEMACHT... 28

NZ-STANDPUNKT A. Wassinski ARCHIPEL „SONDERWOHLFAHRT“ 30

FRAUEN-LOGIK T. Iwanowa EIN ANDERES LEBEN 31

JUNGE WELT S. Solowejschik DIE GEBURT EINES FANATIKERS 32



Weg zur Demokratie –
bulgarische Variante
S.13

Meditation
im Lotossitz
S.46



NATIONALITÄTENPROBLEME

X. Mjalo, P. Gontscharow EIN AUSBRUCH 33

L. Mletschin ANGABEN LIEGEN NICHT VOR 34

„WORLD PAPER“ IN DER NZ GESCHICHTE ZWEIER TUNNEL 36

HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT

N. Berdjajew DER RUSSISCHE KOMMUNISMUS 40

RELIGION D. Sgerski MEDITATIONSÜBUNG 46

MUSIK M. Tariwerdijew EIN LANDSMANN 47

Titelbild: Viktor Brel

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

☎: 229-88-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-41-92, 200-42-23

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch ● Druck: „Moskowskaja Prawda“

Chefredakteur

Vitali IGNATENKO

Redaktionskollegium:

Leonid ABRAMOW,

Lew BESYMENSKI,

Alexej BUKALOW

(verantwortl. Sekretär),

Alexander DIDUSSENKO,

Vitali GANJUSCHKIN

(stellv.

Chefredakteur),

Sergej GOLJAKOW,

Wladimir

KULISTIKOW

(stellv. Chefredakteur),

Leonid MLETSCHEIN,

Dmitri POGORSCHESKI,

Alexander PUMPJANSKI

(1. stellv.

Chefredakteur),

Galina SIDOROWA,

Viktor STARSCHINOW

Gestaltung:

Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur

der deutschen Ausgabe:

Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:

Algier

Michail CHROBOSTOW;

Belgrad

Gennadi SYSSOJEW;

Berlin

Anatoli KOWRIGIN;

Bonn

Nikita SHOLKWER;

Bukarest

Sergej SWIRIN;

Delhi

Sergej IRODOW;

Havanna

Vitali SOBOLEW;

Lusaka

Nikolai RESCHETNJAK;

Managua

Juri KUDIMOW;

New York

Jewgeni ANDRIANOW;

Prag

Kim KOSTENKO;

Rom

Pawel NEGOIZA;

Stockholm

Alexander POLJUCHOW;

Tokio

Wladimir

OWSJANNIKOW;

Warschau

Rudolf BORECKI

Auslandsredaktionen:

Warschau, „Nowe Czas“

Jan LYSEK;

Prag, „Nova doba“

Vladimir TRAVNICEK;

Athen, „Nei Keri“

Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

„Demokratischer Prüfstein“ (NZ 1/90)

■ Ich habe den Beitrag Ihres Journalisten über unsere Beteiligung am Bürgerkrieg in Afghanistan gelesen und nachgedacht.

Wie mutig schreibt doch dieser Autor. Er ist sogar bereit, den Befehlshaber unserer Streitkräfte in Afghanistan dafür zu verurteilen, daß er sich selbst noch nicht für ihre Pflichttreue und das unter Beweis gestellte Mitgefühl gegenüber dem menschlichen Leid verurteilt hat. Er ist sogar bereit, Deserteure zu rechtfertigen, die seiner Meinung nach beim Desertieren nicht gewöhnliche Feigheit, sondern hochgradiges Verständnis der Weltpolitik an den Tag legten, weil ihnen von Anfang an klar war, daß man sie in einen ungerechten Krieg geschickt hat.

Dafür zeigt er in der Frage, welche Leute tatsächlich für

den Krieg verantwortlich sind, Trägheit. Das zeigte aber auch der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR. Nur vier Menschen sollen diese verhängnisvolle Entscheidung getroffen haben. Sie alle sind nicht mehr am Leben. Sie trafen diese Entscheidung, ohne eine Sitzung des Politbüros einberufen zu haben. Die übrigen Mitglieder des Politbüros erfuhren erst aus der Zeitung vom Beschluß ihrer Kollegen, der, ob richtig oder falsch sei außer acht gelassen, vom Standpunkt des Parteistatuts und des Staatsrechts ungesetzlich war. Die übrigen Mitglieder des Politbüros erfuhren davon – und was passierte? Haben sie die Einberufung einer Sitzung des Politbüros, die Annullierung des Beschlusses und die Bestrafung der Schuldigen gefordert? Sie waren doch in der Mehrzahl! Wurde diese Frage beim Plenum des ZK von Mitgliedern des Politbüros oder

anderen ZK-Mitgliedern gestellt? Jeder hatte diese Möglichkeit. Hat jemand beim Parteitag von 1981 seinen Protest oder seine eigene Meinung geäußert? Diese Möglichkeit hatten nicht nur die Mitglieder des ZK, sondern jeder beliebige Parteitagsdelegierte. Dabei hätte man den Beschluß des inzwischen verstorbenen Quartetts in jeder dieser Etappen aufheben können.

Zu Zeiten von Stalin und Berija hätte eine Äußerung gegen eine Entscheidung Stalins die schlimmsten Folgen haben können, bis hin zur physischen Vernichtung. Breschnew und Suslow verfügten dagegen nicht über eine solche Macht. Wovor haben sich also jene Leute gefürchtet, die Widerstand hätten leisten können?

Nikolai Raditschuk

Rentner, ehem. Lehrer

Nowowolynsk, Ukr. SSR

„Service für den Export“

(NZ 28/89)

■ Ehrlich gesagt, ich habe diese Veröffentlichung übersehen. Es ging in diesem Beitrag über die Krankheit Vitiligo, und ich weiß praktisch nichts darüber. Aber in der Rubrik „Leserbriefe“ (NZ 3/90) las ich dann die Antwort von Ihrem Korrespondenten auf Kuba. Er erläuterte, wie diejenigen, die sich von Vitiligo heilen lassen wollen, in dieses Land gelangen können. In der Antwort finden wir auch den Satz: „Man kann nicht alle Kranken nach Kuba schicken“. Diese Antwort ist natürlich typisch für unsere Presse, für unser ganzes System. Warum sollte das denn nicht möglich sein? Alle Vitiligo-Kranken nach Kuba, alle Krebskranken nach Israel, alle Knochenkranken in die BRD? Sind denn die Betroffenen daran schuld, daß zur selben Zeit, da die ganze zivilisierte Welt ihr Geld ins Gesundheitswesen steckt, wir Milliarden für wer weiß was ausgaben? Für Rüstung, Melioration und „Bruderhilfe“? Für alles, was wir heute haben, genauer, was wir nicht haben.

Ich sage ganz ehrlich, daß mich dieses Problem deshalb so berührt, weil ich selbst eine kranke Tochter habe, ein Mädchen von 13 Jahren. Unsere Ärzte konnten ihr nicht helfen. Jetzt habe ich mich an die Botschaft der USA gewandt, meine letzte Hoffnung. Noch ist keine Antwort eingetroffen... Natürlich kann man nicht alle Kranken in die USA schicken. Aber was soll ich denn tun? Soll ich einfach selbst nach Amerika fahren (über dieses Recht jedes Sowjetbürgers wird jetzt viel gefaselt)? Wer soll das bezahlen? Ich habe als Fachmann mit Hochschulabschluß in meinem ganzen Leben nur das Geld für ein paar hundert Bücher zusammenbekommen...

Konstantin Turljanski

Dонецк, Ukr. SSR

Das Präparat „Melagenin“, das in Kuba zur Behandlung von Vitiligo verwendet wird, ist leider kein Mittel, das zur endgültigen Ausheilung des Leidens führt.

Beim 1. Internationalen Kongreß zum Problem Vitiligo, der im Juni 1989 in Havanna stattfand, konnte die kubanische Seite keinen einzigen authentischen Fall für die Ausheilung der Krankheit vorweisen.

In der UdSSR wird eine originelle Therapie zur Behandlung von Vitiligo angewandt, wobei die betreffenden Hautpartien mit einem Laser bestrahlt werden. Allerdings kann die Anwendung von „Melagenin“ in Kombination mit dem sowjetischen Verfahren die therapeutische Wirkung erhöhen.

Inzwischen wurde die Frage, das Präparat dem Pharmakologischen Institut der UdSSR zur klinischen Erprobung zuzuleiten, von kubanischer Seite gelöst. Im Falle einer erfolgreichen Approbation wird „Melagenin“ in der erforderlichen Menge importiert.

Fragen der Ätiologie, Pathogenese und Therapie von Vitiligo werden im Zentralinstitut für Haut- und Geschlechtskrankheiten (Moskau, ul. Korolenko 3) und im Forschungsinstitut für Kosmetologie des Gesundheitsministeriums der RSFSR (Moskau, Olchowskaja ul. 27) aktiv untersucht.

G. Wolokin

Stellv. Leiter

der Verwaltung für spezialisierte

medizinische Hilfe des

Ministeriums für

Gesundheitswesen der UdSSR

**Kann man sich
im Ausland
medizinisch
behandeln
lassen?**

**Appell von
„Amnesty
International“**

**Afghanistan:
Wer traf die
verhängnisvolle
Entscheidung?**

**„Frauen-Logik“
(NZ 3/90)**

■ Die Autorin will uns davon überzeugen, daß wir heute nicht schlechter leben als gestern. Warum zieht sie den Vergleich nur zu früheren Jahrzehnten? Wenn man schön Vergleiche zieht, dann mindestens zur Steinzeit oder zum finsternen Mittelalter! Da könnten tatsächlich beeindruckende Veränderungen festgestellt werden! Der Gedanke allein würde uns auf die Straßen und Plätze rufen, um mit Hochrufen auf die Inspiratoren und Organisatoren all unserer Siege zu demonstrieren!

Welches Ziel wird mit dieser Veröffentlichung verfolgt? Soll damit die Spannung und Unzufriedenheit des Volkes gedämpft werden, die es zur aktiven Suche nach einem Ausweg antreiben? Will man uns umstimmen, auch weiterhin nichts außer Brot und Kartoffeln zu wollen, um nicht an den Grundpfeiler unseres Traumreiches zu rütteln? Man muß nicht die Gegenwart mit der Vergangenheit vergleichen, um ein „Gefühl tiefster Befriedigung“ zu erzeugen, sondern die eigene

Gegenwart mit der Gegenwart unserer Nachbarn auf der Erde.

Die Aufgabe der Presse besteht nicht darin, die in der Gesellschaft brodelnden Leidenschaften zu kühlen (dafür ist die Kirche da), sondern darin, sie zu einer Resultante zu vereinigen und sie auf den Aufbau und nicht auf die Zerstörung zu richten. Das ist viel schwieriger, als Leute zu überreden, mit dem Wenigen zufrieden zu sein, was doch mehr ist als das gestrige Nichts.

G. Wlassow
Nowosibirsk, RSFSR

**Leserbrief von Konstantin
Iwanow (NZ 2/90)**

■ Im Zusammenhang mit den in der Presse veröffentlichten Mitteilungen über die Qualen, denen Akademiemitglied Sacharow im Semaschko-Krankenhaus in Gorki 1984 und 1985 ausgesetzt war, und über die Rolle, die hierbei der Chefarzt des Krankenhauses O. Obuchow gespielt hat, rufen wir die dritte Tagung des

Obersten Sowjets der UdSSR auf, eine Sonderkommission zur Untersuchung der Umstände des Aufenthalts von Andrej Sacharow in Gorki zu bilden. In die Kompetenz dieser Kommission bitten wir folgendes einzuschließen:

Untersuchung der Tätigkeit der Leitung des Semaschko-Krankenhauses und jener Mitarbeiter der Staatssicherheit, deren Anweisungen sie befolgen mußte;

Klärung der Frage nach der Rückgabe aller Dokumente und Manuskripte von Akademiemitglied Sacharow, die von Staatssicherheitsorganen einbehalten wurden.

Die Durchführung einer solchen Untersuchung ist für uns, die Bürger von Gorki, auch deshalb wichtig, weil Doktor Obuchow in unserer Stadt eine recht bedeutende Figur ist: Er leitet die Gebietsabteilung des Kinderfonds, wurde kürzlich mit dem Titel Volksarzt der UdSSR

geehrt und als Kandidat für den Gebietssowjet nominiert.

**Teilnehmer der
Sacharow-Lesungen in Gorki**

**„Ohne Obrigkeit“
(NZ 34/89)**

■ Juri Feofanow kritisiert rechtswidrige Urteile. Eine der Ursachen sieht er in dem Druck der Umwelt auf die Richter, welcher wiederum durch die Rechenschaftspflicht vor den Wählern begründet wäre. Meines Erachtens vertauscht hier Juri Feofanow Ursache und Wirkung.

Natürlich müssen Richter unabhängig und dürfen nur dem Gesetz unterworfen sein. Dies wird jedoch durch die Rechenschaftspflicht nicht aufgehoben. Unabhängig heißt doch nicht, daß die Arbeit der Gerichte keiner Kontrolle unterliegen darf. Nicht die Existenz der Rechenschaftspflicht, sondern im Gegenteil die fehlende Kontrolle durch die Volksvertretungen ermöglichte rechtswidrige Urteile in Ihrem Land. Wie viele Wissenschaftler schreiben, ging die reale Macht in der UdSSR jahrzehntelang nicht von den gewählten Sowjets, sondern von der Verwaltung (oder der Staatsbürokratie, wie Sie es nennen) aus. Die Justiz wurde somit zum Anhängsel der Verwaltung. Hier liegt die Lösung des Problems! In einem Staat darf weder die Verwaltung noch die Justiz herrschen.

Ronald Haffner
Döbern, DDR

**Zusammengestellt von
T. Tschernowa**

S O G E S E H E N



Zeichnung: Igor Smirnow

„Amnesty International“ an „Neue Zeit“

Sehr geehrter Chefredakteur!

Wir, die Unterzeichner, rufen Ihr Land auf, die Todesstrafe abzuschaffen. Wir sind für die Abschaffung der Todesstrafe in der ganzen Welt und kämpfen dafür auch in unserer Heimat, den USA.

Im Verlauf der vergangenen drei Jahre wurden in der UdSSR Todesurteile ausgesprochen und vollstreckt, dabei nicht immer öffentlich. Wir rufen dazu auf, die Hinrichtungen einzustellen und bereits verhängte Todesurteile aufzuheben, die gesamte Statistik von Urteilen und Hinrichtungen zu veröffentlichen.

Außerdem empfehlen wir, eine unabhängige Kommission zur Untersuchung der Anwendung

der Todesstrafe und deren Einflüsse auf die Gesellschaft zu gründen. Die Schlußfolgerungen der Kommission müssen veröffentlicht werden, um den Anstoß zu einer breiten und qualifizierten Diskussion zu geben.

Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit, die Sie diesem ersten Problem schenken.

**Marjori Thorne
Cynthia Carter**

Karen Powell und andere
(insgesamt 67 Unterschriften)
USA



**ALEXANDER
SHURAW-
LJOW**

Mitglied des
Ausschusses
des
Unionsowjets
für Fragen der
Arbeit, der
Preise und der
Sozialpolitik



**GERHARD
ZAZWORKA**

Chefredakteur
der Zeitung
„Horizont“
(DDR)

Eine weitere Lesung des Eigentumsge-
setzes fand im Obersten Sowjet der
UdSSR statt. Im Grunde wurde sie
zu einer Diskussion über die Prinzipien unse-
rer Staatsordnung, über einen neuen Unions-
vertrag. Das Eigentumsgesetz ist ja entschei-
dender Grundstein eines Unionsvertrages. Das
Eigentumsgesetz bestimmt letztlich unsere
Staatsordnung – denn, wie das Eigentum
organisiert ist, so ist auch die Gesellschaft
organisiert.

Um bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes vor-
anzukommen, muß man die Haltung zu einer
komplizierten Frage – zum Privateigentum –
klären. Letztlich muß man vor einer Einigung für
volle Klarheit sorgen. Diejenigen, die gegen das
Privateigentum sind, sollen sich rechts aufbauen.
Wer das Privateigentum nur auf dem Papier des
Gesetzestextes haben will, soll stehenbleiben, wo
er steht. Wer aber für das Privateigentum ist, soll
vortreten, damit sich die Perestroika durchsetzt.
Die Stunde der Entscheidung ist gekommen.
Die Position muß ganz klar sein. Sonst kommen
wir nicht voran. Für mich ist Eigentum alles, was
einen Wert darstellt, jemandem gehört und von
einer natürlichen Person auf die andere oder von
einer Gruppe von Menschen auf die andere über-
gehen kann.

Eigentlich hätte es das Bonner Treffen
von Hans Modrow und Helmut Kohl
überhaupt nicht zu geben brauchen.
Denn unter dem Strich hat es nichts gebracht.
Aber vielleicht war es die bittere Erkenntnis
wert, daß am Rhein diktiert werden soll, wie die
Währungs- und Wirtschaftsunion und letztend-
lich das auch staatlich vereinigte Deutschland
auszusehen haben. Heute ist leichter zu erken-
nen, warum am Vorabend des Bonner Tref-
fens eine Schreckensmeldung von einer ange-
blich zahlungsunfähigen DDR lanciert wor-
den war. Gezeichnet wurde das Bild eines
bankrotten Ostdeutschland, einer Konkurs-
masse, damit sie umso billiger zu erwerben sei.
Und wer zahlt, hat das Sagen (!)

CDU und CSU mußten sich nach der
Begegnung Modrow-Kohl im Bundestag kriti-
sieren lassen, sie hätten der DDR bisher so
gut wie keine Hilfe zukommen lassen. Die
Delegation aus Berlin sei mit leeren Händen
nach Hause geschickt worden.

Geht man nach dem Kalender von Bundes-
kanzler Kohl, so fallen die Entscheidungen
erst nach den Volkskammer-Wahlen vom 18.
März. Also wird die neue DDR-Regierung von
ihrer ersten Stunde an unter Beweis zu stellen
haben, ob sie sich nur einem Diktat unterwirft
oder im Geiste jener bewundernswürdigen
demokratischen Revolution handelt, die im
Oktober/November 1989 das DDR-Tor aufge-
stoßen hat: zu einer besseren, gerechteren

und freieren Gesellschaft. Wer kann glauben,
daß jene Millionen, die mit dem Ruf „Wir sind
das Volk“ auf die Straße gegangen waren,
dafür sind, daß der Preis der deutschen
Vereinigung zu ihren Lasten gedrückt
wird?

Der Kongreß der Komsomolorganisa-
tionen der RSFSR beschloß die Grün-
dung eines Komsomol der Republik.
Die beiden Hauptargumente: der Mangel an
republikeigenen politischen Strukturen und der
Wunsch des Komsomol, im künftigen Parla-
ment der RSFSR vertreten zu sein.

Ein Delegierter der Konferenz, der die
Gründung eines Leninischen Komsomol der
RSFSR verteidigte, sagte sinngemäß folgendes:
In der Nichtschwarzerde-Region mangelt es ent-
setzlich an Straßen. Bei uns im Kolchos wäre
eine alte Frau fast im Dreck versackt. Der
Komsomol der RSFSR könnte bei der Lösung
vieler Aufgaben, vor die die Republik gestellt
ist, helfen.

Mir aber scheint, daß es nicht von prinzipieller
Bedeutung ist, wer die alte Frau retten
wird – ein Mitglied des Leninischen Komsomol
der Union oder des Leninischen Komsomol der
RSFSR. Das Wichtigste ist die Umgestaltung
des ganzen Komsomol, der weiter in der Krise
steckt. Der Komsomol muß zur Schaffung
eines Verbandes der Jugendorganisationen bei-
tragen, dem er dann als gleichberechtigtes Mit-
glied angehören würde. Notwendig ist die
Abstimmung aller Mitglieder über einen neuen
Namen des Komsomol. Sein 21. Kongreß muß
eine neue Satzung verabschieden und dabei
vom Prinzip des demokratischen Zentralismus
Abschied nehmen. Andere Prinzipien sind
erforderlich: die Priorität der Rechte des ein-
zelnen, die Priorität der Grundorganisation,
die selbst zu entscheiden hat, was für eine
Zentrale sie braucht und ob sie diese über-
haupt braucht; die Respektierung und Garan-
tien für die Rechte der Minderheit...

Welche Aufgaben könnte der Komsomol der
RSFSR in erster Linie lösen? Ich denke da vor
allem an den kulturellen Bereich, an konkrete
Hilfe für junge Talente. Er könnte auch den-
jenigen helfen, die in Rußland geboren, viele
Jahre in anderen Regionen unseres Landes
lebten, jetzt aber aus verschiedenen Gründen
in die Republik zurückkehren. Es gibt in der
RSFSR Tausende verlassener Dörfer. Man
muß den Rückkehrern helfen, ihr Leben zu
gestalten und mit der Arbeit zu beginnen.

Kurz gesagt, ein Komsomol der RSFSR ist
grundsätzlich nötig. Doch ohne die Differen-
zen, die heute im Leninischen Komsomol der
Union bestehen, überwunden zu haben, wer-
den wir den Komsomol Rußlands nicht so
schaffen können, daß er dem Geist der Zeit
gerecht wird und für die jungen Leute attraktiv
ist.



**WJATSCHES-
SLAW
KOPJOW**

1. Sekretär des
Moskauer
Stadtkomitees
des
Leninischen
Komsomol

Eine Sturm- und Drangzeit?

Von der Doppelherrschaft, der Ämterhäufung und der mangelhaften Umsetzung der schönen Losung „Alle Macht den Sowjets“.

Nikolai Andrejew

Der Vorsitzende des Staatskomitees für Fernsehen und Rundfunk Michail Nenaschow machte den Deputierten Angst mit der großen Summe von 100 Mio Rubel – so viel habe seinen Berechnungen nach die Übertragung der beiden Tagungen des Kongresses der Volksdeputierten und der beiden Tagungen des Obersten Sowjets gekostet. Rechnet nur nach: Sind eure endlosen Wortgefechte die Steuergelder wert?! Doch der Vorsitzende des Obersten Sowjets Michail Gorbatschow kommentierte das so: Man müsse davon ausgehen, daß die Menschen die Debatten lieber im Fernsehen verfolgen.

All dem ist zu entnehmen, daß parlamentarische Debatten ein Lieblingsprogramm der sowjetischen Menschen sind. In der von der „Literaturnaja Gaseta“ veröffentlichten Popularitätsliste liegt die Übertragung der Kongresse der Volksdeputierten und der Tagungen des Obersten Sowjets an zweiter Stelle, nur die TV-Sendung „Wsgljad“ ist noch beliebter.

Die Volksdeputierten ihrerseits warten nur darauf, sich persönlich an der parlamentarischen Arbeit beteiligen zu können. Zur dritten Tagung des Obersten Sowjets kamen mehr, als man erwartet hatte: Der Saal konnte nicht alle Interessenten fassen, und deshalb nahmen sie auch den Pressebalkon ein. Den Journalisten war der Zugang dorthin versperrt, und sie machten einen Skandal, da sie dies als Angriff auf Glasnost werteten. Ich selbst gehörte nicht zu den Skandalisierern, da ich vorsorglich einen bequemen Platz auf dem Balkon ergattert hatte, von wo aus ich einen guten Überblick über das Geschehen im Saal hatte.

Und da gab es etwas zu sehen. Im Präsidium, wo in früheren Jahren die Greise des Politbüros thronten, hatten es sich jetzt einfache Volksdeputierte bequem gemacht – Tatjana Saslawskaja, Juri Stschekotschichin, Juri Tschernitschenko, Juri Lewykin. Wegen Platzmangels hatten sie sich hier niedergelassen. Die Mitglieder des jetzigen Politbüros aber saßen mitten im Saal. Generalstaatsanwalt Alexander Sucharew, der sich verspätet hatte, mußte sich auf einen herbeigeordneten Stuhl setzen. Vor ihm saß Jegor Ligatschow, und direkt vor ihm – die berühmten Zeitgenossen Telman Gdijan und Nikolai Iwanow. Fotoreporter eilten herbei, um die Ansammlung handelnder Personen einer Geschichte, die für viele Diskussionen in unserem Lande sorgt, mit ihrer Kamera festzuhalten.

Die wichtigste Frage

Auf der Tagesordnung stand der Komplex Gdijan – Iwanow – Ligatschow nicht. Die Abgeordneten konzentrierten sich vielmehr auf andere Fragen. Jede von ihnen verdient besondere Aufmerksamkeit – sowohl der Entwurf des Eigentumsgesetzes als auch der Entwurf des Gesetzes über den sozialistischen Betrieb, die Kontrolle darüber, wie der Ministerrat zur Gesundung der Wirtschaft beiträgt, und vieles andere. Und doch kann man die gesamte Debatte zur Tagesordnung mit der Diskussion auf einem leckgeschlagenen Schiff vergleichen – darüber, wie das Deck zu streichen sei.

Ein riesiges vergoldetes Wappen des Landes wurde im Saal angebracht. Früher machte man sich dabei keine sonderlichen Gedanken, heute aber bleibt der Blick auf allen seinen Details hängen. Und jedes ruft Fragen hervor. Hammer und Sichel vor dem Hintergrund des Erdballs – sieht dies nicht wie eine Drohung aus? „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ – wie aktuell ist dieser Aufruf? Die 15 Bänder mit diesem Aufruf – wie viele werden es am Jahresende noch sein? Litauen verhält sich, als sei es ein selbständiger Staat. Überhaupt entsteht der Eindruck, die baltischen Deputierten hätten das Interesse, an dem, was im Obersten Sowjet geschieht, verloren. Sie sind eher Beobachter als Teilnehmer. Und wie können sie auch an der Erörterung von Gesetzesvorlagen teilnehmen, wenn die Obersten Sowjets in den baltischen Republiken in ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit dem Unionsparlament vorgreifen. So hat man in Litauen ein Eigentumsgesetz bereits verabschiedet, und das unterscheidet sich wesentlich von der Unionsvorlage.

Eine merkwürdige Situation entsteht: Womit soll sich eigentlich der Oberste Sowjet der UdSSR befassen, wenn die Gesetze der Union auf dem Territorium der einen oder anderen Republik nicht gelten – was soll man da ausformulieren? Zwar verkündet das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR von Zeit zu Zeit, einzelne Entscheidungen von Machtsorganen der Republiken entsprechen nicht der Unionsgesetzgebung, und verlangt, sie „in Einklang zu bringen“. Doch was hilft es? Soweit mir bekannt ist, hat kein Oberster Sowjet in einer der Republiken seine Entscheidung geändert.

Unklar ist z. B. auch die Antwort auf folgende Frage: Existiert die Sowjetmacht in Aserbaidshan noch? Offenbar kann man eine solche Frage auch für Tadschikistan stellen. Es läßt sich kaum sagen, daß die

Jurisdiktion von Unionsorganen auf diese Republiken Anwendung finden würde.

In dieser Situation erscheint der Vorschlag des Volksdeputierten Gawriil Popow nur logisch: die Ausarbeitung der meisten Gesetze den Obersten Sowjets der Republiken zu überlassen. Der Oberste Sowjet der UdSSR solle sich dabei nur mit der wichtigsten Frage befassen, was unsere Union heute darstelle, wie sie aussehen und auf welchen Prinzipien sie beruhen solle. Gawriil Popow fand damit offenbar kein Gehör. Die dritte Tagung wird vorrangig ein Gesetz über die allmähliche Aufhebung der Besteuerung von Kinderlosen erörtern. Gibt es denn für uns wirklich nichts Wichtiges? Oder den Entwurf eines Gesetzes über Steuerinspektionen – als könnten wir ohne das nicht auskommen. Ganz oben auf der Tagesordnung rangieren weitere Vorschläge für Veränderungen und Ergänzungen zum Gesetz „Über das Genossenschaftswesen in der UdSSR“. Das also ist, wie sich herausstellt, das Wichtigste. Daß aber unsere Union auseinanderbricht, das ist nicht so wichtig, das hat Zeit.

Eine persönliche Bemerkung zum Genossenschaftswesen. Vielleicht sollte man lieber einen Erlass über dessen vollständiges Verbot verkünden als es langsam abzuwürgen? Das wäre zumindest humaner.

Streit über den Mann Nr. 1

Offenbar stehen wir vor großen Veränderungen in unserem politischen System. Auf der Tagung wurde vorgeschlagen, ein präsidentiales System einzuführen. Für aufmerksame NZ-Leser kommt das nicht überraschend: In unserer Wochenschrift (erstmal in der sowjetischen Presse) wurde diese Idee bereits im Oktober v. J. ausbreitet. Damals äußerte der Volksdeputierte Konstantin Lubentschenko die Meinung, ein derartiges Regierungssystem werde unserem riesigen Land am ehesten gerecht. Doch selbst er ahnte nicht, daß man so entschlossen an die Verwirklichung dieser Idee gehen würde.

Dabei sei konstatiert, daß die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten dazu neigt, die Präsidentschaft als geeignetes Instrument für die Lösung vieler Krisen, in die unsere Gesellschaft geraten ist, zu sehen. Doch großangelegte Schritte zu diesem Ziel rufen eher einen gewissen Widerstand hervor. Und der Vorschlag, in zwei Wochen einen außerordentlichen Kongreß der Volksdeputierten einzuberufen, um die erforderlichen Verfassungsänderungen vorzunehmen und den Präsidenten zu wählen (muß man etwa noch konkretisieren, für wen dieses Amt gedacht ist?) sorgte für, gelinde gesagt, Befremden bei den Deputierten. Wie attraktiv die Idee auch sein mag, doch in so kurzer Zeit die juristischen Grundlagen zu formulieren, die Funktionen des Präsidenten zu bestimmen, seine Rechte und Pflichten zu konkretisieren, ein Gegengewicht gegen die Macht des Präsi-



Streiten ist besser als schießen. A. Melikow (Aserbaidshan) und S. Chansadian (Armenien), Volksdeputierte der UdSSR

denten zu schaffen und vieles andere ist reine Utopie. Dabei werden uns kaum die Erfahrungen der USA und Frankreichs helfen, wie sich das der Volksdeputierte Fjodor Burlazki erhofft. Zur präsidentalen Regierungsform gelangten diese Länder nicht in zwei Wochen, sondern in mindestens zwei Jahrhunderten.

Konstantin Lubentschenko meint: „Eine klare Abgrenzung der Funktionen des Parlaments und des Präsidenten muß erfolgen. Wir haben auch ohnehin eine schwerfällige, kaum arbeitsfähige Struktur der Legislative – den Kongreß der Volksdeputierten und den Obersten Sowjet mit seinen zwei Kammern, der übrigens nicht einmal das Recht hat, die Tagesordnung zu beschließen. Alles wird vom Präsidium entschieden, dessen Vollmachten viel zu umfassend sind. Unklar ist auch, was das Präsidium selbst entscheidet und was nur in seinem Namen entschieden wird.“

Nikolai Fjodorow: „Es gibt viele Gefahren bei der Ausgestaltung des Präsidentenamtes. Und die Hauptgefahr – es kann nur bei einem Berufsparlament mit mehreren Parteien funktionieren. Weder das eine noch das andere haben wir. Deshalb sind zusätzliche Garantien notwendig, um möglichen Mißbrauch auszuschließen.“

Die Interregionale Gruppe, die von vielen des Radikalismus, ja des Extremismus bezichtigt wird, hat hierbei gezeigt, daß ihre Entscheidungen ausgewogen, realistisch sind. Sie wandte sich gegen die unverzügliche Einführung der präsidentalen Regierungsform. Die Interregionale Gruppe lehnt die Idee eines präsidentalen Systems nicht ab, meint jedoch (ich zitiere ihre Erklärung): „Um eine Verstärkung autoritärer Tendenzen zu vermeiden, um die weitere demokratische Entwicklung unseres Landes zuverlässig zu gewährleisten und die verfassungsmäßigen Garantien der Rechte der Unionsrepubliken zu respektieren, halten wir folgende Bedingungen für obligatorisch“ – und im weiteren folgt: die Frage der Präsidentschaft muß zuvor von den Gesetzge-

bungsorganen aller Unionsrepubliken erörtert werden; die Unionsrepubliken müssen selbst entscheiden, welche Vollmachten sie an den Präsidenten der UdSSR zu delegieren bereit sind; die Wahlen des Präsidenten müssen in allgemeiner, gleicher und geheimer Abstimmung unter mehreren Kandidaten von verschiedenen Parteien erfolgen.

Im Grunde würde letzteres (sollte es angenommen werden) bedeuten, daß die Vertrauensfrage, was Michail Gorbatschows Kurs angeht, gestellt würde. Jetzt sind es schon bald 5 Jahre, daß er den Reformkurs verkündete. Die Zeit ist gekommen, die Wechsel einzulösen – oder neue auszustellen. Die Wahl des Präsidenten durch das ganze Volk würde Gorbatschows Politik einer Nagelprobe unterziehen.

Die vierte Gewalt

Im allgemeinen ist verständlich, warum die Präsidentschaftsidee eine solche atemberaubende Beschleunigung erfuhr: Sie wurde vom Plenum des ZK der KPdSU gebilligt. Doch während früher alle ZK-Beschlüsse begrüßt wurden und man um jeden Preis bemüht war, sie zu verwirklichen, muß man heute auch beweisen, daß sie begründet und real sind. Doch dieser Veränderung der Situation ist sich der Parteiapparat noch nicht voll bewußt geworden. Er verhält sich nach wie vor so, als habe er die Macht für ewig erhalten. Ja, ihm gehört immer noch die Macht, doch nicht die Zukunft.

Die Macht der Partei ist schon lange nicht mehr autoritär, doch in letzter Zeit ist sie auch ineffektiv. Viele Gebiets-, Stadt- und Rayonkomitees der Partei haben die Situation nicht mehr im Griff. Dabei hilft auch nicht, daß der Apparat jetzt Prinzipien verkündet, gegen die er noch vor kurzem unversöhnlich anging. Man braucht hier nur als Beispiel den Art. 6 der UdSSR-Verfassung anzuführen. Und obwohl jetzt vollmundige Erklärungen zu vernehmen sind, er solle „auf Initiative der Partei“ gestrichen werden, ist doch allen klar, daß es dies

unter dem Druck der Volksmassen geschah.

Man könnte meinen, jetzt sei der beste Augenblick gekommen, um alle Macht an die Sowjets zu übergeben – eine Notwendigkeit, zu der so viele schöne Worte gesagt wurden. Doch die höchste Parteionomenklatur schätzt nach wie vor die politisch-gesellschaftliche Lage unterschiedlich ein. Das wurde ein weiteres Mal auf dem Plenum deutlich. Boris Gidaspow erklärte, die Partei müsse den vom Obersten Sowjet verabschiedeten Gesetzen eine Einschätzung geben. Doch warum sollten sich der Lenin-grader Parteiführer Gidaspow und andere nicht in die aktive parlamentarische Tätigkeit einschalten? Warum sollten sie nicht auf diesem demokratischen Weg ihre Prinzipien verteidigen? Vom Olymp aus zu kontrollieren und Einschätzungen zu geben ist eine schöne Beschäftigung, hier sind wir alle große Meister.

Die „vierte Gewalt“ (wie es ein Volksdeputierter sagte) versucht, sich als höchste Kontrollgewalt im Lande zu präsentieren. Und das, weil sich die Vertreter des Parteiapparats, was ihren Rang angeht, höher als andere einstufen. Wenn, sagen wir, eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR ein europäisches Land besucht, wird sie keineswegs von einem Parlamentsabgeordneten unseres Landes, sondern von einem Mitglied des Politbüros geleitet. Eben er führt die Gespräche mit dem ausländischen Regierungschef, er ist die Hauptfigur auf den Pressekonferenzen. Und eine solche Situation wird als normal angesehen – doch nicht von allen. Der Vorsitzende eines Parlamentsausschusses verzichtete auf eine Auslandsreise, als er erfuhr, daß er, Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, unter der Fuchtel eines einfachen Volksdeputierten, der allerdings Sekretär des ZK ist, fahren sollte.

Alles im Land wird weiter von der Parteionomenklatur kontrolliert. Diese Kontrolle ist meist illusorisch, überholt, oft beruht sie einfach auf der Angst von gestern. Eine solche Situation macht die beabsichtigte Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative zunichte. Von welcher Gewaltenteilung kann denn die Rede sein, wenn sie alle in Organen der „vierten Gewalt“ vereint sind?! Dem ZK der KPdSU gehören der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR wie der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Volksdeputierte wie Minister, die führenden Vertreter einiger gesellschaftlicher Organisationen an. An den Plenen nehmen sowohl der Generalstaatsanwalt als auch der Vorsitzende des Obersten Gerichts teil. Wenn das ZK einen Beschluß faßt, muß er von allen Kommunisten ausgeführt werden. Der Volksdeputierte Alexander Kraiko machte mich auch auf folgende Besonderheit aufmerksam. Nikolai Ryshkow als dem Vorsitzenden des Ministerrats müßten im Grunde sowohl der Außenminister als auch der Vorsitzende des KGB unterstehen, doch im Politbüro sind alle drei gleichberechtigt. Was übrigens für die Struktur der Staatsmacht anormal ist.

Unser Land macht schwere Zeiten durch. Eine Kraft aber, die es sicher aus der Krise führen würde, gibt es immer noch nicht.

Eine Reportage unserer Sonderkorrespondentin
und ein Kommentar des UdSSR-Außenministers

Die Arithmetik des „offenen Himmels“

Galina Sidorowa, politische Kommentatorin der NZ

„Was geht hier eigentlich vor sich?“ – das fragten die Journalisten einander in Ottawa am ersten Tag der Begegnung der Außenminister des Warschauer Vertrages und der NATO: eine Konferenz über den „offenen Himmel“, über die deutsche Frage oder über den Abbau der konventionellen Waffen in Europa?

Überhaupt waren die Minister in ganz bestimmter Absicht zusammengekommen: grünes Licht für ein Abkommen zu geben, das Beobachtungsflüge mit unbewaffneten Maschinen über dem Territorium des anderen erlaubt.

Doch das Leben sorgte für Korrekturen. Daß die Außenminister in Ottawa nicht nur für einen „offenen Himmel“ sorgen würden, war bereits am Vorabend deutlich geworden. Die intensiven Gespräche in Moskau zwischen der sowjetischen Führung sowie James Baker, Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl – wobei UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse den Bundeskanzler nur einige Minuten, bevor er selbst zur Gangway der Maschine nach Ottawa hastete, verabschiedete – wurden nur für die Stunden des Fluges unterbrochen.

Die Begegnung von Ottawa beeindruckte durch ihren konkreten Charakter und die dabei erzielten bedeutsamen Ergebnisse. Ein Kommuniqué zum „offenen Himmel“, zu den konventionellen Waffen in Europa, zu einem Gipfeltreffen im Rahmen der KSZE sowie eine Erklärung zur deutschen Frage wurden verabschiedet.

Meiner Meinung nach gibt es noch einen weiteren, nicht weniger wichtigen Erfolg: Bei der Begegnung von NATO und Warschauer Vertrag wurden die Beziehungen, die sich heute außerhalb der Blöcke zwischen den Staaten des Ostens und des Westens entwickeln, erstmals so deutlich. Die Umriss eines künftigen einigen Europa auf der Grundlage des gesamteuropäischen Prozesses, wobei jedes Land ein besonderes Gewicht und eine besondere Stimme erlangt, wurden deutlich. So erklärt sich auch die zunehmende Vielfalt in den bilateralen Kontakten der Teilnehmerstaaten.

Wie helfen solche Beziehungen, Vereinbarungen zu erzielen? Was können sie zum gesamteuropäischen Prozeß beitragen? Eben das wollte ich in Ottawa klären. Es gelang mir, darüber mit UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse nach dem zweiten Konferenztag und während der schon traditionell gewordenen Begegnung des Außenministers mit den ihn begleitenden Journalisten auf dem Rückflug nach Moskau zu sprechen.

NZ. Es entstand der Eindruck, die kompliziertesten Fragen würden auf der Konferenz bilateral entschieden. Die Minister verließen den Tagungssaal und sprachen in der Wandelhalle mit ihren Kollegen.

E. Schewardnadse. Das haben Sie richtig bemerkt. Viele Fragen wurden tatsächlich in der Wandelhalle erörtert. An nur einem Tag traf ich viermal mit Baker sowie einige Male mit Genscher und mit anderen Amtskollegen zusammen.

NZ. In unseren Beziehungen zu den Verbündeten, zu den Staaten Osteuropas vollziehen sich viele Veränderungen. Wie findet man heute einen Konsens im Warschauer Vertrag, besonders wenn so kompli-



CONFÉRENCE CIELS OUVERTS – OPEN SKIES CONFERENCE

zierte Fragen erörtert werden wie bei dem jetzigen Ministertreffen?

E. Sch. Mit besonderen Problemen werden wir nicht konfrontiert. Es gibt neue Elemente. Ich würde sagen, es ist interessanter, es mit Verbündeten, Freunden und Partnern zu tun zu haben, die nicht gleich all unseren Argumenten zustimmen, die diskutieren und Vorschläge, die bisweilen im Gegensatz zu unseren Vorschlägen stehen, unterbreiten. Eine Gegenüberstellung von Meinungen bereichert. Eine solche Arbeit mit Kollegen imponiert mir. Als wir z. B. eine Formel zur deutschen Frage zu erarbeiten suchten, beteiligte sich daran sehr aktiv der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski. Er half, erfolgreiche Varianten zu finden.

NZ. Bei der Begegnung von Ottawa berührten Sie auch Probleme der Wiener Verhandlungen. Werden sie dadurch erschwert, daß wir gleichzeitig auch Verhandlungen über den Abzug unserer Truppen vom Territorium der Verbündeten führen?

E. Sch. Das Element der militärischen Konfrontation in Europa tritt in den Hintergrund. Beide Bündnisse werden umgestaltet. Unsere Präsenz auf den Territorien dieser Länder ist schon nicht mehr von prinzipieller Bedeutung. Und das um so mehr, da sich, als der Warschauer Vertrag entstand, sowjetische Truppen nicht in der Tschechoslowakei und Ungarn befanden – sie wurden dorthin erst im Zusammenhang mit den bekannten Ereignissen entsandt. So meine ich, daß dies die Erzielung von Abkommen in Wien keineswegs stören wird.

NZ. Wir werden also noch als Bündnis auftreten?

E. Sch. Ich meine, ja. Und zwar, weil sich hier neben allem anderen auch die nationalen Interessen decken – der Sowjetunion und Polens, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei und unserer anderen Verbündeten. Was Polen angeht, so erklärte uns Skubiszewski: „Wir haben es nicht eilig. Die polnische Regierung stellt nicht die Frage eines Abzugs der sowjetischen Truppen.“ Bislang kann nur von einer Veränderung der Bedingungen für ihre Präsenz die Rede sein.

2 plus 4

Am schwersten fiel in Ottawa wohl die Abstimmung der Erklärung zur deutschen Frage.

Welchen Inhalt sollte die von den Amerikanern und



James Baker und Eduard Schewardnadse – vier Begegnungen an einem Tag

Foto: TASS

ihren Verbündeten vorgeschlagene Formel „2 plus 4“ erhalten? Um jedes Wort wurde gekämpft. Am Morgen des 13. Februar bereiteten sich alle auf das entscheidende Stadium der Erörterungen zur deutschen Frage vor, obwohl die Außenminister auf der Plenarsitzung nach wie vor zum „offenen Himmel“ sprachen.

Ich konnte den Verlauf der Konferenz sozusagen von innen verfolgen. Der unvergänglichste Eindruck von diesem „neuen Potsdam“ ist der Gesichtsausdruck von Genscher, als er aus der Ferne beobachtete, wie am anderen Ende des Saals Eduard Schewardnadse und James Baker irgend etwas halblaut besprachen. Im Laufe des Tages wird Schewardnadse wiederholt mit dem einen wie dem anderen zusammentreffen. Doch in diesem Augenblick weiß Hans-Dietrich Genscher noch nicht, was er von diesem Gespräch halten soll. In gewissem Sinne trug die Haltung, die in der Rede des bundesdeutschen Außenministers zum Ausdruck kam, dazu bei, daß eine Vereinbarung erzielt wurde: „Wir sagen unseren Nachbarn, daß wir uns vereinen wollen – die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik, ganz Berlin, nicht mehr und nicht weniger. Wir haben keine Gebietsansprüche an ein Nachbarland... Wir wollen, daß die Vereinigung Deutschlands im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses erfolgt, und deshalb messen wir dem europäischen Gipfel 1990 solche Bedeutung bei.“

In der zweiten Tageshälfte wurde eine Erklärung der Sechs abgegeben:

„Die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten trafen in Ottawa

zusammen. Sie erklärten sich damit einverstanden, daß die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik mit den Außenministern Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten zusammentreffen werden, um die äußeren Aspekte der Schaffung der deutschen Einheit zu erörtern, einschließlich der Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten. Bald schon werden vorbereitende Gespräche über diese Frage auf offizieller Ebene beginnen.“

Die UdSSR bestand auf der Einbeziehung der von Polen vorgeschlagenen Formulierung über die „Sicherheit der Nachbarstaaten“ in die Erklärung und auf der Nichtfixierung eines Datums für den Beginn von Konsultationen, damit der Prozeß keinesfalls von innen forciert wird – und das wurde erreicht.

Der letzte Akt des Schauspiels vollzog sich völlig unerwartet. Bereits nach der Verlesung der Erklärung der Sechs und vor dem Abschluß der Konferenz kamen die NATO-Vertreter zu einer kurzen Beratung zusammen und ließen die anderen Konferenzteilnehmer warten. Die anderen Außenminister im Tagungssaal und die zum feierlichen Abschluß eingeladenen Journalisten wußten nicht, was das bedeuten sollte. Plötzlich tauchte James Baker mit der ihm eigenen Dynamik im Saal auf und nahm Eduard Schewardnadse zur Seite. Bei den Anwesenden waren Anzeichen einer leichten Panik zu erkennen. Bald schon kehrte Eduard Schewardnadse zurück, und nach einiger Zeit auch die NATO-Vertreter. Wie westliche Kollegen dann berichteten, hatten sich die Belgier und die Holländer, als ihnen die Erklärung der Sechs vorgelegt wurde, gegen die Worte „Sicherheit der

Nachbarstaaten“ gewandt. Sie erklärten ihre Haltung dadurch, daß sie von Deutschland keinerlei Gefahr empfänden. Lange redete man auf die Belgier und die Holländer ein. Ein weiteres Beispiel dafür, wie schwer ein Konsens zustande kommt.

Ich meine, nicht von ungefähr blieb der Status eines künftigen Deutschland außerhalb des Rahmens der Beschlüsse. Die Meinungen gehen hier auseinander, die Amerikaner sind für ein vereinigtes Deutschland im Rahmen der NATO. Einige NATO-Vertreter plädieren für eine assoziierte Mitgliedschaft Deutschlands im Bündnis. Der Vorschlag der DDR ist Neutralität. Für Neutralität sprach sich im Prinzip auch Moskau aus. Doch während des Treffens von Ottawa waren solche eindeutigen Äußerungen nicht zu vernehmen. Warum?

Wie Eduard Schewardnadse sagte, bleibt diese Variante. Wird man sie akzeptieren oder nicht? Wir müssen schließlich eine Lösung suchen, sagt der UdSSR-Außenminister, die sowohl für den Westen als auch für uns, sowohl für Polen als auch für die Tschechoslowakei und für die beiden deutschen Staaten annehmbar ist. Eben davon ist die Rede. Natürlich verändern sich die Positionen bei allen Verhandlungen, auch mit Hinblick auf die deutsche Frage. Doch trotzdem ist Neutralität eine gute Idee. Wie weit sie realistisch ist, steht auf einem anderen Blatt. Neben dieser Idee kann es auch andere Ideen geben. Man nehme z. B. folgende: Deutschland vereinigt sich, schließt sich weder der NATO noch dem Warschauer Vertrag an, die sowjetischen wie die amerikanischen Truppen aber bleiben.

Was eine mögliche Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO angeht, so muß man nach Meinung von Eduard Schewardnadse zu prognostizieren versuchen, wie die anderen Mitglieder des Bündnisses morgen denken werden. Heute unterhalten wir normale, zivilisierte Beziehungen zu ihnen. Doch wir wissen nicht, wer morgen in einem bestimmten Land an die Macht kommt und welche Stimmungen es dort geben wird. Es besteht die Gefahr, daß Neonazis im politischen Leben eines vereinigten Deutschland eine gewisse Rolle spielen werden. Doch wo ist die Gewähr dafür, sagt der UdSSR-Außenminister, daß nicht in Frankreich ein Diktator auftaucht, ebenso wie bei uns, wenn die Perestrojka scheitert, oder in Polen?

NZ. Einige Minister sprachen sich für die Schaffung gesamteuropäischer Strukturen aus. Kann das nicht zur Grundlage von Stabilität in Europa werden, zu jener Grundlage, bei der sich die Blöcke in Zukunft einfach auflösen werden?

E. Sch. Heute überholt der Prozeß der Annäherung und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten leider die Herausbildung gesamteuropäischer Strukturen. Gerade sie aber könnten, da haben Sie recht, zu einem Garanten der Stabilität werden. Was sind das für Strukturen? Wir schlugen als ständiges Organ eine Konferenz auf höchster Ebene vor – die führen-

den Vertreter der 35 Staaten könnten ein- oder zweimal jährlich zusammenkommen und die akutesten Fragen, die eine gemeinsame Lösung im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses verlangen, erörtern. Man könnte auch Begegnungen der Außenminister institutionalisieren. Warum könnten sie sich nicht mehrmals jährlich, unter Berücksichtigung der neuen Situation in Europa und der Welt, treffen? Oder folgende Variante – ein Zentrum zur Abwendung der Kriegsgefahr. Seine Arbeit könnte man wie folgt gestalten: Wenn irgendwo eine Gefahr entsteht, übermittelt das Zentrum seine Empfehlungen an das Komitee der Außenminister oder an eine Beratung auf höchster Ebene. Genscher schlug vor, eine europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zu gründen. Unser polnischer Kollege Skubiszewski hat ebenfalls einige Ideen. Auf einer gewissen Etappe spielen die Blöcke ihre stabilisierende Rolle, doch, wenn wir die Spaltung Europas, die militärische Konfrontation überwinden werden, wenn sich auf der Grundlage der gesamteuropäischen Integration ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, Rechtsraum, ein humanitärer Raum bilden wird – was sollen dann noch die Blöcke?

Und zudem taucht eine neue Formel auf – „zwei plus vier“ – eine „Sechs“. Hier sind die Zusammenarbeit und das Verständnis mit den Amerikanern sehr wichtig. Heute erlauben die neuen Beziehungen zu den USA die Zusammenarbeit im Interesse der europäischen Stabilität.

NZ. Und doch vollzieht sich der Prozeß der Schaffung gesamteuropäischer Einrichtungen in recht schnellem Tempo. Erst im Dezember sprachen wir von der Idee eines gesamteuropäischen Gipfeltreffens. Die UdSSR war damals in der Minderheit mit ihrem Vorschlag. Im Kommuniqué von Ottawa aber fand er die Unterstützung der Außenminister. Gibt es bereits Ansatzpunkte für die Tagesordnung der Konferenz?

E. Sch. Erstens werden wir einen Vertrag über den Abbau der konventionellen Waffen unterzeichnen. Zweitens werden wir die anschließenden Verhandlungsetappen festlegen. Drittens werden wir ein Schlußdokument erarbeiten. Es gibt auch andere Vorschläge. Genscher ist für eine umfassende Tagesordnung. Baker schlug vor, eine Erklärung über freie Wahlen in Europa zu verabschieden. Ich schließe nichts aus. Doch meiner Meinung nach kommt es vor allem darauf an, Klarheit bei den Strukturen zu gewinnen. Die ersten zwei oder drei Komponenten werden von niemandem bestritten...

195 plus 30

Der „offene Himmel“ von Ottawa hat auch eine solche Arithmetik. Eine weitere Sensation ist die Vereinbarung über Obergrenzen für die amerikanischen und die sowjetischen Truppen auf ausländischen Territorien in Mitteleuropa auf 195 000

Mann, was Fortschritte zu einem Abkommen bei den Wiener Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte erleichtert. Hierbei können die Amerikaner weitere 30 000 Mann außerhalb Mitteleuropas (in Großbritannien, Italien, Griechenland und der Türkei) unterhalten.

Im Grunde ließ der Umstand, daß nur vier Tage vor Ottawa bei Bakers Moskauer Besuch eine solche Vereinbarung nicht erzielt werden konnte, sie zu einer Sensation werden. Die UdSSR wollte weitere 30 000 US-Soldaten nicht akzeptieren. Daß das sowjetische „Ja“ so schnell kam, war selbst für die Amerikaner eine Überraschung.

Ehrlich gesagt, ist nicht sonderlich verständlich, warum unsere Experten diese vier Tage (und selbst noch den Flug über den Atlantik) brauchten. Möglicherweise wollten sie ein weiteres Mal alle Argumente pro und kontra abwägen. Doch ich meine, daß sich das wohl eher durch unsere traditionelle Abneigung erklärt, einen Vorschlag von Verhandlungspartnern gleich zu akzeptieren. Oder dadurch, daß man wegen eines weiteren „Zugeständnisses“ nicht ins Schußfeld der Kritik der eigenen Konservativen gelangen will – obwohl sie sowieso weiter kritisieren werden. Und wenn man sich das einmal ruhig überlegt, kann man diese 30 000 Amerikaner wohl kaum als Zugeständnis bezeichnen, wo doch außerhalb Mitteleuropas im europäischen Teil der UdSSR die Zahl der sowjetischen Soldaten eindeutig größer ist.

Nichtsdestoweniger wurde in Ottawa eine Einigung erzielt. Vielleicht erklärt die zu Einvernehmen einladende Atmosphäre des „offenen Himmels“ unseren geradezu unwahrscheinlichen Mut?

Der Vorschlag, der seinerzeit von Präsident Eisenhower unterbreitet, von der Sowjetunion als „sanktionierte Spionage“ abgelehnt und von Präsident Bush wiederbelebt, wurde zu einer Idee, die dank den Anstrengungen der Außenminister des Warschauer Vertrages und der NATO im Mai d. J. die Gestalt einer Politik des Vertrauens, der Berechenbarkeit und der Verringerung der Kriegsgefahr annehmen kann.

NZ. Die ungarische Delegation unterbreitete im Namen der Länder des Warschauer Vertrages den Entwurf eines Dokumentes über den „offenen Himmel“. Gibt es einen grundlegenden Unterschied zwischen der Haltung des Warschauer Vertrages und der NATO zu diesem Problem?

E. Sch. Unterschiede gibt es natürlich. Doch vor allem gilt das für die technischen Fragen. Sie sind sehr kompliziert und berühren den Flugzeugpark, die Probleme des Einsatzes von Geräten und Mannschaften. Um sie zu lösen, werden Experten in Ottawa bis Anfang März tätig sein, um den Entwurf eines Dokuments für das Treffen der Außenminister in Budapest vorzubereiten.

NZ. Wie erklärt sich dann eine so unterschiedliche Reaktion auf den Vorschlag

der sowjetischen Delegation, nicht nur den Himmel, sondern auch das Festland, die Meere und Ozeane, den Weltraum zu öffnen?

E. Sch. Der prinzipielle Unterschied besteht gerade bei den Meeren und Ozeanen. Das ist für die Vereinigten Staaten eben so wie der Weltraum eine heikle Frage. Doch ich meine, daß in nicht ferner Zukunft die Bedingungen dafür bestehen werden, eine gemeinsame Sprache auch in diesen Fragen zu finden – sowohl mit den Amerikanern als auch mit unseren anderen Partnern. Etwas anderes ist nicht gegeben. Trotz allem gelang es uns, eine Formulierung des Kommuniqués zu weiteren vertrauensbildenden Maßnahmen abzustimmen. Sie lautet: Ein solches Abkommen wird der erste Schritt im Kontext einer umfassenderen Lösung der Probleme der Offenheit der militärischen Tätigkeit auch in anderen Bereichen sein.

NZ. Möglicherweise setzt sich die Idee des „offenen Meeres“ bei den Amerikanern ebenso mühsam durch wie die Idee des „offenen Himmels“ bei unseren Militärs und bei jenen Politikern, die warnten, wir würden auch ohnehin alles fortgeben und alles öffnen...

E. Sch. Sie sagen das auch jetzt, z. B. was die Obergrenzen für die Streitkräfte der UdSSR und der USA in Mitteleuropa angeht. Warum haben wir, als Präsident Eisenhower die Idee des „offenen Himmels“ vorschlug, ihr nicht zugestimmt? Weil wir stets in dem Komplex befangen waren, sofort alles zurückzuweisen, was von den Amerikanern ausging. Das gleiche taten auch sie.

Wir sagen heute: Wenn Zugeständnisse, dann an den gesunden Menschenverstand. Das ist ein Kompromiß, ohne den jegliches Abkommen unmöglich ist.

Die Idee des „offenen Himmels“ ist an sich sehr interessant. Sie ist konzentrierter Ausdruck des Vertrauens. Das, was in Ottawa erzielt werden konnte, wurde möglich dank der neuen Atmosphäre, der sorgfältigen Ausarbeitung der Positionen, auch im psychologischen Bereich, dank den Bemühungen aller Konferenzteilnehmer um vernünftige Entscheidungen...

In letzter Zeit gab es wohl keine Konferenz, die in zwei Tagen so viele Probleme gelöst hätte. Das erklärt sich meiner Meinung nach dadurch, daß sie alle eng miteinander zusammenhängen – die Erklärung zur deutschen Frage, die Vereinbarung über die sowjetischen und amerikanischen Streitkräfte in Europa und der „offene Himmel“ als Übergang zu neuen vertrauensbildenden Maßnahmen. All das wird letztlich durch die neuen vielgestaltigen Beziehungen, die über die Blockstrukturen hinausgehen, zwischen den Teilnehmern des gesamteuropäischen Prozesses bestimmt.

OTTAWA – MOSKAU

Auto mit dreieckigen Rädern

Ohne radikale Wirtschaftsreform im Osten ist der Bau des gesamteuropäischen Hauses unmöglich

Der französische Präsident Francois Mitterrand hat eine Europäische Konföderation angeregt, die bis zum Ende dieses Jahrhunderts alle Länder unseres Kontinents zusammenfassen könnte. Zunächst scheint diese Idee der sowjetischen Konzeption vom gesamteuropäischen Haus zu entsprechen. Allerdings hängen die Übereinstimmungen wohl doch mehr mit der Zielvorstellung zusammen. Was die wirtschaftliche Seite anbelangt, so gibt es hier, offen gesagt, bisher nur wenige Berührungspunkte. Dafür ist das Meinungsspektrum recht weit gefaßt.

Unbekannte Größen im Binom Mitterrands

Die Verwirklichung der Europäischen Konföderation soll in der Absicht ihrer Urheber zwei Stufen durchlaufen. Auf der ersten sollen die bereits bestehenden Strukturen der Europäischen Gemeinschaft gefestigt werden. Die 12 westeuropäischen Länder sollen der Kern der Konföderation werden und auf die übrigen Staaten des Kontinents eine Magnetwirkung ausüben. Auf der zweiten Stufe könnte die Formierung der übrigen Komponenten des neuen Gebildes, das aus allen 35 Teilnehmern von Helsinki besteht, in Angriff genommen werden.

Mitterrand zufolge ist die Evolution im Osten und die Integration des Westens ein unzertrennbares Binom. Tatsächlich bestehen enge Verbindungen zwischen den Reformen in der UdSSR und in anderen osteuropäischen Ländern und der Entwicklung von Geschäftskontakten zwischen Ost und West. Das bedeutet aber: Je aktiver und tiefgreifender der Umbauprozess in dem einen oder anderen Land Osteuropas verläuft und je intensiver es in weltwirtschaftliche Zusammenhänge integriert wird, desto größer ist der Beitrag, den es für das wirtschaftliche Fundament des gesamteuropäischen Hauses leistet.

Eine gegenseitige Adaption beider Wirtschaftskomplexe ist jedoch von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn sie mit den nicht aufeinander abgestimmten Wirtschaftsinstrumenten, Marktwirtschaft hier und administratives Verteilungssystem dort, durchgeführt werden soll. Hier stößt die UdSSR wieder auf alte Schwachstellen und Schwierigkeiten.

In der Formel vom europäischen Binom zeigen sich somit unbekannte Größen. Wenn man das Fundament dieses Hauses bauen will, braucht man dafür hochwertige Material.

Der vom zweiten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR verabschiedete Regierungsplan für eine Gesundung der sowjetischen Ökonomie enthält nur eine ganz allgemeine Beschreibung dessen, wie in der UdSSR eine Marktwirtschaft herausgebildet werden soll. Er bietet keinerlei konkrete Mechanismen an, mit deren Hilfe sich diese Aufgabe verwirklichen ließe. Im Gegenteil, er verfestigt lediglich das Verteilungsinstrumentarium und konserviert damit das bestehende wirtschaftliche System.

Eben deshalb sehen einige westliche Experten, die die sowjetische Wirtschaft bisher als „Auto mit quadratischen Rädern“ bezeichnet haben, daß sich an dem neuen Modell nur die Form der Räder geändert hat. Diesmal sind sie dreieckig. Das Automobil mag sich zwar von dem früheren unterscheiden, dennoch ist es nicht fahrtüchtig. Das veranlaßt westliche Partner zur Skepsis.

Erinnern wir uns auch an die Beziehungen innerhalb des RGW. Dem Rat gehören 10 Staaten an, auf die ungefähr ein Drittel der Weltindustrieproduktion und ein Viertel des weltweiten Bruttonationaleinkommens entfallen. Der gemeinsame Umfang der Export- und Importoperationen zwischen RGW und EG lag in den letzten Jahren jedoch nicht über 50 Md. Dollar. Für einen Markt der beiden größten Wirtschaftsvereinigungen mit einer Bevölkerung von über 700 Millionen ist das armselig.

In letzter Zeit machen sich hier allerdings ernst zu nehmende positive Veränderungen bemerkbar. Wenn man nach den Materialien der 45. RGW-Tagung urteilt, sind alle osteuropäischen Länder fest entschlossen, von einer introvertierten Entwicklung mit überwiegend administrativen Methoden zu einer Nutzung von Marktmechanismen und umfassender weltwirtschaftlicher Kooperation überzugehen. Es ist geplant, ab 1991 die kommerziellen Kontakte innerhalb des RGW auf der Basis von effektiven Weltmarktpreisen abzuwickeln und die gegenseitige Verrechnung in frei konvertierbarer Währung vorzunehmen. In der ersten Zeit soll diese Neuerung den Übergang zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den RGW-Ländern und der EG, den USA, Japan

und anderen westlichen Staaten zu allgemein akzeptablen Bedingungen erleichtern.

Westliche Experten sagen, daß der RGW heute vor einer schicksalsschweren Wahl steht. Die Länder, die ihm angehören, müssen sich entscheiden, was sie eigentlich wollen: eine kosmetische Renovierung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Systems oder eine radikale Wende. Dennoch wäre es wünschenswert, daß die EG im Osten einen zuverlässigen Partner hat. Beispielsweise in Form einer Gemeinschaft der osteuropäischen Länder. In diesem Fall könnten Ost und West den Bau des gesamteuropäischen Hauses zielstrebig in Angriff nehmen.

Ein neues Amerika?

Für die RGW-Länder bleiben, was die Modernisierung ihrer wirtschaftlichen Strukturen angeht, die EG-Länder auf lange Sicht die wichtigsten Partner. Ein westeuropäischer Finanzier meinte, obwohl die wirtschaftliche Situation in den RGW-Ländern heute einen deprimierenden Eindruck mache, bleibe die UdSSR weiterhin ein reiches und hochentwickeltes Land. Es sei nur eine Frage der Zeit, daß die RGW-Länder ihre Importe aus westlichen Ländern mit frei konvertierbarer Währung begleichen können. Der Zugang des Westens zum sowjetischen Markt könnte zu einer neuen „Entdeckung Amerikas“ führen.

Welchen Beitrag könnten nichteuropäische Länder, vor allem die USA und Japan, zum Bau des wirtschaftlichen Fundaments des gesamteuropäischen Hauses leisten? Hier sind Varianten möglich. Alles wird davon abhängen, wie schnell die diskriminierenden Beschränkungen fallen, welche die Geschäftsbeziehungen zwischen Ost und West immer noch überschatten, und wie pragmatisch die Einstellung dieser Länder zu konkreten Programmen einer gesamteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein wird.

Die USA haben die Absicht, ihre wirtschaftlichen Positionen in Europa, unter anderem auch durch eine bedeutende Festigung ihrer Beziehungen zur EG, auszubauen. US-Außenminister James Baker meinte, daß der Zugang zu einem einheitlichen europäischen Markt für die Amerikaner von Nutzen sein könnte (früher hätten die Europäer lange von ihrem Zugang zum einheitlichen amerikanischen Markt profitiert). Die USA sehen keinen Widerspruch zwischen einem europäischen Integrationsprozeß und einer erweiterten Zusammenarbeit zwischen der EG und ihren Nachbarn in Ost und West.



Zeichnung: Sergej Tschaukun

Die Reaktion Tokios auf den Umbau in Osteuropa zeugt wie immer von vorbildlichem Geschäftssinn. Dort ist man sicher, daß viele Konflikte, die zwischen westlichen Staaten entstanden, dadurch bedingt waren, daß sie sich immer ein und denselben immer kleiner werdenden Kuchen teilen mußten. Die Öffnung der Grenzen zu den osteuropäischen Ländern bedeutet, daß im Rahmen der weltwirtschaftlichen Expansion neue Ufer in Sicht gekommen sind.

Die Cocom-Mauer

Wenn wir die Perspektiven der gesamteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit betrachten, stoßen wir unweigerlich gegen die Cocom-Mauer. Vor 40 Jahren aus einer Vielzahl von Verbotslisten errichtet, verbaut sie heute den Weg zu einem zuverlässigen Fundament des gesamteuropäischen Hauses.

Die Zeiten ändern sich allerdings. Edith Cresson, die französische Ministerin für europäische Angelegenheiten, meint, daß es heute unmöglich sei, Geschäftsbeziehungen zwischen Ost und West erfolgreich auszubauen, wenn man sich dabei von Cocom-Regeln leiten läßt. Unter Berücksichtigung der wesentlichen Erwärmung des internationalen Klimas kamen die führenden Diplomaten der europäischen Gemeinschaft bei ihrer letzten Zusammenkunft in Paris zu der übereinstimmenden Auffassung, daß die Cocom-Regeln einer Revision bedürfen. Die Haltung Washingtons dazu? Leider steht man dort noch auf der alten Position, welche die USA unter den übrigen Cocom-Mitgliedern praktisch in die Isola-

tion geführt hat. Vor nicht allzu langer Zeit versandte Präsident George Bush einen Rundbrief an die Mitgliedsländer, in dem er sie aufforderte, die Prozedur strenger zu handhaben, um nicht zuzulassen, daß der UdSSR moderne Technologie „zweifacher Bestimmung“ geliefert wird. Wenn man schon über Pläne reden könne, das Cocom-Regime zu liberalisieren, meint Bush, dann allenfalls in Bezug auf die Länder Osteuropas. Leider hat sich die Lage auch bei dem soeben in Paris abgeschlossenen Cocom-Kongreß nicht wesentlich verbessert.

Die Befürchtungen Washingtons, daß Moskau militärisch stärker wird, wenn der UdSSR hochmoderne Technologie geliefert wird, sind unbegründet. Einzelne Hochleistungen in konkreten Bereichen der Zivilindustrie sind nicht imstande, auf militärischem Gebiet zu revolutionären Veränderungen zu führen. Wie vollendet die Technologie auch immer sein mag, es ist außerordentlich schwer, sie im Rüstungsbereich anzuwenden, wenn sie eng spezialisiert ist. Alles hängt vom allgemeinen Niveau der Technologie des jeweiligen Landes ab.

Eduard Schewardnadse hat bei seinen letzten Gesprächen mit seinem belgischen Kollegen Mark Eyskens darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion für den Fall, daß die diskriminierenden Cocom-Listen entfallen, bereit ist, Inspektionen auf ihrem Territorium zuzulassen, um jeden Verdacht auszuräumen, daß die importierte Technologie nicht ihrer Bestimmung gemäß eingesetzt wird.

Die Fundamentlegung

Können die zivilen Branchen der sowjetischen Wirtschaft in nächster Zukunft einen gewichtigen Beitrag zum Wirtschaftsfundament des gesamteuropäischen Hauses leisten? Unbedingt. Obwohl man zugeben muß, daß herausragende Errungenschaften dünn gesät sind und es noch Probleme in Hülle und Fülle gibt. Viele Erschwernisse könnten längst der Vergangenheit angehören, wenn es möglich wäre, das erstklassige wissenschaftliche Potential der UdSSR und anderer Länder Osteuropas zu beiderseitig vorteilhaften Bedingungen mit dem risikofreudigen Kapital des Westens zu koppeln, das darauf spezialisiert ist, die wertvollsten wissen-

schaftlichen Ideen schnell in technologische Fertigungsmethoden und Waren umzusetzen, die noch keine Entsprechung auf dem Weltmarkt haben. Äußerst aussichtsreich wären hier Kontakte mit westeuropäischen Programmen wie EUREKA und BRIT (weites Spektrum an progressiven Technologien), EVRAN (moderne Werkstoffe), JOULE (langfristige Energieversorgung), RACE (Telekommunikation), ESPRIT (Programme für Informationstechnologie) und COMETT (Programm für Erziehung und Ausbildung im Technologiebereich).

Es ist nicht auszuschließen, daß bei einem solchen Austausch diverse Hindernisse auftreten. Dennoch gibt es nicht eben wenige Anzeichen dafür, daß der Westen an einer solchen Wende lebhaft interessiert ist.

Europa vom Atlantik bis zum Ural, eine monolithische Föderation der 12 EG-Mitglieder im Rahmen einer lockereren europäischen Konföderation aus den 35 Mitgliedsländern des Prozesses von Helsinki, oder ein gesamteuropäisches Haus mit einem wirtschaftlichen Fundament in Form von EG, EFTA und RGW: Sind das bestimmte Abschnitte in der Evolution des modernen politischen Denkens, romantische Metaphern oder doch eher zukünftige Aspekte unseres Kontinents, mögen sie auch noch recht weit entfernt sein? Eine eindeutige Antwort ist heute noch nicht möglich. Die größte Anziehungskraft auf uns übt dabei allerdings die letzte Version aus.

Genrich Bashenow

Dr. oec.

Kampf dem „weißen Tod“

Die Präsidenten der USA, Kolumbiens, Boliviens und Perus riefen zu einer entschiedenen Offensive gegen das Rauschgiftbusiness auf

Als Atombombe der dritten Welt wurde das Rauschgift von jemandem genannt, der es wissen muß – von Carlos Lehder, einem ehemaligen Boß der lateinamerikanischen Rauschgiftmafia, der eine Strafe in einem amerikanischen Gefängnis verbüßt.

Die Rauschgiftsucht, die in den 60er Jahren die Industriestaaten befiel, hat jetzt erschreckende Ausmaße angenommen. Jedes Jahr werden in den Vereinigten Staaten 200 000 körperlich und geistig geschädigte Kinder von rauchgiftsüchtigen Müttern geboren. Rauschgiftsüchtig ist die Hälfte aller AIDS-Opfer. Rauschgift ist die Ursache von 75% der Raubüberfälle und der Hälfte der Gewaltverbrechen, die in den USA von Jugendlichen begangen werden. Der Schaden durch die Verringerung der Arbeitsproduktivität und durch die Zunahme der Zahl der Unfälle wegen Rauschgiftsucht beläuft sich in den USA auf 60 Md. Dollar jährlich.

Allein in diesem Jahr wird die US-Regierung ca. 10 Md. Dollar für den Kampf gegen Rauschgiftbusiness und Rauschgiftsucht ausgeben. Dieser Kampf nahm den ersten Platz unter den innenpolitischen Prioritäten der Bush-Administration ein.

Das weitaus meiste Rauschgift, vor allem Kokain, gelangt aus Lateinamerika in die USA. Vor allem in Peru und Bolivien werden Kokasträucher angepflanzt, die Verarbeitung des „Stoffes“, die „Endproduktion“ und dessen Absatz im Ausland aber werden von der kolumbianischen Mafia besorgt.

Um ein Programm gegen Produktion, Handel und Konsum von Rauschgift zu verabschieden, hielten die Präsidenten der USA, Kolumbiens, Boliviens und Perus am 15. Februar eine Konferenz im kolumbianischen Cartagena ab.

Während George Bush in der eindeutigen Absicht nach Cartagena kam, dem Rauschgiftbusiness den totalen Krieg zu erklären, war die Haltung seiner Amtskollegen aus Peru und Bolivien, was die Wahl der Mittel im Kampf gegen das Rauschgift angeht, nicht so eindeutig. In Peru, das bei der Ernte von Kokablättern weiterhin an erster Stelle liegt, sind 20 Prozent der Bevölkerung in diesem Bereich tätig. Wenn man die bolivianischen Koka-Plantagen zerstört, werden 400 000 Menschen die Arbeit und damit die Existenzgrundlage verlieren. Die Armut läßt die Bauern dieser Länder illegal rauchgifthaltige Kulturen

anbauen. Bemerkenswert ist, daß Boliviens Präsident Jaime Paz Zamora vor seiner Abreise nach Cartagena mit lokalen Koka-Erzeugern zusammentraf und sich sozusagen die Argumente der anderen Seite anhörte.

Der bolivianische Präsident und der peruanische Präsident Alan Garcia bemühten sich beim Treffen von Cartagena um ein komplexes Herangehen an das Problem des Rauschgiftbusiness, insbesondere um Maß-



Die Teilnehmer des Treffens von Cartagena

Foto: Reuter – TASS

nahmen zur „Konversion“, wobei sie an den Anbau von Kaffee, Kakao und anderen Kulturen auf den freiwerdenden Plantagen dachten. Alan Garcia betonte, daß er ebenso wie Jaime Paz Zamora ein entschiedener Gegner des Rauschgiftbusiness sei, doch es die historischen, politischen und wirtschaftlichen Realitäten in ihren Ländern nicht erlaubten, das über das Knie zu brechen.

In Kolumbien ist eine mächtige Rauschgiftmafia entstanden, der die Behörden im August v. J. den Krieg erklärten. Die Kolumbianer, die insgesamt Washingtons Haltung zum Problem des Rauschgiftbusiness teilen, verweisen zugleich auf Differenzen zwischen beiden Ländern. So wurde in vielem wegen der Position der Amerikaner im vergangenen Jahr ein internationales Kaffeeabkommen vereitelt, was der kolumbianischen Wirtschaft großen Schaden

zufügte. Bogota bekundet Unzufriedenheit mit der Haltung der Washingtoner Administration, was die Bedingungen für die Einfuhr auch solcher traditioneller kolumbianischer Exportwaren angeht wie Blumen und Textilien und bittet um Hilfe bei der Tilgung der Auslandsschulden. Wie mir ein kolumbianischer Experte sagte, werde die Konferenz, wenn Präsident Bush ohne ein dickes Portemonnaie nach Cartagena kommt, nur ein buntes Spektakel für Journalisten sein.

Bush machte dann doch Geld locker. Im Rahmen des Abkommens wurde auch ein amerikanisch-kolumbianisches Kommuniqué unterzeichnet, das Wirtschaftshilfe der USA für Kolumbien, u. a. für den teilweisen Ausgleich der im Krieg gegen die Rauschgiftmafia erlittenen finanziellen Einbußen, vorsieht, die sich in den letzten 5 Monaten auf ca. 300 Mio Dollar beliefen. Alle drei Länder werden in den kommenden 5 Jahren von den USA 2,2 Md. Dollar für den Kampf gegen das Rauschgiftbusiness erhalten.

In der von den Teilnehmern des Antikokaingipfels verabschiedeten Erklärung von Cartagena wird betont, daß sich die Strategie des Kampfes gegen das Rauschgift neben traditionellen militärischen und polizeilichen Methoden auf die Notwendigkeit einer Verringerung des Rauschgiftkonsums, der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Förderung des Handels und der Kapitalinvestitionen sowie auf diplomatische Initiativen stützen muß. Die Vereinigten Staaten, heißt es in dem Dokument, sind bereit, auf langfristiger Grundlage mit den Andenstaaten bei deren Bemühungen zusammenzuarbeiten, die landwirtschaftliche Produktion zu fördern und den nicht-traditionellen Export zu intensivieren.

Die Teilnehmer des Treffens vereinbarten, effektive Maßnahmen zur Kontrolle über den Rauschgifthandel zu ergreifen und Gesetze zu erarbeiten, die ein Hindernis für den illegalen Erwerb von Waffen, Sprengstoff, Nachrichtenmittel, Flugzeugen, Hubschraubern, Schiffen und anderen Transportmitteln durch die Rauschgiftmafia sowie für die Geldwäsche der durch Verbrechen erzielten Dollars wären. Die USA erklärten sich bereit, Kolumbien, Bolivien und Peru bei der Ausbildung und Ausrüstung von speziellen Antirauschgifteinheiten der Polizei zu helfen.

So wurde in der Schlacht mit einem der größten Übel des 20. Jahrhunderts ein wichtiger Schritt getan. Auch UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar gab den Beschlüssen von Cartagena eine positive Einschätzung.

Juri Kudimow
NZ-Korrespondent
CARTAGENA

Wie viele Parteien braucht die Republik?

Die Farben des politischen Regenbogens

Sehen wir uns zumindest einige Farben dieses politischen Regenbogens genauer an. Vielleicht sind sie zu grell oder unnatürlich. Aber das ist die Realität.

Noch ein Aufstieg?

Sieht man in Sofia an Häuserwänden oder Ecken Menschengruppen stehen, kann man sicher sein, daß hier wieder Flugblätter oder Programme von Parteien, Bewegungen und Organisationen aushängen. Im Bulgarien von heute gibt es davon eine ganze Menge

An Pantschews Wohnungstür sind die Besuchszeiten angegeben. Seine nicht besonders geräumige Wohnung hat er in ein Parteibüro der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei (BSDP) umfunktioniert. Der 1. Sekretär der Partei, ein stämmiger, grauhaariger Mann mit ausgeprägten Gesichtszügen, ist beschäftigt. Er gibt einem ebenfalls nicht mehr jungen Kollegen ein paar Ratschläge und reicht ihm ein Paket mit Flugblättern. „Verzeihung“, sagt Grudi Pantschew, „ich mußte den Mann erst in die Provinz schicken.“ Mir war bereits klar geworden, daß man in so einer Wohnung nicht wohnen konnte. Stöße von Papier füllen den elementarsten Lebensraum aus, liegen auf Boden, Sofa und Stühlen. Ich mache es mir so gut es geht in einem Sessel bequem, an dem eine Armllehne fehlt. Der Bewohner dieses Quartiers oder besser Hauptquartiers berichtet bedächtig, als blättere er die Seiten der Geschichte im Geist noch einmal um.

Im nächsten Jahr wird seine Partei ein Jahrhundert alt. Organisiert wurde sie vorwiegend von jungen Leuten. Einige kamen aus Rußland, andere hatten in westeuropäischen Ländern studiert. Erstere brachten revolutionäres Denken

und revolutionäre Methoden des Kampfes gegen die Autokratie, die zweiten freies, demokratisches Denken und parlamentarische Kampfmethoden mit ins Land. 1903 spaltete sich die Partei. Die einen waren die „Tesnaks“ (die „Engen“). Sie gründeten ihre eigene Partei, die dann später zur BKP reorganisiert wurde. Die anderen waren die „breiten Sozialisten“. Sie gründeten die (vereinigte) Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei. 1919 setzte ihr Gründer Janko Sakysow, als er Minister wurde, die Einführung des Achtstundentags durch. Die Partei unterhielt enge Verbindungen zu den Gewerkschaften und setzte sich für die Entwicklung des Genossenschaftswesens ein. Während des Krieges beteiligten sich die Sozialdemokraten am antifaschistischen Widerstand. 1948 wurde die Partei praktisch liquidiert. Ihre führenden Männer und Mitglieder in der Volksversammlung wurden der Spionage beschuldigt und zu unterschiedlich langen Haftstrafen verurteilt. Viele von ihnen sind in den Gefängnissen ums Leben gekommen.

Wie sah Grudi Pantschews Lebensweg aus?

„Ich hatte wirklich Glück“, lächelt er. „Ich habe nur 11 Jahre in Gefängnissen und Lagern verbracht.“ Mehr noch, als er 1959 freigelassen wurde, ging der ehemalige „Spion“ auf Großbaustellen und arbeitete da so vorbildlich, daß er mit zwei Orden und einer Vielzahl von anderen Ehrenurkunden dekoriert wurde. Die ganzen Jahre über blieb er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

„Wie das?“ staunte ich. „Die Partei war doch liquidiert.“

„Hier, sehen Sie mal.“ Pantschew reicht mir ein offizielles Dokument, datiert vom gestrigen Tag. Zwei Gebührenmarken, Stempel, Unterschriften. Das Stadtgericht von Sofia bestätigt, daß die Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei 1945 als politische Organisation eingetragen worden ist. Anhand dieses Dokuments läßt sich nachweisen, daß die zerschlagene und zum Spionagenest erklärte Partei offiziell nie verboten war. Heute setzt sie ihre Tätigkeit fort.

Was für Ziele hat die Partei? Pantschew zufolge ist ihr daran gelegen, die Idee der Demokratie auferstehen zu lassen. Er möchte Bulgarien als freies demokratisches Land sehen, das seinen Bürgern aufgrund seiner Naturreichtümer, seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten und marktwirtschaftlicher Prinzipien ein gutes und friedliches Leben sichert. Vorläufig hat sie sich vorgenommen, in allen Gemeinden Parteiorganisationen zu gründen und zumindest einen Teil der ihr gehörenden Immobilien in ihren Besitz zurückzubringen. Im Januar dieses Jahres hat die Partei sich in Bulgarische Sozialdemokratische Partei umbenannt. Die erste Nummer ihrer Zeitung ist bereits erschienen.

Der Rentner Pantschew arbeitet bis zu 20 Stunden täglich. Begegnungen, Gespräche, Flugblätter schreiben. Wie er sagt, versucht er die Jahre aufzuholen, in denen er zum Schweigen verurteilt war. Dabei hilft ihm, daß er ein leidenschaftlicher Wanderer und Bergsteiger ist. Hundertmal war er auf dem Gipfel des Witoscha, oft bezwang er den fast dreitausend Meter hohen Musala.

Am Abend desselben Tages übertrug das



Pluralismus in Aktion



Grudi Pantschew:

„Ich will die Jahre einholen, in denen ich zum Schweigen verurteilt war.“

Fernsehen einen von Soziologen angestellten Sympathievergleich der politischen Parteien, Bewegungen und Organisationen. Am schlechtesten schnitten die Sozialdemokraten ab. Ganz oben figurieren die Umweltschützer von „Ökoglasnost“.

Immer munter von der Bühne runter

Mit Petr Slabakow, dem Chef von Ökoglasnost, sprach ich im Schminkraum. Man kennt ihn als Schauspieler am Sofioter Satire-Theater. Ein lebhafter Mann von 66 Jahren mit kurzen, abgemessenen Bewegungen. Was hat ihn dazu veranlaßt, sich in die Politik zu stürzen?

„Ich habe enge Beziehungen zur Scholle“, sagt er. „Mein Vater hat auf dem Land gearbeitet, und ich war selbst Traktorist. Von meiner Ausbildung her bin ich Ökonom. Einen Hang zur gesellschaftlichen Tätigkeit hatte ich nicht, denn dafür muß man veranlagt sein. Ich habe aber doch gesehen, wie um mich herum die Natur stirbt, wie Menschen vorzeitig sterben. In den letzten 20 Jahren ist das besonders deutlich geworden. Auf der Suche nach Bodenschätzen haben wir unsere ganze Erde umgewühlt. Oder so eine Fabrik wie „Kremikovtsi“. Das ist ein Krebsgeschwür für ganz Bulgarien, besonders für Sofia. Die Luft in der Hauptstadt kann man kaum noch atmen, und der Schadstoffgehalt liegt um ein Vielfaches über der zulässigen Norm. Vor ungefähr zwei Jahren kam in Bulgarien eine Umweltschutzbewegung zustande. Zuerst als Umweltschutz-Komitee für die Stadt Ruse. Man verweigerte uns die Möglichkeit, diese Organisation beizubehalten. Einige von ihren Wortführern wurden auch aus der Partei ausgeschlossen. (Nachdem am 10. November vergangenen Jahres Shiwkow abgesetzt worden war, wurden sie alle wieder in die BKP aufgenommen.) Damals haben wir auch Ökoglasnost gegründet. Zuerst waren wir 9 Personen, dann 29, inzwischen sind wir mehr als zehntausend. Wenn wir Zugang zu Rundfunk und Fernsehen haben, sind wir bis zum Mai hunderttausend.“

Wenige Tage, nachdem ich im Ruse-Komitee war“, fährt Slabakow fort, „bin ich

während eines Bühnenstücks aus der Rolle gefallen und habe direkt von der Bühne den Aufruf unserer Organisation, dieser erstikenden Stadt endlich zu helfen, verlesen. Am nächsten Tag wurde ich vors Politbüro zitiert. Dort waren Grischa Filipow, Emil Christow und weitere hohe Parteifunktionäre anwesend. Ob ich etwa eine grüne Partei zu gründen beabsichtige. Ich habe geantwortet: „Wenn man in den 50er Jahren jemanden verleumdete, erklärte man ihn zum Titoisten oder zum Traitscho-Kostowisten. Heute macht man ihn zum Grünen.“ Man hatte mich immerhin schon dreimal aus der BKP ausgeschlossen. Zum ersten Mal, als ich noch ein junger Traktorist war. Da hatten sie in mir einen Traitscho-Kostowisten erblickt. Danach 1956, als vorbeugende Maßnahme, nach den Ereignissen von Poznan. Und in den 60er Jahren in Burgas, wo ich damals gearbeitet habe. Man warf mir Formalismus vor und inszenierte eine Untersuchung. Ich hielt es nicht mehr aus, beschimpfte diese „Kunstwissenschaftler“ und knallte die Tür hinter mir zu.“

„Wie ist Ökoglasnost strukturiert?“

„Wir haben einen Rat von 31 Personen. Es gibt einen Sekretär und eine Revisionskommission. Niemand erhält für diese Tätigkeit Geld. Unter den aktiven Mitgliedern sind bedeutende Wissenschaftler, Biologen, Ökologen, Physiker, Juristen, Soziologen und Fachleute auf anderen Gebieten. Früher hat man den Naturschützern Kompetenzmangel vorgeworfen. Solche Angriffe wären heute völlig unfundiert. Inzwischen gibt es sogar ein ganzes Forschungsinstitut, von dessen Mitarbeitern Ökoglasnost unterstützt wird. Manchmal kann man übrigens auch ohne Mikroskop sehen, wie verseucht Luft und Wasser sind. Neulich kam eine Meldung aus der Stadt Byala. Dort war die Temperatur auf minus 23 Grad gesunken, aber die Jantra froh nicht zu. Hier werden so viele Chemie-Abwässer hineingeleitet, daß der Fluß kein Wasser, sondern nur noch Frostschutzmittel führt. Dieser Vorfall spricht Bände. Wir haben keinen einzigen sauberen Fluß, keinen sauberen See mehr“, sagt der Schauspieler und Umweltschützer voller Schmerz.

„Was macht Ökoglasnost, und was kann die Organisation leisten?“

„Ich fürchte, wir kommen zu spät. Die Umweltsituation drückt unserem Land gewissermaßen die Kehle zu. Ein Professor hat einmal gesagt, gegen Aids könne man noch ein Medikament finden, gegen ökologisches Aids aber sei kein Kraut mehr gewachsen“, sagt Slabakow verbittert. „Konkrete Aktionen? In Bulgarien ist jetzt der Plan entstanden, einen von unseren Flüssen umzuleiten. Die Erfahrungen der Sowjetunion haben aber schon gezeigt, wie gefährlich und widernatürlich so eine Umleitung von riesigen Wassermassen ist. Wir haben uns energisch dagegen verwahrt und verschickten Briefe, in denen wir unseren Widerspruch begründen, an alle möglichen, auch die höchsten Instanzen. Wir



Petr Slabakow:

„Ich fürchte, wir kommen zu spät.“

haben auch darauf hingewiesen, daß so ein Projekt für unser nicht besonders großes Land zu teuer wäre. Es wird jetzt auf anderthalb Milliarden geschätzt. Sie wissen selbst, wie in der sozialistischen Wirtschaft die endgültigen von den geplanten Kosten abweichen.“

„Also gut, Sie haben Briefe verschickt. Wie kann Ihre Organisation noch wirksam werden?“

„Wir führen Veranstaltungen durch“, sagt Slabakow. „Und zwar nur an den Wochenenden, um den Produktionsablauf nicht zu unterbrechen. Als ich mit Petr Madenow zusammengetroffen bin, habe ich ihm erklärt, daß unsere Organisation den Rücktritt des Vorsitzenden des Ministerrats Georgi Atanassow und des Bauministers Petr Petrow für erforderlich hält, und habe die entsprechenden Argumente angeführt. Zum Beispiel, daß Atanassow gleich zwei Gewalten, die Legislative und die Exekutive, vertritt. Madenow hat sich alles angehört, aber nichts gesagt.“

Wenige Tage nach unserem Gespräch trat die Regierung Atanassow zurück.“

Der Boden braucht den Umbau

„Inwiefern haben sich die Aufgaben, vor denen Ihre Partei heute steht, gegenüber den Aufgaben von gestern geändert?“ Diese Frage stelle ich Angel Dimitrow, Sekretär des Bulgarischen Volksbunds der Landwirte (BVBL).

„Seit dem 10. November vergangenen Jahres ändern sich die Aufgaben unserer Bauernpartei ständig. Erstens haben wir erklärt, daß wir eine selbständige Partei gründen, die aktiv und gleichberechtigt im Sinne des politischen Pluralismus wirken wird. Also mußten wir erst einmal ein eigenes Programm aufstellen. Seit dem 9. September 1944 hatten wir kein solches Programm mehr. Wir hatten das Programm für den Aufbau des Sozialismus unter Führung der Bulgarischen KP übernommen. Im neuen Programm mußten wir unsere Aufgaben festlegen und wie wir uns unsere Teilnahme am Aufbau eines neuen Lebens in Bulgarien vorstellen. Davon ausgehend mußten wir auch eine neue Satzung schrei-

ben. Heute führen wir eine dem Parteitag vorausgehende Parteikonferenz durch, bei der wir diese Projekte kritisch überprüfen. Wir bereiten jetzt einen besonderen Aufruf an die Mitglieder der Bauernpartei vor, gewissermaßen eine Wahlkampf-Plattform.

Die wichtigste Frage für uns ist jetzt die Lage in den bulgarischen Dörfern und in der Landwirtschaft, die endlich auch in Wirklichkeit eine vorrangige Bedeutung für unser Land haben muß. Wir haben eine Sondersitzung des Leitungsrats zum Thema 'Dorf und Landwirtschaft in Bulgarien' durchgeführt. Wir treten offen gegen jede Bevormundung in diesem Bereich auf. Wir kämpfen für eine neue Steuer-, Kredit- und Preispolitik.

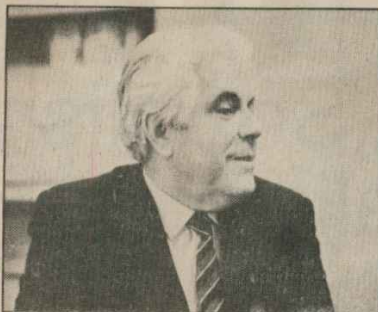
Wir sind entschieden gegen Staatsaufträge. Eine Marktpolitik muß schrittweise eingeführt und die Monopolstellung der Aufkauf-Organisationen gebrochen werden. Der Ausplünderung der Dörfer durch diverse staatliche Organe, allen diesen Versicherungen und sonstigen Abgaben muß ein Ende gesetzt werden. Wir brauchen echte Selbstverwaltung, in den Dörfern und in der landwirtschaftlichen Produktion überhaupt. Hier muß direkte Demokratie stattfinden.

Die zweite wichtige Aufgabe für uns betrifft das politische System. Die Jahre der gemeinsamen Arbeit mit den bulgarischen Kommunisten sind wertvolles Kapital für uns, obwohl es auch hier Höhepunkte und Niederlagen gegeben hat. Unter den neuen Voraussetzungen aber muß die Zusammenarbeit ganz anders aussehen. Besonders beunruhigt sind wir darüber, daß der Umbau bisher nur in Sofia stattfindet. Die Bevölkerung ist es leid, sich Überlegungen zu immer wieder neuen Konzeptionen anzuhören. An der Basis ändert sich absolut nichts. Dort wird allenfalls ein Kaderkarussell in Gang gesetzt. Der 1. Sekretär wird Vorsitzender des Rats, und der übernimmt jene Funktion. Immer noch dieselben Montagsbesprechungen beim 1. Sekretär, Bevormundung in allen Bereichen. Das alles schadet der BKP und nützt nur der Opposition, der Union der Demokratischen Kräfte, und in gewissem Sinne auch unserer Partei.

Wir sind Märtyrer, denn auch unter den Bedingungen des Umbaus will man uns manipulieren. Diese Wahrheit muß man erst einmal begreifen. Wir haben mit den Kommunisten zusammengearbeitet, und wir trennen uns nicht so leicht von den Prinzipien, denen wir gemeinsam gedient haben. Wir müssen akzeptieren, daß eine neue Zeit gekommen und daran nichts mehr zu ändern ist. Der Prozeß läuft unaufhaltsam.

„In den Dörfern hat es große Veränderungen gegeben. Viele sind in die Städte gegangen. Wie holen Sie die ins Dorf zurück? Wo nehmen Sie neue fleißige Bauern her?“

„Nur mit Hilfe einer Wirtschaftspolitik, mit wirtschaftlichen Anreizen und Hebeln. Das ist jetzt aber nicht das Problem. In der Landwirtschaft arbeiten etwa 18 bis 20 Prozent der Bevölkerung. Das ist viel, wenn



Angel Dimitrow:

„Wir haben mit den Kommunisten zusammengearbeitet und trennen uns nicht so leicht von den Prinzipien, denen wir gemeinsam gedient haben.“

man andere Normen zum Vergleich heranzieht. 10 bis 12 Prozent würden auch genügen. Das aber setzt moderne Technik voraus und daß der Staat eine harte Wirtschaftspolitik ausarbeitet, denn die hatten wir noch nie. Alle versuchen, wo sie nur können, den Erzeuger übers Ohr zu hauen. Jetzt gibt es wieder neue Aufkaufpreise, aber der Aufkaufpreis für Milch, die bei Genossenschaften oder Staatsgütern gekauft wird, ist viel höher als bei Einzelbauern.

Der Erzeuger will aber wenigstens für fünf Jahre im voraus wissen, zu welchen Preisen man ihm seine Erzeugnisse abkaufen wird. Dabei muß es mehrere Aufkauforganisationen geben. Damit jeder Landwirt das Recht, unmittelbar auf den Markt zu treten, und das Recht der freien Auswahl hat. Damit er zumindest die Hälfte des Geldes bekommt, das die von ihm produzierten Erzeugnisse einbringen. Heute sieht er keinen Pfennig davon. Der Erzeuger verdient zwischen 16 und 18 Prozent der verkauften Ware. Er müßte aber mindestens 50 Prozent bekommen.

Der BVBL wurde übrigens 1899 gegründet, nach Bauernaufständen, die dadurch provoziert worden sind, daß der Staat 10 Prozent der Erzeugnisse als Steuern abzog. Heute zieht er 80 und mehr Prozent ab. Wenn wir eine neue Politik machen und die Gemeinde Steuergelder zur Entwicklung des Dorfes verwendet, brauchen wir nicht erst darum zu ringen, daß die Leute in ihre Dörfer zurückgehen. Die kommen dann von alleine. Es ist übrigens schon zweimal versucht worden, das Dorf zwangszuversetzen. Man hat Subventionen verteilt, die Leute haben sie auch bekommen und sind danach wieder in die Stadt gezogen. Nur mit einer konsequenten Wirtschaftspolitik ist diesem Problem beizukommen.

„Es gibt noch eine Konkurrenzpartei für Landwirte?“

„1947 hat der BVBL sich gespalten. Der eine Teil, der den Sozialismus akzeptierte, ging mit der kommunistischen Partei. Der andere Teil unter Führung von Nikola Petkow ging in die Opposition, wurde zerschlagen und für ungesetzlich erklärt. Petkow selbst wurde gehängt, und Tausende von

Mitgliedern dieser Partei wurden unterdrückt und verfolgt. Einige konnten emigrieren. Inzwischen hat das Parlament die ganze alte Opposition, darunter auch den BVBL 'Nikola Petkow', rehabilitiert. Dieser Verband existiert parallel zu uns. Wir stehen in einem intensiven Dialog zum Zweck der Vereinigung. In vielen Fragen sind wir uns schon einig. Sie meinen sogar, daß wir unser Programm von ihnen abgeschrieben hätten. Beide Seiten werden sich so oder so um dieses Programm zusammenfinden. Eine einzige Streitfrage steht noch zwischen uns. Sie sagen: 'Tretet aus der Regierung aus!' und wir sagen: 'Tretet aus der Union der Demokratischen Kräfte aus!'. Wenn sie das tun, können wir auch aus der Regierung austreten. (Hier sei angemerkt, daß wenige Tage nach dem Rücktritt des Kabinetts Georgi Atanassow, als Andrej Lukanow mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, die Agrarier von einer Regierungsbeteiligung absahen. W. Sh.) Ich bin sicher, daß die Vereinigung in allernächster Zukunft stattfindet. Die Interessen Bulgariens machen das erforderlich. Uns trennt schließlich kein prinzipieller Unterschied in den Zielen oder in der Programmatik. Wir sehen die Vereinigung positiv, und ich meine, daß sie vor den Wahlen in Bulgarien stattfinden sollte. Sonst verlieren wir beide.“

„Was können Sie zum Parteitag der BKP sagen, der jetzt zu Ende gegangen ist?“

„Ich glaube, daß damit der Umbauprozess eingeleitet worden ist. Ich weiß nicht, ob das stimmt, aber mir scheint, daß die Konservativen immer noch wichtige Positionen besetzen. Es gibt aber auch Kräfte, die sich für einen Umbau einsetzen, und die unterstützen wir.“

Das Leben bleibt nicht stehen. Mitte Februar erklärten BVBL-Sprecher offiziell, daß sie ihre Plätze am runden Tisch, neben der BKP, beziehungsweise in der Opposition, tauschen und von nun an als selbständige, unabhängige Kraft auftreten wollen.

Die Ergebnisse der letzten soziologischen Umfrage zeigen übrigens neben einer allgemein positiven Wertung der Verhandlungen von Parteienvertretern am runden Tisch auch einen gewissen Verlust des Interesses an diesen Zusammenkünften. Das sei durch das Fehlen konkreter Vereinbarungen hervorgerufen sowie durch den ultimativen Charakter einiger Erklärungen und zu lange und ergebnislose Sitzungen.

Wladimir Shitomirski

NZ-Sonderkorrespondent

SOFIA – MOSKAU

Fotos: der Autor

(Schluß folgt)

Aus dem „Sozialismus“ zum Sozialismus

Demokratische Revolution in einem Land, das einen Sprung aus dem Feudalismus vollbrachte

Nach dem Fall der Berliner Mauer, der Wegnahme des Wortes „Sozialismus“ aus dem offiziellen Namen einiger Staaten, nach der Rückkehr von Kreuzen und Kronen in so manches Nationalwappen kann Osteuropa kaum noch mit etwas aufwarten. Erstaunliche Veränderungen zeichnen sich dagegen in Zentralasien ab.

Als ich vor einem Jahr nach Ulan-Bator kam, fühlte ich mich in der Hauptstadt eines Landes, das, wie in vielen offiziellen Dokumenten betont wurde, unter Umgehung des kapitalistischen Stadiums einen erfolgreichen Sprung vom Feudalismus zum Sozialismus vollbracht, eine starke

Industrie und eine blühende kooperative Landwirtschaft geschaffen und seinen Bürgern einen stetig wachsenden Wohlstand gesichert habe. Heute dagegen ist die Mongolei, hörte ich von einem amtlichen Sprecher in der Presseabteilung des Außenministeriums der MVR, ein Land, das sich unter die Entwicklungsstaaten einreihen möchte und sich um die internationale Anerkennung dieses Status bemüht. Vor einem Jahr bezweifelte niemand in Ulan-Bator das Recht der Mongolischen Revolutionären Volkspartei auf die führende Rolle im Lande. Die Meinung galt, daß sie das absolute Vertrauen und die volle Unterstützung der Volksmassen genieße und eine Umgestaltung des sozialökonomischen und politischen Systems erfolgreich verwirklichte. Nunmehr werde ich damit konfrontiert, daß alles die MRVP wegen einer zu langsamen und inkonsequenten Umgestaltung offen kritisiert. Es entstehen zahlreiche

informelle Vereinigungen und Organisationen, einige von ihnen ziehen nicht nur das Recht der MRVP auf die führende Rolle im Lande in Zweifel, sondern fordern ein politisches Mehrparteiensystem und tun sogar reale Schritte in diese Richtung.

Am 18. Februar, einem Tag, der nach dem buddhistischen Kalender als besonders günstig gilt, fand der I. Kongreß der Mongolischen Demokratischen Union (MDU) statt. Unter anderem wurde beim Kongreß die Gründung einer Mongolischen Demokratischen Partei (MDP) bekanntgegeben. G. Boschigt als Vertreter der Führung der neuen Partei sagte das Journalisten und erklärte, die Gründung der Partei, die gegenwärtig 200 Mitglieder zähle, hänge

mit jener tiefen sozialökonomischen, politischen und geistigen Krise zusammen, die die mongolische Gesellschaft jetzt erlebe. Die Partei beabsichtige nicht, zu einer Massenpartei zu wachsen. Die Aufnahme werde nur individuell erfolgen. Sie hoffe jedoch, daß ihr politisches Programm das Vertrauen der Massen finden und daß sie sich zu einer realen Alternative zur MRVP entwickeln werde.

Somit besteht in der Mongolei jetzt offiziell eine alternative Partei mit ihrem alternativen Programm und Statut. Allerdings sind diese vorläufig nur den Begründern bekannt. Es ist wohl noch verfrüht, die MDP als reale politische Kraft zu betrachten. Mehr Bedeutung und Gewicht hat die MDU, eine breite gesellschaftliche Bewegung, die zahlreiche informelle Gesellschaften, Vereinigungen und Organisationen, darunter die MDP, umfaßt.

Vor etwas mehr als zwei Monaten auf Anregung einer kleinen Gruppe von Intellektuellen und Arbeitern entstanden, zählt die MDU schon über 70 000 (hauptsächlich junge) Mitglieder. Charakteristisch ist, daß 7 von je 10 Delegierten des I. Kongresses Mitglieder des Revolutionären Jugendverbandes, drei von je 20 Kommunisten und 9 von je 10 Gewerkschaftsmitglieder waren. 701 Delegierte des Kongresses vertraten 101 Abteilungen der Union in 4 Städten und 16 von den 18 Aimaks des Landes. Für eine Republik mit 2 Millionen Einwohnern ist eine gesellschaftlich-politische Bewegung von 70 000 eine ernst zu nehmende Kraft.

Man zieht unwillkürlich eine Parallele zu Solidarnosc oder zu den Bürgerforen in Osteuropa. Im Unterschied zu diesen Bewegungen beabsichtigt die MDU nicht, die Kommunisten aus dem gesellschaftlichen Leben auszuschalten, und hält die mongolische Revolution nicht für einen historischen Irrtum. Im Gegenteil, die Union geht davon aus, daß man nach dem Sieg der Revolution begonnen hatte, die Ideale der von Suche-Bator geleiteten mongolischen Revolutionäre zu verwirklichen, daß diese Ideale aber später entstellt wurden. Deshalb ruft die Union dazu auf, sich auf diese Ideale zu besinnen. Wie auf dem Kongreß hervorgehoben wurde, führte die Ende der 30er Jahre vorgenommene Vernichtung von Mitstreitern Suche-Bators, echten Revolutionären, dazu, daß die Partei ihren revolutionären Charakter einbüßte und ein Instrument des administrativ-bürokratischen Systems wurde. Die Macht des Volkes wurde durch die Macht einer Gruppe von Menschen ersetzt, die das Land in eine Sackgasse geführt haben.



Massenkundgebungen für die Umgestaltung, die in der Mongolei durchgeführt wird, sind heute in Ulan-Bator keine Seltenheit

Foto: TASS

„Infolgedessen sind wir von der Hauptstraße der Entwicklung der menschlichen Zivilisation abgewichen“, sagte Chatan Bahatar, ein Aktivist der zur MDU gehörenden Bewegung „Für demokratischen Sozialismus“.

Auf dem Kongreß wurde eine Plattform der MDU angenommen: Die mongolische Umgestaltung sei ein revolutionärer Prozeß, der zu einer vernünftigen Lösung der in der Gesellschaft herangereiften akuten und dringlichen Probleme führen könne; die MDU „verurteilt zornig den Stalinismus und das Breshnew-Unwesen sowie ihr mongolisches Gegenstück, den Zedenbalismus“. Die Union wolle sich in ihrer Tätigkeit konsequent darauf orientieren, die tiefe Krise im Lande zu überwinden, alle Bereiche des öffentlichen Lebens zu sanieren, den politischen Pluralismus, die nationale Kultur und die nationalen Traditionen zu entwickeln.

„Wir ziehen die Gesetzmäßigkeit der Existenz der MRVP in der mongolischen Gesellschaft nicht in Zweifel“, sagte S. Sorig, Generalkoordinator der MDU. „Wir hoffen jedoch, daß alle Kommunisten als reale Kraft des politischen Lebens in unserem Land aktiv an der Reinigung der politischen Atmosphäre in der Gesellschaft teilnehmen werden und daß die MRVP die Möglichkeit einer normalen Entwicklung

des Landes unter den Bedingungen eines Mehrparteiensystems als Garantie der Demokratie anerkennen wird.“

In einem Appell des MDU-Kongresses an das mongolische Volk (der Kongreß wurde übrigens vollständig im Fernsehen übertragen, was ebenfalls von hoher Autorität der Union spricht) heißt es, der Kongreß sei „der Beginn einer neuen Ära in der Entwicklung der mongolischen Nation, der Beginn einer demokratischen Revolution. Er hat die Einheit der patriotischen Kräfte demonstriert, deren Ideale heißen: Demokratie, Humanismus, Pluralismus und Gerechtigkeit, die Unumkehrbarkeit der weltweiten revolutionären Umgestaltung in unserem Land“.

Die MDU forderte auf, das administrativ-bürokratische politische System einzureißen, damit jeder Mongole seine Arbeitsergebnisse nutzen, sein Bodenstück selbständig bewirtschaften kann und damit die Bürger alle Möglichkeiten haben, das Wohlergehen ihrer Angehörigen zu sichern. Besondere Zuwendung und Sorge müßten alten Menschen, kinderreichen Müttern, Waisenkindern und Angehörigen von Repressionsopfern entgegengebracht werden.

Übrigens klingen viele Thesen dieses Appells, besonders in bezug auf Demokratie, Offenheit und die Kritik der früher begangenen Fehler, direkt an die Thesen

eines zwei Wochen früher veröffentlichten Schreibens des Politbüros des ZK der MRVP an die Kommunisten der Republik an. Deshalb sind hier viele der Meinung, daß das Voraussetzungen für einen baldigen Dialog zwischen MDU und MRVP und einen gesellschaftlichen Konsens schaffe.

Einen anderen Ton bringen in die politische Atmosphäre die vom MDU-Kongreß angenommenen Botschaften an das Präsidium des Großen Volkshural und an das ZK der MRVP mit der Forderung, das Parlament aufzulösen, vorfristige Wahlen auszuschreiben und das ZK und die Regierung zum Rücktritt zu bewegen.

Bisher hat die MRVP auf diese Forderungen nicht reagiert.

Wie die Gewerkschaftszeitung „Chudulmur“ schreibt, seien das Forderungen der MDU und nicht des ganzen Volkes.

Auf die Frage, was werde, wenn die MRVP den ultimativen Forderungen nicht nachkomme, hat kein einziger der leitenden MDU-Mitglieder, die eine Pressekonferenz für mongolische und ausländische Journalisten abhielten, eine direkte Antwort gegeben.

A. Didussenko
NZ-Sonderkorrespondent
ULAN-BATOR

Made in USSR ...

Im Herzen Moskaus am Puschkinplatz arbeiten mehr als 100 Journalisten, Redakteure und Übersetzer, um jede Woche ein neues Heft der politischen Zeitschrift

„NEUE ZEIT“

zu produzieren. In 10 Sprachen erscheint die Zeitschrift in mehr als 100 Ländern. 48 Seiten voller Glasnost, Perestroika und Demokratisierung. Sowjetische und internationale Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Unsere Zeitschrift auch für Sie!

... das ist die „NEUE ZEIT“.

Ein Oscar für Oskar?

Die deutsche Frage in der Wahlkampfstrategie der SPD

Der Sieg der bundesdeutschen Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen im Saarland hat praktisch keinen Zweifel mehr daran gelassen, daß der stellvertretende Parteivorsitzende und saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine bei den Bundestagswahlen am 2. Dezember gegen Helmut Kohl antreten wird. Ende Januar leiteten die Saarländer den Wahlmarathon ein, der sich über das ganze Jahr 1990 hinziehen wird. Es stehen Landtagswahlen in Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie Kommunalwahlen in Bayern und Schleswig-Holstein bevor. Zum Jahresende kulminiert das Ganze dann zu Bundestagswahlen. In diesem Zusammenhang ist es auch sinnvoll, auf die Wahlen in der DDR am 18. März hinzuweisen, deren Ergebnisse zweifellos einigen Einfluß auf die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik ausüben werden.

Zugleich war der Wahlkampf an der Saar der erste Wahlkampf in der BRD nach dem radikalen Umschwung in der DDR, der unter anderem zu einer qualitativen Veränderung der deutsch-deutschen Beziehungen geführt und das Thema der Vereinigung aus dem Bereich der Diskussionen in den der praktischen Politik holte. Vor diesem Hintergrund wie auch auf der Woge des rechten Radikalismus wurden diese Wahlen zu einem wichtigen Indikator der politischen Stimmungen in der bundesdeutschen Gesellschaft. Für Lafontaine schließlich beendeten sie das Dilemma, ob er nun Kanzlerkandidat werden solle oder nicht.

Die Wahlergebnisse haben selbst die optimistischsten Erwartungen der Sozialdemokraten übertroffen. Sie konnten ihre 1985 mühsam erworbene absolute Mehrheit um mehr als 5 Prozent erheblich ausbauen.

Was hat die Saarländer zu ihrer Entscheidung bewogen? Erstens ihr Stolz auf „unseren Oskar“. Lafontaines Popularität ist hier nur mit dem „Phänomen Strauß“ zu vergleichen, der als „Vater der Bayern“ galt. Zweitens hat Lafontaine in fünf Jahren Regierung an der Saar mehrere populäre Maßnahmen durchgesetzt: Er hat die Berufsverbote abgeschafft, einige Privilegien für hohe Beamte eliminiert und die Polizei abgerüstet, indem er ihr die Benutzung von Tränengasgranaten und Maschinenpistolen untersagte. Neben solchen mehr auf den Effekt angelegten Maßnahmen konnten die Sozialdemokraten die Saar aus der Stahlkrise ziehen. In der monostrukturellen Wirtschaft des Bundeslandes zogen sie Reformen durch, die eine spürbare Senkung von Arbeitslosigkeit von 14,2 auf 10,1 Prozent zur Folge hatten. Auch die Unternehmer haben keinen Grund zur Klage: Die Profite wachen, Konjunktur, Investitionen und Industrieproduktion sind im Aufschwung.

Die entscheidende Ursache für Lafontai-

nes Sieg war meiner Meinung nach jedoch seine Einstellung zur deutsch-deutschen Problematik. Den schon gegen Ende letzten Jahres sich unter den Bundesdeutschen abzeichnenden Stimmungswandel von der Euphorie über die offene Grenze zur DDR und die „menschliche“ Wiedervereinigung zu einem Verständnis für die damit verbundene Verschärfung der sozialen Probleme in der Partei spürte er feinfühlig auf. Im Gegensatz zu den meisten bundesdeutschen Politikern und seinen eigenen Genossen in der Partei brachte Lafontaine den Schneid auf, die unbequeme Wahrheit zu sagen: Das soziale System der BRD kann den

Die dramatischen Veränderungen in der DDR trafen die SPD völlig überraschend. Kurz vor Beginn des Wahljahres sah die Partei gestern noch unverrückbare Realien und quälend lange herausgebildete Konzeptionen und deutsch-deutsche Verhaltensmuster in Frage gestellt. Gestern hatte man noch mit der SED geschäkert und ein gemeinsames Dokument unterzeichnet, und heute sitzt fast ihre ganze damalige Führung hinter Gittern oder wartet zu Hause auf ihren Prozeß. Selbstredend ließen es sich christdemokratische Politiker nicht nehmen, diesen Schulterschuß giftig in Erinnerung zu rufen. In der SPD machte sich Irritation breit. Der



Ansturm von täglich fast 2000 Übersiedlern aus der DDR nicht verkraften.

Der Erfolg der Sozialdemokraten im Saarland ist um so wichtiger für die Partei, als die letzten Monate für die SPD besonders rauh waren. Nach einer gewissen Belebung 1988 und Anfang 1989, als sie Meinungsumfragen zufolge die CDU/CSU an Beliebtheit überholte, mußten die Sozialdemokraten seit verganginem Herbst Positionen preisgeben und verloren die Sympathien der Wähler. Im Dezember stand die SPD ganze drei Prozent hinter den christlichen Parteien zurück. Wenn man die bundesdeutschen politischen Realien berücksichtigt, ist dieser Rückstand groß genug, um eine Wachablösung in Bonn auszuschließen. Mängel und Fehlschläge der regierenden Parteien konnten die Sozialdemokraten nicht in einen Vorteil für sich wenden, wie sie das in der Vergangenheit so oft verstanden. Das freiwerdende politische Vakuum haben nicht sie besetzt, sondern flankierende Gruppen, in erster Linie die Republikaner.

Schock war so groß, daß die Sozialdemokraten im Bundestag spontan und bedingungslos Kohls strittiges 10-Punkte-Programm für die Wiedervereinigung unterstützten. Als sie wieder zur Besinnung kamen und sich auf Vorbehalte herausredeten, verloren sie noch mehr Punkte bei den Wählern.

In den Reihen der Partei wuchs der Unmut. Führende SPD-Politiker wurden beschuldigt, zum Wurmfortsatz der regierenden Parteien degeneriert zu sein.

In dieser Situation sammelten sich die Genossen zu ihrem Parteiparteitag im westlichen Berlin. Eigentlich wollten die Sozialdemokraten ihr neues, das Godesberger Programm ablösende Programm in Bremen bestätigen, aber dann beschlossen sie, ihren Parteitag näher an den Mittelpunkt der Ereignisse zu verlagern.

Der SPD-Parteitag verlief ganz im Zeichen der deutschen Thematik. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR waren schon immer ein politischer Bereich, in dem die SPD den Ton angab. Der Verlust

ihrer führenden Rolle rief bei den Mitgliedern Unruhe hervor. Die führenden SPD-Politiker wurden kritisiert. Die verlorenen Positionen mußten, koste es, was es wolle, zurückerobert werden. Man mußte sich sammeln und neue Lösungsmöglichkeiten für die Fragen der deutsch-deutschen Beziehungen finden. Für meine Begriffe ist den Sozialdemokraten das gelungen. Beim Berliner Parteitag haben sie ihre innerparteiliche Krise überwunden. Willy Brandt hat ihnen dabei geholfen. Der Parteiveteran und SPD-Ehrenvorsitzende genießt sowohl in der BRD als auch in der DDR überparteiliche Autorität und Achtung.

Für Brandt, der überraschend seine zweite Jugend erlebte, erfüllte sich der Traum und das Ziel seines Lebens. Dabei weiß er sehr genau, mit was für innen- und außenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen die Annäherung und schließlich Vereinigung der beiden deutschen Staaten verbunden ist. Zugleich waren in Brandts Reden deutlich nationale und patriotische Töne zu hören. Er war einer der drei Autoren der „Berliner Erklärung“, die der SPD-Parteitag schon am ersten Tag angenommen hatte. Wie in diesem Dokument formuliert, streben die Sozialdemokraten in nicht allzu ferner Zukunft eine Vertragsgemeinschaft mit der DDR als Vorstufe zu einer Konföderation der beiden Staaten an. Gleichzeitig wird vorgeschlagen, den Prozeß der europäischen Integration als zwingende Voraussetzung für die deutsche Einheit zu beschleunigen. Dabei sollen alle demokratischen Länder Osteuropas die Möglichkeit haben, der europäischen Gemeinschaft beizutreten.

Ähnliche Thesen sind auch im außenpolitischen Abschnitt des neuen Parteiprogramms enthalten, das noch unmittelbar vor dem Parteitag völlig umgearbeitet worden ist. Darin wird betont, daß die Deutschen das gleiche Recht wie andere Völker auf Selbstbestimmung haben, wobei die Wahrung des Friedens Vorrang genießt. Was die Sonderrechte der vier Großmächte der Antihitlerkoalition gegenüber Deutschland angeht, so sollen sie in Zukunft durch gesamteuropäische Institutionen oder, wie es in dem Programm heißt, durch eine gesamteuropäische Friedensordnung ersetzt werden. Wie das gesamtdeutsche Staatsgebilde vom juristischen und völkerrechtlichen Standpunkt aussehen soll, darauf haben die Sozialdemokraten sich noch nicht festgelegt.

Heute treten andere Probleme in den Vordergrund. Lafontaine spricht sie an.

Nach Schätzungen von Fachleuten wird die BRD bei der gegenwärtigen Geschwindigkeit, mit der Deutsche von Ost nach West übersiedeln, alleine im laufenden Jahr über 500 000 neue Bürger aufnehmen müssen, drei Millionen werden es bis zum Jahr 2000 sein. Dann muß die Bundesregierung zwischen zwei Übeln wählen: Entweder hebt sie die Sozialversicherungssätze an, oder sie flickt die Löcher im Sozialhaushalt (das Defizit in der Bundesanstalt für Arbeit

liegt jetzt schon bei über vier Milliarden Mark) durch Haushaltsmittel, für die man die indirekte Besteuerung anheben muß.

Zur Angst der Bundesdeutschen um ihre Zukunft und den von ihnen erworbenen Lebensstandard gesellt sich inzwischen noch ein gehöriger Anteil Neid. Schließlich kommen die Übersiedler dank Flüchtlingsstatus in den Genuß beachtlicher Privilegien. Ein ehemaliger DDR-Bürger, der keinen einzigen Tag in der BRD gearbeitet hat, bezieht sofort Rente in vollem Umfang, und zwar nicht die 300 bis 400 Mark wie in der DDR, sondern 1500 bis 2000 Mark in harter Währung. Hierbei kommt es zu haarsträubenden Überspitzungen, denn der Rentner muß nicht einmal unbedingt in der BRD leben. Er kann sich beim Sozialamt registrieren lassen, als Wohnort die Adresse eines Verwandten in Hannover angeben und weiter im heimatischen Dresden wohnen. Einmal im Monat läßt er sich in der BRD sehen, holt seine Rente ab, tauscht seine Westmark sofort in Ostmark (der gegenwärtige Kurs beträgt 1:7) und verfügt damit in der DDR über ein monatliches Einkommen, welches das Gehalt seines Premierministers um ein Mehrfaches übersteigt. Die Beunruhigung der Bundesbürger wächst. Als einer der ersten hat Oskar Lafontaine sie eruiert. Sein Rezept: Keine Prämien mehr für die Umsiedlung von Ost nach West, um den Flüchtlingsstrom einzudämmen.

Zunächst wurde Lafontaine von allen Seiten angegriffen. Man warf ihm fehlenden Patriotismus, Verrat an deutschen Interessen, Populismus und ähnliche Todsünden vor. Dann begriff man, daß der Mann von der Saar eigentlich recht hatte. Und die Bundesregierung änderte das Gesetz.

Man kann nicht sagen, daß alle sozialdemokratischen Politiker Lafontaines Einstellung zur Frage der Übersiedler aus dem Osten und seinen Protest gegen eine Wiedergeburt des deutschen Nationalismus unterstützt hätten. Einige Beobachter, insbesondere von der konservativen „Frankfurter Allgemeine“, sind der Ansicht, daß Lafontaine sich von Brandt distanziert habe. Ich habe eher den Eindruck, daß es sich dabei nicht um Rivalität, nicht um Frontbildung, sondern eher um eine Rollenverteilung handelt.

Indessen waren Lafontaines Beziehungen zur eigenen Partei nicht immer ganz ungetrübt. Der saarländische Ministerpräsident strebt keine Einmütigkeit und kein uniformes Denken in der SPD an. Oft wartet er mit sensationellen Erklärungen auf, die sich bei weitem nicht immer in traditionell sozialdemokratische Konzeptionen und Wertvorstellungen einfügen. Er hat sich zum Beispiel nicht, so wie andere Politiker seiner Partei, gescheut, sich offen mit den einflußreichen bundesdeutschen Gewerkschaften anzulegen, als er erklärte, daß die Werktätigen einen Teil ihres Lohns und ihres Wohlstands abgeben könnten, um bei einem verkürzten

Arbeitstag zusätzliche Arbeitsplätze schaffen zu helfen.

Gegenüber Politikern wie Lothar Späth und Hans-Dietrich Genscher aus dem Regierungslager bekundete Lafontaine offen die Bereitschaft zu Kompromissen und verschiedenen Formen von Zusammenarbeit auf Koalitionsebene. Viel Wirbel und übles Gerede in der eigenen Partei gab es nach seinen Thesen zur Liberalisierung des Asylrechts für Ausländer in der BRD und seine spöttischen Bemerkungen über den großdeutschen Vollrausch.

Auf wen orientiert sich Lafontaine, wen hält er für seine Wählerbasis? Die Frage ist nicht müßig, denn seit der Zeit des klassischen Kapitalismus sind in der BRD bedeutende Transformationen erfolgt. Soziologen können nicht länger angeben, wie der typische SPD-Wähler aussieht, als der früher der Metallarbeiter oder Bergmann galt. Die Orientierung auf die Arbeiter, die traditionelle Basis der Sozialdemokratie, ist nicht länger in der Lage, die Unterstützung durch die Mehrheit zu gewährleisten. Der Wählerstamm aller Massenparteien ist aufgespalten. Heute muß man um die Sympathien sowohl des Mannes an der Drehbank als auch des mittleren Unternehmers oder Arztes, also jener gut versorgten zwei Drittel der bundesdeutschen Gesellschaft ringen. In einer solchen Situation werden überständige Verbindungen, insbesondere zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften, zu Fesseln, welche die politische Bewegungsfreiheit hindern. Lafontaine will diese traditionellen Bande abwerfen und den sozialdemokratischen Horizont erweitern. Für ihn ist beispielsweise der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital längst überholt und einem mehr globalen Konflikt zwischen Produktion und Umwelt gewichen, unter der man sowohl die ökologische als auch die soziale Sphäre zu verstehen hat.

Heute und für längere Zeit wird die deutsche Frage das zentrale Thema der bundesdeutschen Innenpolitik sein. Ich bin mir aber nicht so sicher, daß sie auch die Abschlußphase des Wahlmarathons vor den Bundestagswahlen dominieren wird.

Auf keinen Fall sollte man jedoch die Wahlergebnisse im Saarland überbewerten und als Vorwegnahme der Bundestagswahlen am 2. Dezember betrachten. Die absolute Mehrheit im Bundestag droht den Sozialdemokraten nicht. Doch auch die Christdemokraten können sie nicht erringen. Offensichtlich wird auch die folgende bundesdeutsche Regierung aus einer Koalition bestehen. Wie diese sich zusammensetzen wird, ist eine Aufgabe mit vielen Unbekannten.

Nikita Sholkwer

NZ-Korrespondent
BONN

Foto: „Newsweek“ (USA)

Das Land, das Simon Bolivar einst als Vorbild für die Völker der Region bezeichnet hatte, ist heute das ärmste Land der westlichen Hemisphäre

Auf der Suche nach einem Zuhause

Die Erinnerung an die Diktatur hält die Bürger dieser Republik der Schwarzen immer noch gefangen. Der erste Schritt zur Befreiung ist aber schon getan

In Port-au-Prince, an der längsten Straße der Unterstadt Cafu, die sich fast vom Zentrum bis in die Vororte hinzieht, sieht man über einem Betonzaun ein Schild: „Der größte Baseballhersteller der Welt“. Der Hang zu Superlativen ist menschlich. In diesem Fall aber ist das Firmenschild keine Übertreibung. Haiti ist wirklich der größte Lieferant des runden Baseball-Leders für die USA. Hierzulande ist das Spiel so gut wie unbekannt. Außerdem werden hier noch Transistoren montiert, auserlesene Büstenhalter fabriziert und aus Importstoffen Winterjacken und Mäntel genäht. Die absolute Mehrheit der Haitianer benutzt keine der hier genannten Waren und könnte das auch gar nicht, denn sie gehen zu hundert Prozent in den Export.

Unter Baby Doc, wie der Sohn des toten Diktators Francois Duvalier genannt wurde, der nach dem Tod seines Vaters Präsident auf Lebenszeit wurde, und besonders in den 70er Jahren wurden Firmen dieser Art hier überall angesiedelt. Die Gründe liegen auf der Hand. Minimale Löhne von drei Dollar pro Tag. Ein Überangebot von Arbeitskräften. Angaben des Soziologen Didier Dominique aus Haiti zufolge kommen in Port-au-Prince auf einen arbeitenden zwanzig nichtarbeitende Bewohner. Die Arbeit selbst macht keine hohe Qualifikation erforderlich.

Ich hatte viel über die an Sklavenarbeit erinnernden Bedingungen in diesen Fabriken gehört. Es gelang mir jedoch nicht, auch nur eine davon aufzusuchen. In diesem Land, in dem es nicht besonders viele Staatsgeheimnisse gibt, werden die Arbeitsbedingungen in den Exportfirmen von ihren Geschäftsführern besser gewahrt als militärische Geheimnisse. Unbefugten bleibt der Zutritt versagt. Was ich nicht mit

eigenen Augen sah, konnte ich teilweise durch Untersuchungen ortsansässiger Soziologen ergänzen. 1983 hatte man in einer dieser Fabriken eine verdeckte Umfrage durchgeführt. Von 300 Arbeitern befragte man jeden dritten. Hier ein paar Daten. Die weitaus meisten Arbeiter sind junge Leute beiderlei Geschlechts zwischen 25 und 27 Jahren. Die durchschnittliche Verweildauer liegt bei drei Jahren. Mit ganz seltenen Ausnahmen beträgt der Verdienst für einen Tag 3,1 Dollar. Da es weder Kantinen noch eine Gratsbeförderung gibt, reduziert sich der Reallohn auf eine noch erbärmlichere Summe.

Die extreme Ausbeutung macht die Arbeit sinnlos. Mit diesem Lohn kann man nicht leben, zumal Port-au-Prince eine der teuersten Städte der westlichen Hemisphäre ist. Eine Einzimmerwohnung ohne Wasseranschluß und Toilette kostet 200 Dollar im Monat. Strom, selbst bei geringstem Verbrauch, nicht unter 70 Dollar. Ein Kilo billiges Fleisch kostet 8 Dollar. In den Bidonvilles wird übrigens kein Fleisch gegessen. Also kann ein Arbeiter selbst durch Zwangsarbeit in der Fabrik sein Existenzminimum nicht sichern. Ob man arbeitet oder nicht, man kann ohnehin nicht davon leben. In Port-au-Prince hat man dafür den Ausdruck „Cali West“ gefunden.

Die Kreolsprache ist allegorisch. Deshalb braucht man auch einen ganzen Absatz, um ein einziges Wort zu erklären. Der Cali West ist der ständig in Richtung Hauptstadt blasende Westwind. Wenn ein Segelschiff nach Westen in See stechen will, muß es manchmal lange vor Anker liegen. Die Besatzung ist zu unerträglichem, beinahe schmerzhaftem Nichtstun verurteilt, und dieser Zustand, in dem es keine irgendwie sinnvolle Tätigkeit gibt, wird hier mit Cali West umschrieben.

Das soll nicht heißen, daß die Menschen hier nicht arbeiten. Im Gegenteil, alle haben vollauf zu tun. An Alltags kommt man auf den Gehwegen keinen Schritt vorwärts, weil sie von Straßenhändlern besetzt werden. Reihenweise wird mit ein und demselben gehandelt: Körbe mit Bananen. Säcke mit Holzkohle. Andenken für Ausländer. Getragene Kleidung. Alle verkaufen, und keiner kauft etwas. Gegen Abend laden die Händler, die ihre Waren nicht losschlagen konnten, sich ihre Körbe und Säcke wieder auf den Kopf und gehen in die Unterstadt, um bei Morgengrauen wieder zum ungezielten Sturm auf Petionville anzutreten. Auch nur eine Abart von Cali West.

Die von Straßenhändlern beschlagnahmten Bürgersteige der Oberstadt sind noch gar nichts im Vergleich zu den Märkten der Unterstadt. Das sind nicht einmal Märkte, sondern Handelswohnungen, weil, wo man etwas zu verkaufen versucht, gleich gewohnt wird. Das ewige Lärmen und Treiben der Großstadt erreicht seinen wahn sinnigen Höhepunkt. Hier wird in Kleiderhaufen gewühlt, werden Kohlsäcke von einem Ort zum anderen geschleppt, hier wird Zuckerrohr gekaut, das zum Preis von einem US-Cent selbst für die ärmsten Teufel erschwinglich ist. Hier wäscht und schläft man und verrichtet seine Notdurft.

Erinnerungen an eine ganz andere Epoche, an ein ganz anderes Leben werden wach. Eine Gestalt in

Schluß. Anfang siehe NZ 4



Diese im Sturm genommenen Minibusse sind praktisch die einzigen öffentlichen Transportmittel in Haiti

einem Roman von Wassili Grossman träumt von einer Zeit, da die „Zone“ verschwindet und die ganze Welt zu einer einzigen riesigen „Zone“ wird. Dann wären endlich wieder Ordnung und Zufriedenheit in der Welt hergestellt.

Ein beträchtlicher Teil von Port-au-Prince ist die Verwirklichung dieses Alptraums in Reinkultur. Menschen, unter unmenschlichen Bedingungen zusammengepfercht. Kein Stacheldraht. Keine bewaffneten Posten und Wachhunde. Aber sie fliehen nicht, denn sie wüßten nicht wohin. Im Gegenteil, immer mehr strömen täglich zu Hunderten in die Hauptstadt.

Hinter dem Markt der Unterstadt liegt auf der anderen Straßenseite ein niedriges gelbes Gebäude. Die Farbe dieses Bauwerks weist eindeutig auf seine Bestimmung hin, denn in Port-au-Prince sind alle Gefängnisse und Kasernen gelb gestrichen. Das hier ist Fort Dimanche, das schrecklichste Gefängnis von Haiti. Es ist immer noch in Betrieb, obwohl sein Kommandant in einem Zeitungsinterview behauptet, daß hier keine politischen Gefangenen mehr inhaftiert seien.

Wir fuhren am Markt vorbei auf Fort Dimanche zu, als Ives Medarde den Fuß vom Gas nahm.

„Vielleicht machst du deine Aufnahmen von hier?“ fragte er vorsichtig.

Anstatt gleich darauf einzugehen, unterschätzte ich die Schonbereitschaft meines Begleiters und bat ihn, näher heranzufahren.

Vor dem Eingang hielten wir an und sahen uns inmitten einer Halde von Schrottwagen. Bevor wir aber überhaupt etwas sehen konnten, hatten sich schon Myriaden fetter Schweißfliegen durchs offene Fenster ins Wageninnere erbrochen und setzten sich auf Hände, Scheiben und Gesicht. Es gab keine Möglichkeit, sich dieser ekelhaften Fliegen zu erwehren, die in summenden Schwaden über dem Gefängnishof standen und Schlimmeres befürchten ließen. Ich holte meine Kamera hervor. Mit einer Geste bat Ives mich, zu warten, und ging langsam zur Eingangstür vor, von wo wir von schweigenden Wachposten hinter schwarzen Sonnengläsern beobachtet wurden. Als ich meinem Begleiter nachkam, war der erste Teil des Gesprächs bereits beendet. Die Wache verbot uns, überhaupt etwas zu fotografieren, aus der Nähe und aus der Entfernung. Ein Sergeant, der wenig später von irgendwoher auftauchte, bestätigte das Verbot. Die stikige Hitze des in einer Senke liegenden Gefängnisses ließ unsere Augen sich mit klebrigem Schweiß überziehen, dazu das unaufhörlich summende Geschmeiß. Durch ein Loch im Stacheldraht kamen zwei klapprige Ziegen hervor und trollten sich schwankend in Richtung Autohalde. Sobald wir wieder auf der Straße waren, ließen die Fliegen von uns ab.

Frustrierte Duvalisten

„Die Haitianer sind ein Volk, das lacht, weint und tanzt.“ Jeder auf dieser Insel scheint die Worte des inzwischen verstorbenen Ethnologen Price Mars zu kennen. Wir unterhalten uns mit einem dünnen älteren Mann, der so alt sein dürfte wie jener Wissen-

schaftler. Der läßt, gleichsam wie Kiesel in einen bodenlosen Brunnen die bitteren Worte fallen:

„Die Haitianer sind eine aussterbende Nation.“

Serge Garut, so heißt dieser Mann, bedeckt sein Gesicht mit den Händen, schwankt leise und lauscht dem Klang seiner Worte nach, wie sie von ihm aufliegen und in der Abendluft erstarren.

Mein Gesprächspartner stellt nichts Besonderes dar, er gehört zu dieser hauchdünnen sozialen Schicht, die man in Haiti als Middleclass bezeichnet. Das sind die wenigen Ingenieure, ein gewisser Teil der Beamten, Ärzte und Lehrer. Serge Garut ist Lehrer.

„Unsere ganze Geschichte“, sagt er, „ist eine Geschichte des Kampfes um den Boden. Es gibt wenig Land, und die Familien sind groß. In jeder Bauernfamilie gibt es Personen, die keine Arbeit haben. Schon zu Beginn dieses Jahrhunderts sind die Haitianer nach Kuba und in die Dominikanische Republik ausgewandert, überallhin, wo es Arbeit gab. Zur selben Zeit wurden auf Haiti aufgrund der primitiven Bodennutzung die Wälder abgeholzt. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung waren etwa 80 Prozent des Territoriums unseres Landes mit Dschungeln bewachsen. Heute stellen die Wälder nur noch 5 Prozent der Landesfläche dar.“

In der Indiosprache heißt Haiti „Land der Berge“. Dadurch, daß in den Bergen die Wälder verschwunden sind, wurde eine fürchterliche Bodenerosion ausgelöst. In weniger als 2 Jahrhunderten haben die Haitianer den wichtigsten Reichtum ihres Landes vernichtet. Heute sind die Naturreichtümer praktisch erschöpft. Die menschlichen Ressourcen sind groß, aber nicht qualifiziert. Wer noch etwas Energie oder Mut in sich spürt oder Bildung genossen hat, verläßt das Land. Allein in Kanada leben mehr haitianische Ärzte als in Haiti selbst. Es findet eine langsame aber unaufhörliche physische und intellektuelle Auszehrung der haitianischen Nation statt.“

Wie ein Kranker nach langem Sprechen ermüdet, verstummt Serge Garut und bedeckt sein Gesicht wieder mit den Händen.

„Wissen Sie, wozu wir uns eignen?“ ruft er unvermittelt. „Für Experimente, zu mehr nicht. Lesen Sie unsere Zeitungen. Ausländer importieren Haitianer, lebendige Menschen, als Organspender. An unseren Auswanderern werden bakteriologische und chemische Experimente durchgeführt. Wir sind eine Nation von Versuchskaninchen. Menschen, die einen Beruf haben, überleben natürlich, assimilieren sich aber mit anderen Nationen. Auf die Schwachen warten Degeneration und Tod.“

Pessimismus und Verzweiflung sind die am meisten verbreiteten Folgen der 29jährigen Diktatur in Haiti. Der Fall Serge Garut liegt noch etwas anders, denn seinen Überzeugungen nach gehört er zu den Duvalisten, obwohl er in die Verbrechen der Diktatur nicht verwickelt war. Er ist ein ideeller Parteigänger der straffen Führung in reiner Form.

Ideeller Duvalist in Haiti zu sein bedeutet, sich nach den Zeiten von Vater Duvalier zurückzusehnen und seinen Sohn Baby Doc zu verachten. Serge Garut und seinen Gesin-

nungsfreunden, mit denen ich Bekanntschaft schloß, zufolge verkörperte Francois Duvalier, Papa Doc, die Größe der Nation und ihre Ideale. Wenn es in dieser Zeit Ungerechtigkeit und Ermordungen gegeben hat, könne man um der großen Ziele willen, die der verstorbene Diktator zum Wohle aller Haitianer erreichen wollte, darüber hinwegsehen. Baby Doc hat von seinem großen Vater außer den Posen nichts geerbt. Erklärungen von Duvalier junior wie: „Der Sohn des Tigers kann kein Grasfresser sein“ taten den ideellen Duvalisten in der Seele weh. Unter ihm sehnten sie sich nach der Zeit vergangener Größe zurück. Unterdessen betrieb Baby Doc den Ausverkauf des Landes und versank selbst im Sumpf der Korruption.

Heute hat keiner mehr ein gutes Wort für Baby Doc, aber viele wollen zu ihrem alten Papa Doc zurück.

„Unter Francois Duvalier“, sagt Serge Garut, „herrschte wenigstens Ordnung.“

Man kennt das.

Im Unterschied zu Serge Garut kennt der junge Schriftsteller Lionel Trouyou die Ära Francois Duvalier überwiegend aus Erzählungen. Erzählungen allerdings stellen einen Teil der Familientradition dar. Vater Trouyou war Minister bei Papa Doc. Trotzdem gehören sowohl Serge Garut als auch Lionel Trouyou in der für uns etwas ungewöhnlichen Skala der politischen Positionen in Haiti zu den Linken. Das heißt zu den linken Duvalisten. Es ist schwer, diesen Begriff irgendwie vernünftig zu deuten, aber man erklärte ihn mir so. Die linken Duvalisten zählen nicht das Regime von Vater Duvalier zu ihren Idealen, sondern seine nationalistischen Ideen, die Papa Doc dann wieder selbst verriet. Man sollte sie vielleicht eher als frustrierte Duvalisten bezeichnen.

Es geht übrigens gar nicht um die Benennung. Die Intellektuellen von Haiti denken jetzt intensiv über die Vergangenheit und Zukunft ihres Landes nach, und schauen dabei manchmal weit in eine direkt utopisch wirkende Zukunft voraus. Lionel Trouyou erläuterte mir das so: „Wenn die gegenwärtige Situation anhält, schlägt unser Land den Weg einer liberalen Demokratie ein.“ Ehrlich gesagt, kommt mir im ärmsten Land der westlichen Hemisphäre diese Perspektive wenig wahrscheinlich vor. Trouyou denkt aber an etwas anderes. Er stellt sich eine liberal-demokratische Entwicklung in Haiti als hypothetische Alternative vor und findet, daß diese Alternative allein seinem Land nichts bringen wird. „Solange wir nur über Demokratie reden, aber nicht über Ausbeutung, wird sich in Haiti nichts ändern.“

„Heute haben wir wenigstens eine Chance“, meint Lionel Trouyou, „wir dürfen den Mund aufmachen. Nicht flüstern und uns dabei ängstlich umsehen, sondern reden. Wir und Sie tauschen jetzt unsere Gedanken aus. Können Sie sich überhaupt vorstellen, wie neu das für Haiti ist, die Möglichkeit zu haben, mit einem Sowjetmenschen zu reden?“

Dabei geht es nicht einmal darum, daß jetzt Leute in dieses Land einreisen dürfen, die das früher den Kopf gekostet hätte. Wichtig ist, daß wir Haitianer untereinander reden können. Für uns ist das auch etwas Neues. Wir berauschen uns geradezu an der Mög-



Militärs sind die wichtigste Stütze des Regimes

lichkeit zu sprechen und können uns am Klang unserer eigenen Worte nicht satt hören.

Wie soll es aber weitergehen? Mir kommt es so vor, daß wir in unserem Redeüberschwang die Hauptsache, nämlich zu handeln, vergessen. Bei uns bewegt sich erstmal noch gar nichts. Andererseits kann niemand garantieren, daß unsere Gespräche von Bestand sind.

Ich frage Lionel, welche Botschaft, des Glaubens oder der Vernunft, den größten Erfolg in Haiti hätte.

„Wenn man unverzügliche Ergebnisse im Auge hat, dann sicher die Botschaft des Glaubens. Wenn wir aber irgend etwas Neues aufbauen wollen, dann die Botschaft der Vernunft. Mir scheint, daß unser Problem darin besteht, daß wir allzu oft an den Glauben appellieren. Andererseits weiß ich nicht, wie man rein technisch die Botschaft der Vernunft unters Volk bringt. Im Verlauf unserer ganzen Geschichte haben wir zu viel im Sinne des Glaubens unternommen. Die Dogmen des Katholizismus, die Ideale Duvaliers, der geheime Wodu-Kult.“

Bericht über den eigenen Tod

Da ist er, der Begriff, der fallen muß, wenn man über Haiti spricht. Über Wodu, seine geheimen Rituale, Geheimgesellschaften, kabalistischen Beschwörungsformeln und seine gewissermaßen schicksalsträchtige Rolle in der Geschichte des Landes ist so viel geschrieben worden, daß es fast unmöglich ist, Legende und Wahrheit auseinanderzuhalten. Gewöhnlich wird Wodu mit den Tontons Macoutes in Zusammenhang gebracht. Vielleicht wird der Begriff Wodu etwas deutlicher, wenn man zunächst einmal versucht, das Phänomen der Tontons Macoutes zu erklären.

In den Jahren der Diktatur tauchten von Zeit zu Zeit die Fotos von unheilverkündenden Typen in schwarzen Sonnenbrillen auf den Seiten der Welpresse auf und riefen Entsetzung und Abscheu hervor. Wie ist das zu erklären? Die Tontons Macoutes waren kei-

neswegs raffiniertere Henker als beispielsweise die Agenten des chilenischen Geheimdienstes und der guatemalteischen Todeschwadronen. Allein die Bezeichnung Tontons Macoutes aber wurde in der westlichen Hemisphäre zum Sinnbild der Diktatur.

Wenn man den rein psychologischen Faktor beiseite läßt, die schwarzen Sonnenbrillen auf den schwarzen Gesichtern der Macoutes sahen für die überwiegend weißen Leser in Europa und Amerika in der Tat ziemlich unheilvoll aus, gibt es zwei Umstände, die den schlimmen Ruhm der Macoutes bedingten und sie unter den übrigen Schlächtern in Lateinamerika und in der Karibik hervorhoben.

Die Etymologie des Begriffs ist ziemlich interessant. In der Kreolensprache bedeutet Tonton „Onkel“. Macout heißt der Sack, den die Flüchtlinge aus den Dörfern auf der Schulter tragen, wenn sie in die Hauptstadt kommen. In den Bürgerhäusern von Port-au-Prince wird den Kindern seit eh und je Angst eingejagt, indem es heißt: „Wenn du dein Glas Milch nicht austrinkst, kommt der Tonton, steckt dich in seinen Macout, schleppt dich in den Wald und frißt dich auf.“ Damit war der ursprüngliche Sinn der Wortverbindung Tonton Macout, also Onkel mit dem Sack, völlig harmlos und konnte allenfalls verwöhnte Kinder schrecken.

Das alles veränderte sich mit dem Aufkommen der Duvalier-Diktatur. Der Tyrann, der seiner Armee nicht besonders vertraute, organisierte ein Mittelding zwischen Volkswehr und Miliz aus eben jenen Säcke tragenden Onkels, die früher als Kinderschreck herhalten mußten. Das waren ungebildete, zurückgebliebene Bauern, denen man auf einmal eine riesige Macht gab. Abkömmlinge aus dem Volk wurden zu einer gegen das Volk gerichteten Metzelgarde.

Der zweite Faktor hängt mit Wodu zusammen. Die Macout-Bauern brachten ihren eigenen Volksglauben in die Stadt mit, und in den Augen der Bürger flossen die Verbrechen der Macouts und ihre Religion zu einem mystischen Ganzen zusammen. In dieser Form wurde Wodu auch von der übrigen Welt aufgefaßt. Es entstanden zahllose

Legenden über gewisse kabalistische Rituale, die das Verschwinden von Menschen begleiten.

„In Haiti leben Realität und Legende nebeneinander und haben den gleichen Wert“, lese ich in der Zeitung. Wahrscheinlich ist es so leichter, über fremdes Leben zu schreiben. Über Haiti schrieb man, daß die Tontons Macouts unter Zuhilfenahme teuflischer Wodu-Tricks ihre Opfer in Zombies, willenlose Roboterwesen, verwandelten. Ich sitze in der Wohnung eines Menschen, der unmittelbar mit Wodu zu tun hat, und höre einen Bericht, der manch einem abstrus vorkommen könnte, wenn er nicht von Wissenschaftlern dokumentiert wäre.

Die junge Ethnographin Rachel Dominique ist die Tochter eines „Ungan“, eines Opferpriesters der Wodu-Gemeinde. In ihrer Kindheit wurde sie nach Wodu-Traditionen erzogen und glaubt zutiefst an die Lehrsätze dieser Volksreligion, obwohl sie in jeder Beziehung eine moderne junge Frau ist, die ihre Hochschulbildung außerdem in den USA erhalten hat.

Vor einigen Jahren wurde auf einer Straße im Tal von Artibonite ein seltsamer Mann gefunden. Der protestantische Missionar, der dem Unbekannten zum Glück entgegenfuhr, hatte schon viel über Zombies gehört, sie aber noch nie mit eigenen Augen gesehen. In diesem Moment, erinnerte sich der Missionar später, hatte er nicht den geringsten Zweifel, daß er einen echten Zombie vor sich hatte. Der Geistliche setzte ihn in seinen Wagen und fuhr ihn nach Port-au-Prince, wo der Mann von einem amerikanischen Psychiater untersucht wurde.

Der Bericht von Narcisse, wie der Zombie hieß, wurde von dem Psychiater aufgezeichnet und tauchte danach noch häufiger in der wissenschaftlichen Literatur auf. Ich erwähne das deshalb, um jeden Anflug von Sensation von diesem Zwischenfall zu nehmen.

Narcisse stammt aus einer Bauernfamilie, die heute immer noch im Tal von Artibonite im Zentrum von Haiti lebt. Sein Ungemach setzte mit dem Tag ein, als er daran dachte, sein Feld, das mitten im Gemeindeland lag, zu verkaufen. Die Gemeinde und die Familie von Narcisse erhob Einwände. Er aber blieb bei seiner Absicht und verkaufte das Land. Wenig später fühlte er sich nicht wohl. Narcisse ging es von Tag zu Tag schlechter, und bald darauf starb er.

Wie gesagt, das ist der Bericht eines lebendigen Menschen über seinen eigenen Tod. Narcisse ist gestorben, hörte aber nicht auf zu fühlen. Er erinnert sich daran, wie er begraben wurde. Er erinnert sich an die bösen Schmerzen, als sein Körper in das Leichenutuch genäht und ihm die Lippen mit Zwirn vernäht wurden. Er zeigt sogar die Narben auf seinen Lippen.

Hier unterbrach ich Rachel Dominique mit meinem Einwand, ob die Erinnerungen von Narcisse an sein Begräbnis nicht das Ergebnis einer Suggestion sein könnten. Er könnte die Geschichte doch von einem seiner Bekannten aus dem Dorf gehört haben.

„Ausgeschlossen“, widerspricht Rachel entschieden. „Weil der Psychiater, nachdem er den Bericht von Narcisse gehört hatte, ihn sofort in sein Heimatdorf brachte, und dort

hat die Erscheinung dieses Zombie eine allgemeine Panik ausgelöst. Kein Mitglied der Gemeinde wollte mit ihm sprechen, auch seine Familie nicht. Dort wurde bestätigt, daß von seinem Tod an kein Dorfbewohner ihn mehr gesehen hat, mit Ausnahme des Boco, so nennen die Wodu-Leute den Vorsteher der Geheimgesellschaft, eine Art oberster Richter und Vollstrecker. Wie sich herausstellte, kam der Abscheu gegen diesen Zombie nicht so sehr durch die Tatsache seiner Auferstehung zustande, als durch die einhellige Verurteilung seiner Fehlhandlung, des Verkaufs von Gemeindeland. Ebendeswegen ist er auch von der ganzen Gemeinde zur Verwandlung in einen Zombie verurteilt worden.

„Du mußt eins verstehen“, sagte Rachel Dominique. „In der Einschläferung eines Menschen, wenn alle Anzeichen eines klinischen Todes vorliegen, ist nichts Geheimnisvolles. Die Wissenschaftler kennen das Gift, das die Bocos verwenden. Überall in der Karibik kannst du in jedem Touristenladen ausgestopfte Kugelfische finden. Bei uns heißen sie ‚Fufu‘. In den Geschlechtsorganen dieses Fisches befindet sich ein starkes Gift, das bei einer bestimmten Zubereitung und in einer bestimmten Konzentration einen Zustand hervorruft, der an lethargischen Schlaf erinnert. Man kann nur mit einem Elektrokardiogramm nachweisen, daß der vergiftete Mensch noch lebt. Weil man in den Dörfern aber keine EKGs macht, werden solche Verstorbenen begraben.“

Das Rätsel besteht darin, wie es dem Boco gelingt, einen Zombie wieder auferstehen zu lassen. Wie auch immer, der aus der Erde ausgegrabene Zombie ist schon kein vollwertiger Mensch mehr. Er ist ein willenloser Sklave, der sein Gedächtnis und seine Fähigkeit zur Selbstverteidigung vollständig eingebüßt hat. Als Sklaven werden Zombies auch auf abgelegenen Gemeindefeldern eingesetzt. Man muß dazusagen, daß Zombies ein äußerst seltener Fall sind. Es ist die fürchterlichste Strafe für, um es in moderner Sprache auszudrücken, gesellschaftsschädigendes Verhalten. Die Leute haben keine Angst vor den Zombies, sondern vor der Möglichkeit, ihr Schicksal zu erleiden.

An der Geschichte von Narcisse ist nicht alles klar. Weil er nämlich zu einem bestimmten Zeitpunkt wieder zu sich gekommen ist. Wahrscheinlich hat der Boco das Gift nicht genau dosiert. Es ist aber eine Tatsache, daß Narcisse, als er wieder beisammen war, ein paar Zombies mehr zum Aufstand bewogen hat. Sie haben die Wachposten überwältigt und sind geflohen. Nur Narcisse konnte seinen Verfolgern entgehen.

Dem Phänomen der Zombies liegt, das kannst du mir glauben, kein übermäßiger Blutdurst der Haitianer zugrunde, sondern das Problem, daß es nicht genug Boden gibt. In unserem Land entscheidet der Besitz von Grund und Boden über Leben und Tod. Was die Tontons Macoutes angeht, so haben die niemanden in einen Zombie verwandelt. Sie haben prosaischere Folter- und Tötungsmethoden angewandt, die du wahrscheinlich aus der Geschichte anderer Länder genausogut kennst.“

Erinnerung an die Sklaverei

Heutzutage stecken Wodu, die katholische Kirche, die Armee und bürgerliche Institutionen in Haiti in der Krise. 29 Jahre Diktatur haben sich in allen Schichten der Gesellschaft von Haiti auf Traditionen, Glauben und Kultur ausgewirkt. Es ist jener bleierne, lethargische Schlaf, aus dem man genauso schwer aufwacht, wie ein Zombie sein Gedächtnis und seinen Willen zurückerlangt.

Neben den für das ganze Volk gleichermaßen geltenden Gründen haben die Wodu-Anhänger besonderen Anlaß, von einer Krise zu sprechen. Die Wodu-Religion ist eine Religion der Bauern und damit untrennbar mit dem Boden und der Lebensform der Dorfgemeinschaft verbunden. Die Armut aber treibt die Bauern in die Stadt. Der Zusammenhalt der Gemeinde wird liquidiert und damit der Zusammenhalt der Wodu-Leute untereinander schwächer.

Ein weiterer Grund besteht darin, daß in der Glaubensvorstellung der Haitianer jeder Geist, „Loa“, in einem besonderen Baum wohnt. Der Wodu kennt über 200 Loas, und jeder hatte seinen eigenen Baum. Als es immer weniger

Bäume auf Haiti gab, hatten die Geister keinen Zufluchtsort mehr, so daß sie bindungslos die Erde verlassen, so wie die landlosen Arbeiter in Haiti ihre Geburtsorte verlassen und sich auf der Suche nach einem besseren Leben in die Fremde begeben. Das sind die Leiden eines Volkes, das seinen Glauben verloren hat.

Über Glaubensdinge sprach ich nicht nur mit Wodu-Anhängern. William Smarth, ein katholischer Geistlicher aus der Gemeinde St. Martin, einem der ärmsten Viertel von Port-au-Prince, schildert mir die geistigen Folgen der Diktatur:

„In Haiti gibt es einen Begriff wie die Macoutisierung des Bewußtseins. Die Jahrzehnte des Terrors und der unbarmherzigen Unterdrückung des Denkens und der Freiheit brachten bedauerliche Ergebnisse mit sich. Die Menschen wurden unduldsam. Jeder ist der Tonton Macout seines Nachbarn. Die Achtung vor der fremden Meinung ist verlorengegangen, jeder meint, er sei im Recht, anderen seine Meinung aufzuzwingen, eben zu zwingen, ohne zu überzeugen. Die Unterdrückung Andersdenkender kommt die Gesellschaft teuer zu stehen. Man wird Zeit brauchen, um zu einem normalen Leben zurückzufinden.“

Während dieser ganzen Reportage habe ich das Gespräch über die Politik in Haiti bewußt vermieden. Nicht, weil es darüber nichts zu sagen gäbe, aber heute ist das Gespräch über politische Ereignisse in diesem Land noch kein Gegenstand für eine Zeitschrift. Ich war der zweite sowjetische Journalist, der in den letzten 10 Jahren in Haiti war, und habe vier Monate auf mein Einreisevisum gewartet. In dieser Zeit haben sich in Haiti drei Regierungen abgewechselt. Es ist durchaus möglich, daß zu dem Zeitpunkt, da dieses Material veröffentlicht wird, noch einige weitere Regierungen einander ablösen. Eins aber ist sicher: Am Leben der Haitianer wird sich nichts ändern.

In diesem Leben sind Vergangenes und Gegenwärtiges dermaßen eng miteinander verflochten, daß sie ein gemeinsames Ganzes ergeben. Ein Psychiater in Port-au-Prince berichtete mir über die mysteriöse „Sep“-Krankheit. Plötzlich spürt man einen stechenden Schmerz im Bein. Die Ursache läßt sich mit keinerlei Untersuchungsmethoden feststellen. Der Mensch ist völlig gesund, aber die merkwürdigen Anfälle wiederholen sich. Die Psychiater haben herausgefunden, daß diese Erkrankung im kollektiven Gedächtnis der Haitianer wurzelt. Früher wurden die aus Westafrika auf die Insel verschleppten Sklaven mit einem Bein, um das ein Eisenband gelegt wurde, an einen Baum gekettet. Als der Eisenring abgenommen wurde und der Sklave seinen ersten Schritt machte, traten die Schmerzen genau an der Stelle auf, wo er mit seinem Bein in diesem Eisenring gesteckt hatte. Dieser Schmerz wurde bis auf den heutigen Tag genetisch übertragen.

Wenn man das Gebäude auf dem Flughafen von Port-au-Prince betritt, sticht einem sofort ein farbenfrohes Plakat mit der englischen und französischen Aufschrift „Haiti – Land der Zukunft“ ins Auge. Das ist wahrscheinlich wirklich so.

Michail Baklanow

APN-Korrespondent für die NZ
PORT-AU-PRINCE – PANAMA

Fotos: der Autor



Auf ganz Haiti sind die Wälder praktisch abgeholzt



Macht und

Glasnost ist noch keine Pressefreiheit, paßt jedoch bei weitem nicht allen. Die Presse hat sich das Recht, die Wahrheit zu schreiben, erkämpft, und nicht jeder Kampf war ein Sieg. Die Analyse solcher Situationen ist aufschlußreich

Hütet eure Zeitungen!

Vor dem Hintergrund der jüngsten Gefechte hat man ein wenig vergessen, daß das erste davon, das um die „Utschitelskaja Gaseta“ (Lehrerzeitung), mit einer Niederlage endete

Eine der besten Perestroika-Zeitungen wurde doch zum Schweigen gebracht. Spätere Versuche, Zeitungen gefügig zu machen, mißlingen vielleicht deshalb, weil man schon über die Erfahrung der „Utschitelskaja“, die Erfahrung einer Niederlage, verfügte.

Seit ihrer Gründung 1924 war die Lehrerzeitung rein ressortmäßig, ein Organ der Bildungsministerien und der entsprechenden Gewerkschaften. Aber seit Ende der 80er Jahre, als Wladimir Matwejew ihr Chefredakteur wurde, drückte die Zeitung die Interessen der Lehrer aus. Zuvor war sie eine typische Zeitung zum Blättern: Man schlägt sie auf, wirft einen Blick hinein und faltet sie wieder zusammen. Die Lehrer mußten diese Zeitung von Amts wegen halten.

Matwejew gestaltete das Blatt neu. Er war sich dessen bewußt, daß die „Utschitelskaja“ kein verschwommenes Alltagsblatt sein durfte, daß sie vor allem für den Lehrer interessant und wichtig sein mußte. Auf allen vier Seiten wurde Problematisches, Aktuelles, Umstrittenes, Akutes veröffentlicht. Der Chefredakteur setzte auf positive Fakten, mit denen sich die Lehrer identifizieren konnten. Die Zeitung hatte nicht nur eine erkennbare Richtung, sondern auch ein wohldurchdachtes Konzept, für das sie trotz heftigen Widerstands der eigenen Behörde und der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR kämpfte. Der „Utschitelskaja Gaseta“ wurde vorgeworfen, sie sei gegen Autoritäten. Aber nein, sie schuf neue Autoritäten, formulierte neue Prioritäten und setzte sich für neues pädagogisches Denken ein. Das fand Anerkennung vieler Lehrer.

Die verärgerten Instanzen fanden ein Umgehungsmanöver, um den Chefredak-

teur zu schassen und die Zeitung zu verändern.

Während der heftigsten Geplänkel schlug Matwejew vor, die Zeitung solle dem ZK unterstellt werden, er hoffte, das würde ihm die kleinkarierte Kontrolle seitens des Ministeriums ersparen. Ein ausgezeichnete Gedanke, fanden seine Gegner, zumal man bei der Überführung der Zeitung in die Kompetenz des ZK auch den Chefredakteur ablösen konnte. Das war Ende 1988, man hatte noch nicht die Erfahrung von „Argumenty i Fakty“, die auf den eigenen Seiten für ihren Chefredakteur kämpften. Obwohl tief beleidigt, ließ Matwejew kein Wort über das Schicksal der Zeitung in ihren Spalten verlauten. Mehr noch, als die zentrale Presse über die Veränderungen in der „Utschitelskaja Gaseta“ berichtete, wurde bekanntgegeben (ein beispielloser Fall!), daß nicht nur ein neuer Chefredakteur berufen, sondern auch, daß Matwejew zum stellvertretenden Chefredakteur

ernannt wurde. Das beruhigte die Lehrer des ganzen Landes, die Matwejew liebten: Wenn der blieb, war alles in Ordnung.

Wie lange braucht man, um die Luft aus einem scharf polemischen Blatt herauszulassen? Einen Tag. Seit der ersten Ausgabe unter der neuen Leitung war sie nicht wiederzuerkennen. Aber das hatten wir schon: Man schlägt so etwas auf, wirft einen Blick hinein und faltet es wieder zusammen.

Nicht nur Sache des Redakteurs

Innerhalb einer kurzen Zeit wurde der Chefredakteur von „Argumenty i Fakty“ bald abgesetzt, bald mit einer Beförderung gelockt. Er blieb jedoch in seiner Funktion

Das Gerücht, Wladislaw Starkow werde abgesetzt, schwirrte durch Moskau nach einer turnusmäßigen Beratung von Chefredakteuren im ZK der KPdSU. Zunächst einmal wurde es von ausländischen Sendern aufgegriffen, dann auch von der Wochenzeitung selbst bekräftigt. Der Grund war, daß sie die Ergebnisse einer Leserumfrage über die Popularität der bedeutendsten Figuren auf der sowjetischen politischen Bühne veröffentlichte. Der Sekretär des ZK der KPdSU Wadim Medwedew sagte: „Es ist weder korrekt noch wissenschaftlich, Schlüsse über die öffentliche Meinung nur anhand von Leserzuschriften zu ziehen.“

Starkow weigerte sich jedoch, zurückzutreten. Die Redaktion der Wochenzeitung, andere Kollegen und seine Leser (deren Zahl betrug im vorigen Jahr über 20 Millionen) stellten sich hinter ihn.

Wladislaw Starkow, den man früher in Journalistenkreisen nur wenig kannte, hat in weni-



Zeichnung: Viktor Bogorad

Medien



gen Jahren eine Wochenzeitung geschaffen, die praktisch in jeder Familie gelesen wird. Fachleute für Massenmedien müssen erst herausfinden, welchem Umstand die Wochenzeitung ihre phantastische Popularität verdankt. Vielleicht war das der genau erratene Wunsch des Lesers, Informationen aus erster Hand zu bekommen und sich nicht an obligaten Kommentaren und Belehrungen verschlucken zu müssen.

Für Millionen Leser war der Wunsch, einen Chefredakteur abzusetzen, dessen Familiennamen sie sich eben gemerkt hatten, ein Anschlag auf ihre Rechte. Als die Zeit kam, das Abonnement zu erneuern, stieg die Auflage von „Argumenty i Fakty“ um weitere 10 Millionen. Gesamtauflage heute: 32 Millionen.

Der Chefredakteur und sechs von seinen Mitarbeitern kandidieren gegenwärtig als Volksdeputierte.

Ein Journalistenstreik

47 Tage dauerte der erste politische Streik der sowjetischen Journalisten. Bestreikt wurde die Rayonzeitung von Noginsk „Snamja Kommunisma“ (Banner des Kommunismus)

Am 25. Oktober 1989 verbot das Stadtpartei-Komitee Noginsk die Veröffentlichung eines Beitrags des Volksdeputierten der UdSSR Juri Afanassjew, wodurch ihm die Möglichkeit genommen wurde, sich an die Menschen in seinem Wahlkreis zu wenden. Der Beitrag wurde dennoch gedruckt. Wegen Ungehorsams wurde der Chefredakteur W. Putschkow bei einer Sitzung des Stadtpartei-Komitees entlassen. Seine Mitarbeiter riefen einen Streik aus. Das Stadtpartei-Komitee berief einen neuen Chefredakteur, N. Redkin (beruflich Fachmann für sanitäre Anlagen).

Die Streikenden wurden von vielen Belegschaften in Stadt und Rayon Noginsk unterstützt. Der Konflikt kam vor das Gebietsgericht Moskau. Der Verhandlung wohnten Juri Afanassjew, Andrej Sacharow und andere Volksdeputierte bei. Das Gericht erklärte den Streik für ungesetzlich. Am 19. Dezember v. J. bekräftigte das

Oberste Gericht der RSFSR das Urteil des Gebietsgerichts.

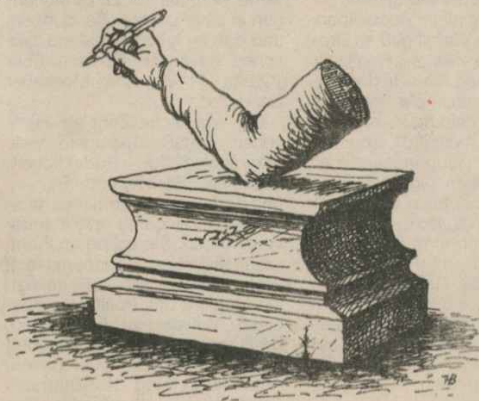
Unter den Streikenden kam es zu einer Spaltung. Einige von ihnen glaubten nicht mehr an einen Sieg und streckten die Waffen. Andere gründeten eine Genossenschaft zur Herausgabe von Reiseführern, Gedichtbänden und Nachschlagewerken. Wieder andere versuchten es mit der Herausgabe einer unabhängigen Zeitung, die „Dowerije“ (Vertrauen) hieß. Es erschien Nr. 1, in Kohtla-Järve gedruckt...

Der 47tägige Streik machte die Mitarbeiter der kleinen städtischen Zeitung in der ganzen UdSSR bekannt. Doch das war auch eine bittere Enttäuschung für sie: Das System der „Leitung der Presse durch die Partei“ schaffte es, auf der Ebene einer kleinen Stadt Journalisten zu bestrafen, die es gewagt hatten, ihren eigenen Standpunkt zu vertreten.

Eine Zeitung ohne Politik

„Knishnoje Obosrenije“ (Bücherspiegel) gehört heute zu den populärsten Publikationen und ist deshalb bei ihrem Verleger unbeliebt

Die unscheinbare Amtszeitung wurde früher hauptsächlich wegen der Bekanntgabe der Liste von Neuerscheinungen gelesen. Sie gewann jedoch zahlreiche neue Leser, als Jewgeni Awerin, in Moskau seit langem als Chefredakteur von „Moskowski Komsomolez“ bekannt, die



Zeichnung: Wladimir Nenaschew

„Knishnoje Obosrenije“ übernahm.

Im Sommer v. J. entbrannte zwischen dem Redaktionskollegium der Zeitung und dem Kollegium des Staatlichen Komitees für Pressewesen ein richtiger Kampf, in den sich andere Publikationen sowie Volksdeputierte und Leser einschalteten.

Für das Redaktionskollegium sieht die Situation so aus: Jemand möchte den neuen Chefredakteur absetzen, die Zeitung auf das frühere triste Niveau reduzieren und ihr die Veröffentlichung eigener Urteile über Neuerscheinungen, deren Autoren und die Literaturpolitik, die von der allgemeinen Politik nicht zu trennen ist, verbieten.

Für das erwähnte Staatliche Komitee handelt es sich nur um ein anderes Modell. Nikolai Jefimow, der neue Chef des Komitees, einst Mitarbeiter des Londoner APN-Büros, erklärte vor Korrespondenten, das Kollegium seines Komitees habe die „Frage nach dem Konzept und Modell der Zeitung“ zweimal erörtert. Als eventuelles Modell wird die englische Schwesternausgabe genannt, die „nur über Bücher schreibt“. Und sich nicht in die Politik einmischte.

Um welche Politik geht es hier? Bei „Knishnoje Obosrenije“ ist man der Meinung, daß sich da viele etablierte Schriftsteller rächen, deren schwindelerregende Auflagen bekanntgegeben wurden, so daß die Leser nun wissen, warum das Papier für gute Bücher nicht reicht.

Dem Verleger mißfallen wohl selbständige Meinungen und Urteile der Zeitung. Sie verlangte als erste unter den anderen Publikationen, Solshenizyn die sowjetische Staatsbürgerschaft zurückzugeben. Sie veröffentlichte Andrej Sacharows Wahlplattform. Sie schrieb, daß die sowjetische „Roman-Gaseta“ (Romanzeitung) in Millionenaufgaben Kitsch druckt, während der Papiermangel katastrophal ist. Sie veröffentlichte außerdem ein Schreiben von Volksdeputierten der UdSSR, von Schriftstellern, Wissenschaftlern und Kulturschaffenden zum Schutz der Monatszeitschrift „Oktjabr“.

Es sieht ganz so aus, als schätzte der Leser gerade das an der Zeitung, was der Verleger ihr anlastet. Die jetzt zahlreichen Leser von „Knishnoje Obosrenije“ haben alles getan, um ihre Zeitung in Schutz zu nehmen, u. a. den Chefredakteur als Volksdeputierten-Kandidaten der RSFSR nominiert. Mit der Situation in der Zeitung beschäftigen sich Volksdeputierte und das Komitee für Glasnost des Obersten Sowjets der UdSSR, das sich nachgerade zu einer „Ersten Hilfe“ für Journalisten entwickelt.

Vorläufig bleibt der Chefredakteur in seinem Amt und erhalten die Leser jene Zeitung, die sie abonnierten. Die Auflage steigt, und in unserer Zeit des reichen Angebots hat das schon etwas zu sagen.

Ein Neugeborenes im Sterben

Die Zeitschrift „Rodina“ (Heimat) erschien nur ein Jahr...

Der Februar vergeht, aber Heft 1 ist noch immer nicht im Druck, Heft 2 nicht mehr in Arbeit, den Druck von Heft 3 erst hat die Druckerei des „Prawda“-Verlags ganz abgelehnt. Warum?

Die Zeitschrift „Rodina“, die im vorigen Jahr im „Prawda“-Verlag herausgegeben wurde, wird gemäß einem Beschluß der „Instanzen“ aus einer Unions- zu einer Republikpublikation. Jetzt soll sie ein Organ des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR und des Ministerrats der RSFSR werden.

Der Beschluß kann jedoch aus sehr prosaischen, aber für unseren Staat üblichen Gründen nicht erfüllt werden. Die neue Zeitschrift wird nicht erscheinen, weil es keine Druckpressen, kein Papier, keine Räumlichkeiten für die Redaktion usw. gibt. Das polygrafische „Prawda“-Kombinat, das leistungsfähigste in der UdSSR, ist ohnehin überbelastet und will „Rodina“ nicht drucken. Die Mitarbeiter der Redaktion sind angewiesen worden, ihre Dienstaussweise abzuliefern und die Zimmer zu räumen. Die „Prawda“ han-

dekt auf Weisung der „Instanzen“.

Worum geht es also? Um die übliche Schlamperei und Mißwirtschaft? Oder haben die Gerüchte recht, mit der „Rodina“ sei man „ganz oben“ unzufrieden?

Auf jeden Fall steckt hinter der Story um „Rodina“ noch die völlige Mißachtung der Rechte des Lesers und der Journalisten, denen man nicht nur die Arbeitsmöglichkeit erschwert hat. Im Grunde sind sie jetzt in der Schwebe.

Nichtstattgefundene Wiederauferstehung

Die Geschichte, wie den Leningrader Schriftstellern zweimal die gleiche Zeitschrift fortgenommen wurde

Der Leningrader Parteiapparat entschloß sich, in Verletzung eines Beschlusses des Sekretariats des ZK der KPdSU die Zeitschrift „Leningrad“ nicht

der Schriftstellerorganisation der Stadt zu übergeben. Die Zeitschrift, die aus tragischem Anlaß in die Geschichte eingegangen ist, erlitt einen weiteren Schicksalsschlag.

1946 wurde laut Beschluß des ZK der KPdSU(B) zu den Zeitschriften „Swesda“ und „Leningrad“, einem Beschluß, der Anna Achmatowa, Michail Sostschenko und andere namhafte Schriftsteller diffamierte, die Zeitschrift „Leningrad“ eingestellt.

Diese Entscheidung wurde erst 1988 vom Politbüro aufgehoben. Und 1989 beschloß das Sekretariat des ZK auf Bitten der Leningrader Schriftsteller die Zeitschrift „Leningrad“ wiedererstehen zu lassen. Doch der Beschluß des Sekretariats des ZK der KPdSU wurde nicht in die Tat umgesetzt.

Auf dem Vorstandsplenum des RSFSR-Schriftstellerverbandes verlangte eine kleine Gruppe (30 von 430 Leningrader Schriftstellern), ihnen die Zeitschrift „Leningrad“ zu übergeben.

Das Büro des Leningrader KPdSU-Gebietskomitees aber kam zu dem Schluß, daß die Schriftsteller eine Literaturzeitschrift gar nicht bräuchten, und verfügte, Stadt- und Gebietssowjet gemeinsam als Herausgeber fungieren zu lassen.

Ein böser „Blick“?

Laut Umfragen war die Fernsehsendung „Wsgljad“ (Ein Blick) die populärste des vorigen Jahres in der UdSSR. Sie wurde jedoch auch am häufigsten kritisiert. Die Leiter der Sendereihe, Anatoli LYSENKO und Andrej SCHIPILOW, versuchen diese Erscheinung zu erklären

Was hat man unserem „Wsgljad“ nicht alles vorgeworfen! Sensationshascherei, Anschwärmerei, Anschläge auf die Stützen und Heiligtümer, selbst unverhohlener Antisowjetismus. Es liegt uns fern, unsere Sendungen zu idealisieren, aber immerhin haben wir allen voran oder unter den ersten viele Themen angesprochen: Barmherzigkeit, die Einschätzung des Afghanistan-Kriegs und das Schicksal der sowjetischen Soldaten, die ihn mitgemacht haben, die Tragödie in Tbilissi, das Gesetz über Arbeitskonflikte, Zustand unserer Streitkräfte und Wege zur Militärreform.

Wenn jemand in Zonen eindringt, von denen früher jede Kritik ferngehalten wurde, macht das böses Blut. Das ist natürlich, solange der Ärger nicht nach unserer alten Tradition in gewaltsamen Druck umschlägt. Es kam schon vor, daß die wohlbekannten Moderatoren unserer Sen-

dung nach einer harten ministeriellen Kopfwäsche für lange Zeit vom Bildschirm verschwanden. Am 29. Dezember v. J. gar wurde die Sendung einfach abgesetzt. Vergebens warteten an jenem Abend die Fernsehzuschauer auf die Sendung oder wenigstens auf eine Erklärung für ihr Ausbleiben. Nach diesem Vorfall gab es Drohungen, jede zweite „Wsgljad“-Sendung zu verbieten. In der Programmvorstellung, die manche sowjetische Zeitungen bringen, wurde nicht „Wsgljad“, sondern unpersönlich „Jugendsendung“ bekanntgegeben. Offenbar sollte das gegebenenfalls die Ersetzung von „Wsgljad“ durch ein anderes Programm erleichtern. Mitunter hat man den Eindruck, daß die Gestalter dieser Sendung ganz bewußt in einen Schützengraben getrieben werden, das aber provoziert eher zur Gegenoffensive und ist einem normalen Umgang abträglich.

Der in den letzten Jahren erstaunlich dynamische Wechsel in der höchsten Leitung des Staatlichen Komitees für Fernsehen und Rundfunk der UdSSR ist für die Arbeit ebenfalls wenig förderlich. Über das bei uns inzwischen traditionelle Nomenklatura-Revirement hat man schon viel geschrieben. Jeder neue Leiter braucht Zeit, um sich ins Bild zu setzen, Zeit aber ist ständig Mangelware, und so muß er sich alles „aus dem Stehgreif“ aneignen. Hier sind freilich verschiedene Varianten möglich. Der gegenwärtige 1. Stellvertreter des Vorsitzenden unseres Komitees, Pjotr Reschetow, begann seine Tätigkeit mit 22 Streichungen in einer unserer Sendungen, und das im kurzen Abstand zwischen ihrer Ausstrahlung über „Orbita 1“ und der Moskauer Sendezeit.

Das staatliche Zentrale Fernsehen umfaßt ungemein viele unterschiedliche Redaktionen, Rubriken, Serien und Reihen, und die Leiter des Komitees müssen Unvereinbares miteinander vereinbaren. Sie halten an ihrem „zentralisierten“ Standpunkt fest. Wenn es „Wsgljad“, z. B. gelingt, ein Mitglied des Politbüros oder einen Minister zu interviewen, profitieren sowohl die Sendung als auch die Zuschauer davon. Aber die Leitung des Zentralen Fernsehens ist unzufrieden: Das

sei nicht unsere Sache, solche Interviews gehörten in die entsprechenden Abteilungen und Sektionen des Staatlichen Komitees... Die Positionen eines Programms und der Fernseh-„Instanzen“, die Interessen von „Wsgljad“ und eine bestimmte amtliche Logik geraten immer wieder in Gegensatz zueinander, und was wir als Journalisten für besonders gelungen halten, scheint der Leitung manchmal vorlaut und eigenmächtig.

Was wir, vor allem das Zentrale Fernsehen, wie die Luft zum Atmen brauchen, ist ein alternatives, von gesellschaftlichen Kräften unterstütztes Fernsehen.

Heute hört man immer häufiger sagen, das in Vorbereitung befindliche Pressegesetz genüge nicht, es bedürfe noch eines Gesetzes über Rundfunk und Fernsehen. Vorläufig weiß niemand, wieviel Zeit seine Ausarbeitung, Erörterung und Verabschiedung in Anspruch nehmen kann. Vieles weist jedoch darauf hin, daß das die herangereiften Veränderungen in der Struktur des Zentralen Fernsehens nur hintanhaltend könnte und daß seine Mitarbeiter aber nach wie vor „in der Schwebe“ bleiben. Das ist wie die Schwerelosigkeit der Raumflieger: Man empfindet die Last eigentlich nicht, darf jedoch das Seil nicht lassen.

Gerangel um ein Gesetz

Nikolai Fjodorow, Volksdeputierter der UdSSR und Leiter der Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung des Presse- und Mediengesetzes

Zu berichten, was sich um den Entwurf des Pressegesetzes abspielte, ist sehr kompliziert. Doch sein Weg durch verschiedene Instanzen erlaubt die Schlußfolgerung, daß in der politischen Führung des Landes Kräfte dominieren, die in rechtlichem Nihilismus, in Ignoranz gegenüber Verfassungsartikeln und der Geschäftsordnung des Obersten Sowjets der UdSSR erzogen wurden.

Immer lief es nach dem gleichen Szenario ab: Wenn die Volksdeputierten in den Arbeitszimmern der höchsten Parteiführer sagen, man könne den Inhalt der Gesetzesvorlage, die von einem bestimmten Ausschuß gebilligt wurde, nicht ändern und Korrekturen müssen mit der Arbeitsgruppe abgestimmt werden, dann hört man als Antwort: „Übertreiben Sie die Rolle des Obersten Sowjets nicht.“ Bei der Arbeit am Entwurf des Pressegesetzes waren seine Varianten – mit gleicher Konzeption, wenn auch in unterschiedlicher Fassung – diverse Male wiederholt worden. Und in allen Varianten

wurde das Recht des einzelnen auf die Gründung von Medien, auf die Beseitigung der Zensur verkündet. Niemand hatte bei der Arbeit an dem Entwurf Zweifel an diesen Prinzipien. Alle betrachteten das als ein selbstverständliches Recht, das sich aus der Verfassung der UdSSR und aus den völkerrechtlichen Verpflichtungen unseres Landes ergibt. Und all das war so, bis in einem Gespräch beim Volksdeputierten Wadim Medwedew die Behauptung laut wurde, man dürfe einem einzelnen sowjetischen Bürger nicht das Recht geben, ein Massenmedium zu gründen. Die Volksdeputierten versuchten in diesem Gespräch Einwände zu erheben, doch das Politbüro-Mitglied blieb unbeugsam.

Dann tauchten Konkretisierungen zur Gesetzesvorlage auf.

Dabei ist zu sagen, daß diese Konkretisierungen die Gesetzesvorlage grundlegend ändern. So schreibt Art. 4 „Produktions- und Wirtschaftstätigkeit“ in der neuen Fassung im Grunde die verhängnisvolle

Praxis der verlegerischen Tätigkeit sowie der Arbeit der Fernseh- und Rundfunkstationen, deren Unterordnung unter die Parteikomitees fest. Und wenn Selbständigkeit für zulässig erklärt wurde, dann zu erniedrigenden Bedingungen.

Die einzelnen Bürger wurden überhaupt als Rechtssubjekte für die Gründung von Massenmedien gestrichen. Dafür sei, wie uns gesagt wurde, die Gesellschaft noch nicht reif.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß wir uns in der gesetzgeberischen Tätigkeit von der Verfassung, von völkerrechtlichen Verpflichtungen, z. B. dem Internationalen Pakt über zivile und politische Rechte des Menschen, leiten lassen müssen. Dort aber ist das Recht einzelner Bürger vorgesehen, Massenmedien zu gründen und zu besitzen.

Ganz zu Beginn der Sowjetmacht schrieb Lenin, wahre Freiheiten und Gleichheit verlangten eine Ordnung, in der es keine Hindernisse dafür geben wird, daß jeder Werktätige oder jede Gruppe von Werktätigen das gleiche Recht auf die Nutzung der gesellschaftlichen Druckereien und des Papiers haben und verwirklichen können. Eines der ersten Dekrete der Sowjetmacht war das Dekret über die Presse. Dort hieß es, die Sowjetmacht ver-

spreche, daß, sobald sich die neue Ordnung festigt, jegliche administrative Einwirkung auf die Presse beendet werde und sie volle Freiheit erhalte, beschränkt nur durch die Verantwortung vor den Gerichten nach dem in dieser Hinsicht demokratischsten und progressivsten Gesetz. Ist die Sowjetmacht in 70 Jahren nicht so weit gefestigt, daß sie die Meinungsfreiheit fürchten muß?

Schon wiederholt wurde konstatiert, daß Artikel 42 der Gesetzesvorlage im Grunde die Zensur beibehält – und das in noch härterer Form. Während das Bestehen der Zensur bislang im Grunde kein juristisches Fundament hatte, gibt ihr dieser Artikel jetzt eine gesetzliche Grundlage – er konkretisiert, daß Gründer, Verleger und Verlage eine Zensur ausüben können! Diese Konzeption steht, wie ich meine, im Widerspruch zur Demokratie und zur jetzt geltenden Verfassung.

Unterdes bleibt die Situation, was die Pressefreiheit in unserem Land angeht, kompliziert. Selbst ein Volksdeputierter darf in den Massenmedien seine Meinung nicht äußern.

Der Entwurf des Pressegesetzes ist bislang nicht vorrangiger Punkt auf der Agenda der dritten Tagung des Obersten Sowjets. Glasnost bleibt bislang ungeschützt.

Ein Urteil gegen „unseren Rushdie“

Die Zeitschrift „Oktjabr“ hat jetzt zwei Chefredakteure – den früheren, für den das Kollektiv stimmte, und den neuen, der vom Vorstand des Schriftstellerverbandes der RSFSR ernannt wurde

Alles begann damit, daß in der (in nicht sonderlich hoher Auflage erscheinenden) Zeitung „Literaturnaja Rossija“, die die Leiter des RSFSR-Schriftstellerverbandes in ein Kampfblatt umfunktionierten, ein Brief von drei Autoren veröffentlicht wurde. Schafarewitsch, korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR, Bildhauer Klykow und Wirtschaftswissenschaftler Antonow erklärten, daß Wassili Grossmans Erzählung „Alles im Fluß“ und Andrej Sinjajwskis literaturwissenschaftlicher Aufsatz „Spaziergänge mit Puschkin“, veröffentlicht in „Oktjabr“, russophobe Machwerke seien. Und dann folgte die empörte Frage, wie eine Zeitschrift, die Organ des Schriftstellerverbandes der RSFSR ist, Russophobie kultivieren könne.

Der Brief fand nur geringe Aufmerksam-

keit. Doch ein Beschluß des Sekretariats des RSFSR-Schriftstellerverbandes wurde gefaßt, aus dem hervorging, daß der Brief Beachtung gefunden hatte und man den dort enthaltene Aufruf in die Tat umsetzen wolle.

Jetzt interessiert sich die Presse für diese Kampagne, versucht zu begreifen, was „Oktjabr“ eigentlich vorgeworfen wird.

Die Tatsache, daß Wassili Grossmans Erzählung überhaupt veröffentlicht wurde? Doch nach der Publikation des Romans „Leben und Schicksal“ war ja deutlich geworden, daß es in unserer Literatur einen weiteren großen Schriftsteller gab. Die Werke großer Schriftsteller nicht zu veröffentlichen aber hat man schon versucht, doch nichts außer moralischer Verarmung ist dabei herausgekommen. Daß die Redaktion aus Grossmans Erzählungen die Seiten, die die drei Kritiker reizen, nicht herausstrich? Doch die ideologische Zensur hat der Gesellschaft schon zu lange geschadet, um sie noch weiter zu dulden. Und dann: Was nimmt sich dieses oder ein anderes Dreigespann vielleicht noch alles heraus?

Erstaunen rief die Abkanzelung von Andrej Sinjajwskij hervor, einem Dissidenten, der einige Jahre wegen „Verleumdung der sowjetischen Gesellschaftsordnung“ eingesperrt hatte und unser Land verlassen mußte. Das neue Dreigespann warf ihm Haß auf Puschkin und Rußland

vor. Die Beschuldigungen der „Russophobie“ gingen an einen Russen, einen orthodoxen Christen. Zudem gründeten sich die Anwürfe im Grunde auf einen Satz, der, aus dem Kontext gerissen, einen ganz anderen Sinn erlangte. Übrigens ist die Stelle, der das aus dem Kontext gerissene Zitat entnommen ist, von der Zeitschrift gar nicht veröffentlicht worden.)

Das Schicksal der Zeitschrift sollte auf dem 6. Vorstandsplenum entschieden werden. Die Teilnehmer des Plenums nahmen eine weitere Behauptung Schafarewitschs in „Literaturnaja Rossija“ ernst, der zufolge Ananjew eine Art Rushdie gewesen sei. Der Ayatollah habe Rushdie zum Tode verurteilt, „unsere Antwort“ an Ananjew aber stehe noch aus... Ananjew wurde von seiner Funktion entbunden und ein anderer Chefredakteur für „Oktjabr“ ernannt. Ananjew fand entschiedene Unterstützung bei den Lesern, bei Volksdeputierten und beim Kollektiv des „Oktjabr“. Die Leiter des RSFSR-Schriftstellerverbandes setzten unser Land von dem getroffenen Beschluß in Kenntnis, doch laut Gesetz darf ein Volksdeputierter nicht ohne Zustimmung des Obersten Sowjets entlassen werden. Ananjew blieb in seiner Funktion, die Journalisten des „Oktjabr“ und seine Leser blieben in Unklarheit darüber, ob die Zeitschrift so bleiben wird, wie sie ist.

Ganz groß aufgemacht

Vitali Ganjuschkin

Würde man mich fragen, was ich für charakteristisch bei der sowjetischen Presse halte, würde ich das Regime der Unterdrückung und Schikanen nennen. Jawohl, die Verfolgungen und die Hetze, auch Massenrepressalien, denen nicht zuletzt Journalisten unseres Landes in vergangenen Zeiten ausgesetzt waren. Übrigens auch noch in nicht allzuweit zurückliegenden Zeiten.

Typisch für die sowjetische Presse, genauso wie für alle anderen Medien, war in allen Stadien des entwickelten wie auch des unentwickelten Sozialismus die Atmosphäre eines krankhaften Argwohns, einer gewaltsamen mißgünstigen Einnischung in ihre Kompetenz durch alles Reaktionäre, das es in unserer von sozialistischem Realismus triefenden Realität gibt. Das ist bis heute so, meine Kollegen werden es bestätigen.

Bei uns braucht sich der uns allen wohlvertraute Beamte, egal, ob von Partei, Staat oder sonst wem ernannt, nicht noch in etwas anderem auszukennen als in dem ihm anvertrauten Ressort. Unter bestimmten Umständen kann er sich sogar den Luxus leisten, von der eigenen Sache nichts zu verstehen. Über Fernsehen und Presse aber weiß er Bescheid, und wenn er sich von Amts wegen mit der Kanalisationsreinigung beschäftigt. Das ist so sein Hobby, da können mit den Medien höchstens Fußball oder Eishockey rivalisieren. Wenn der Bewußte noch dazu ein paar Hebel zur Einwirkung wenigstens auf eine Betriebszeitung hat, wird er das unbedingt nutzen.

Diese allgemeine Unkultur ist nicht so harmlos, wenn sie uns bei vielen unserer wählbaren Chefs auch nicht mehr wundert. Eher ist das schon eine politische Eigenschaft, die von Anfang an von der Zugehörigkeit zu unseren herrschenden Kreisen zeugte. Unter den vielen Privilegien, gegen die das große Sowjetvolk, in seinem Gleichheitsstreben von seinen Populisten geführt, im Moment zwar eifrig, aber wohl vergebens losgeht, übersehen die Verteidiger einer falsch verstandenen sozialen Gerechtigkeit eines, das mich am wesentlichsten und realsten dünkt: das Vorrecht auf Zugehörigkeit zum geschlossenen Kreis der Eingeweihten, der zu exklusiven Informationen Zugelassenen, die für die einfachen Sterblichen hinter sieben Siegeln bleiben. Gerade dieser den Ehrgeiz kitzelnde Monopolismus empört sich, wenn jemand irgendwo (wo denn anders, wenn nicht in der Presse!) plötzlich über eine andersgeartete Information oder eine andersgeartete Sicht auf diese Information verfügt, ganz zu schweigen von einer alternativen Sicht, die nicht in die von den geschlossenen Kreisen schon bestätigte und kanonisierte Meinung paßt.

Es ist nur logisch, hier an die unumstößliche Tatsache zu erinnern, daß, wenigstens bis zuletzt, der Monopolist einer solchen Information unsere herrschende Partei, genauer, ihr herrschender Apparat auf zentraler und örtlicher Ebene, war, die auch den dazugehörigen Standpunkt bestätigte. Wohl deshalb kommt es zu der dermaßen paradoxen, absurden Situation, da vor allem im maßgebenden Namen der Partei die Rechte und Möglichkeiten der Presse, sogar der eigenen, der Parteipresse, beschränkt werden. Zwar fehlte es nie, fehlt es besonders heute nicht an Beschwörungen, die Massenmedien zu respektieren, ihre Rolle und Stellung im sozialpolitischen System wie auch bei der Lösung der laufenden

Aufgaben zu erkennen und entsprechend zu schätzen. Aber eben diese „Erkenntnis“ wirkt beunruhigend angesichts der bei uns einsetzenden Bewegung zu einem Rechtsstaat hin, ganz zu schweigen davon, daß man uns in das projektierte gesamteuropäische Haus mit unseren überaus exotischen Vorstellungen von Informations- und Meinungsfreiheit in absehbarer Zukunft nicht aufnehmen würde.

Niemand selbst in Journalistenkreisen würde sich zu der Behauptung versteigen, die Lage unserer Massenmedien habe sich im Zuge der von der Partei eingeleiteten Perestroika nicht verändert. Mehr noch, es unterliegt keinem Zweifel, daß die Perestroika gerade in den Massenmedien das wichtigste Instrument der revolutionären Erneuerung der Gesellschaft sieht, und sie fährt gut damit, wie die revolutionäre Praxis zeigt: Die Presse und dann das Fernsehen und der Rundfunk sind bei der Analyse der Wirklichkeit in vielen Punkten weiter gegangen als die Partei und ihre Organisationen – und haben damit eine neue, schon durch Perestroika, Demokratisierung und Glasnost verursachte Woge der herrschenden Ungnade heraufbeschworen.

Bei allen möglichen Parteiveranstaltungen, schon im Zuge der tagtäglichen Perestroika wurden über die Massenmedien, leider vor allem von einigen Mitgliedern des ZK der KPdSU, darunter auf höchster und allerhöchster Ebene, Äußerungen gemacht, neben denen sich der Famussow aus „Verstand schafft Leiden“ wie ein Anhänger von Voltaire ausnehmen würde. Der Leser kann mir glauben, daß ich meines

teils ein passendes Beiwort für jeden dieser Fälle finden würde (genauer gesagt, ich würde es schreiben, denn gefunden habe ich es schon). Leider – in diesem Zusammenhang tut es einem wirklich leid – machen wir jetzt auf Konsolidierung, und mit Tränen in den Augen muß man sich mit dem eigenen Gegner verbrüdern.

Wie soll man sich nun mit dieser ägyptischen Plage verbrüdern, einigen, konsolidieren, mit diesen noch auf ganz schön verantwortlichen Posten stehenden Personen, die sich heute nicht einmal tarnen, wenn sie, über den Lauf der Dinge erzürnt, auf Glasnost direkt anlegen, dabei auch Partei-Presse-Raketen einsetzen und immer noch glauben, für die Vergeltung, für den Gegenschlag seien sie nach wie vor unerreichbar.

Man kann es diesen Personen gewissermaßen nachfühlen. Den eigenen Krach im Rahmen der eigenen Region oder eigenen Kompetenz zugeben? So etwas gab es noch nicht, so etwas werden zumindest wir von den Beamten, die durch den bewußten Art. 6 der Verfassung abgesichert sind, nicht erleben. Die ganze Schuld für die Mißwirtschaft im Lande den Steuermännern selbst in die Schuhe schieben? Nein, da reicht weder der Mumm noch der Kopf, zudem ist das der klassische Fall, in dem man sich auf einen unverzüglichen und durchaus symmetrischen Gegenschlag gefaßt machen muß. Wollte man die Schlappen oder gar direkte Sabotage (toi-toi-toi!) den Ministerien und jeder Exekutivgewalt anlasten, so ginge man ein großes Risiko ein: Diese Ämter könnten einem im Nu die Luft abdrehen. Was bliebe noch übrig? Doch nicht das Volk beschuldigen, es lasse sich in seiner Unbewußtheit von Extremisten um den Finger wickeln? Doch nicht dem Volk zumuten, es solle konsumieren, was es produziert? Damit bringt man sich um die letzten Stimmen, oder man wird mit einem Karren aus der eigenen



Was Eiferer
von Information für
einen engen Kreis
anstreben

Region hinausbefördert, was jetzt immer wieder vorkommt. Kurzum, wie man's auch macht, ist es falsch.

Das einzige, was bleibt, sind die verantwortungslosen Schreiberlinge, diese Journaille, die die Macht nicht anerkennt, das Volk aufwiegelt, die Prinzipien aufweicht, die Massen gegen die Partei, die Sowjets gegen Massen und Partei und die Armee gegen alle zusammen hetzt. Die Presse ist am ganzen Wirrwarr im Lande schuld und müßte an die Kandare genommen werden.

Die außer Kontrolle geratenen Massenmedien schützen, wenn immer neue gesellschaftliche Bewegungen entstehen, Demokratie und Perestroika vor, und dabei ist die Tätigkeit dieser Bewegungen nur dazu angetan, das Land zu destabilisieren. Mit Hilfe der Massenmedien hat man die Selbstkasteiung in unserer Partei soweit getrieben, daß dies in vielen Fällen wie eine organisatorische und ideologische Entwaffnung wirkt. Das Streben mancher Redaktionen nach Publikumswirksamkeit schlägt manchmal in politische Fronde, ja Aufwiegelei um. Überdies zwingt das in der Presse geschaffene Image des Sozialismus Entscheidungen und Situationen auf wie in Litauen und anderen Regionen. Weiter, schlimmer. Diese Massenmedien zeigen in Großaufnahme, wie Heiligtümer geschändet werden, deletieren sich daran und machen nicht die Miene, wenigstens ihre Meinung dazu zu sagen...

All das ist keine als Illustration konstruierte publizistische Tirade. Das sind direkte politische Beschuldigungen gegen die Massenmedien, die allein beim jüngsten Plenum des ZK der KPdSU ausgesprochen (und dann in den Massenmedien selbst veröffentlicht) wurden. Bezeichnenderweise suchten die Redner nicht erst nach Beweisen, wohl in der Annahme, daß die Quelle einer abermaligen Tirade (am häufigsten ein Sekretär dieses oder jenes Rangs) schon an sich eine Art Beglaubigungsschreiben ist. Außerdem – welche Einmütigkeit!

Daher die ketzerischen, aber prophetischen Visionen einiger denkender Vertreter der Journalistenzunft. Also: Wenn die Partei durch die Presse, dieses Kainmal, geprägt ist, wenn die Regierung samt ihren Ämtern schon lange verärgert ist (man denke nur, diese Leute unterstehen sich, sie zu belehren!), wenn schließlich die von den verantwortungslosen Skribenten in Mißkredit gebrachten und demoralisierten Armeekreise auf dem Sprung sind und auf etwas warten, und da im Fall der Fälle die Gewerkschaften, die Frauenräte und die Öffentlichkeit immer noch ihre Rolle spielen würden, ja, dann man tau! Eine für alle annehmbare, zudem eine emotional zündende Plattform für die Konsolidierung! Wie die Erfahrung des sozialistischen Aufbaus mit aller Eindringlichkeit zeigte, kommt es in einer extremen Situation darauf an, rechtzeitig einen für alle passenden Sündenbock zu finden, nach Möglichkeit einen hornlosen. Die Erfahrung zeigt außerdem, daß sich dazu nichts besser eignet als die leidgeprüfte Presse. So eine Bocksjagd läßt schnell jeden Zwist vergessen, denn nichts eint verschiedene Kräfte und Köpfe so sehr wie die Wehrlosigkeit des Opfers.

Deshalb muß sich die Presse heute zu verteidigen wissen.

Indes ist eine Glasnost, die nicht natürlich wie die Luft, sondern von den Herrschenden dosiert ist, nur ein Merkmal jener Kundgebungsdemokratie, der man jetzt allgemein ein Ende zu setzen sucht. Von dieser Mini-Glasnost bis zur Glasnost schlechthin ist noch ein weiter Weg. Was soll man da erst vom Weg bis zur Redefreiheit als Attribut allgemein anerkannter Demokratie sagen, die einen Rechtsstaat zu charakterisieren hat. Nach den heute in den herrschenden Kreisen überwiegenden Stimmungen zu urteilen, ist dieser Weg für uns nur schwer zu bewältigen: Wie könnten wir's auch, wenn selbst die Keime der Glasnost, die die Massenmedien in den vergangenen Perestroika-Jahren erkämpft haben, von gewissen Leuten am liebsten zertreten würden?

Wenn das gelingt: Ade, Perestroika!

Hier setzen wir unsere ganze Hoffnung wiederum auf das Volk, wiederum auf die Öffentlichkeit, und selbst wenn sie nach der Mei-

nung mancher Prinzipienbewahrer von der Presse und den anderen Massenmedien gänzlich zersetzt sind: Das Volk und die Öffentlichkeit haben ihr letztes Wort zu Fragen von Presse und Glasnost noch nicht gesagt. Aber schon jetzt kommt ihre Stimmung in der beispiellosen Erhöhung der Auflagen (d. h. der Popularität) gerade jener Publikationen deutlich zum Ausdruck, die bestimmten Vertretern der herrschenden Ebenen wider den Strich gehen.

Es ist traurig, daß diese Ablehnung von Presse und Fernsehen bei den meisten von ihnen nicht auf einem würdigen intellektuellen Niveau formiert wird, sondern auf dem schwankenden Boden psychischer Reize. Die Massenmedien werden instinktiv abgestoßen als Quelle eines persönlichen und gruppenmäßigen sozialen Mißvergnügens: Wir, die wir von der Partei berufen sind, können nur von der Partei kontrolliert werden, und da kommen diese Federfuchser daher und wollen uns belehren! Übrigens gerät da so manches durcheinander. In der Presse kommen, und zwar meist mit scharfer Kritik und einer Analyse ohne Ansehen der Person, nicht nur Berufsjournalisten, sondern auch andere Autoren, z. B. Mitarbeiter des Apparats und Volksdeputierte, zu Wort. Dennoch wird auch in diesem Fall eine alternative Meinung erstens als persönlicher Ausfall aufgenommen und zweitens nicht einer konkreten Person, sondern der Presse insgesamt oder einer Edition insbesondere zugeschrieben. Kann man unter diesen Umständen noch vom Meinungspluralismus sprechen, obwohl die Opponenten der Presse eben dazu aufrufen?

Wie präsentieren sich nun die Aussichten, den offensichtlichen und sich verschärfenden Konflikt zwischen, sagen wir mal, einem gewissen Teil des Partei- und Staatsapparats und den Massenmedien und folglich mit jenen Mitgliedern der herrschenden Partei, die an der Presse in der Regel mitwirken, zu lösen? Es war, glaube ich, kein Zufall, daß beim Plenum die Beibehaltung der herrschenden Stellung der KPdSU u. a. mit der Notwendigkeit verknüpft wurde, ihre Beziehungen zur

Presse zu bestimmen: Die Parteipresse solle die Ideen der Partei ausdrücken, andere Presseorgane müßten, so sie einen eigenen Standpunkt haben, mit ihr polemisieren. Ist doch vernünftig? Doch der Hund liegt woanders begraben: Dann erst würden die Massen zwischen den Ideen der Partei und fremden Ideen unterscheiden lernen, dann erst eine bewußte Wahl treffen können.

Einfach bis zur Primitivität. Der Hokuspokus ist, daß den breiten Massen im voraus jede Chance genommen wird, „eine bewußte Wahl zu treffen“, sie werden doch nicht den „fremden Ideen“ auf den Leim gehen, sie müssen selbstverständlich die Ideen der Partei wählen! Was ist dann aber mit den Ideen anderer Parteien, die jeden Augenblick die Szene des politischen Pluralismus betreten können? Nix da, die sind fremd!

Dabei hörten wir bei Plenum die verantwortungsvollen Worte, Meinungspluralismus sei gleich Andersdenken. Wäre das nicht der einzig aussichtsvolle Standpunkt in der heutigen Welt, der sich auch als der Standpunkt der ganzen Partei durchsetzen müßte? Das neue Denken selbst, mit dem wir seit Beginn unserer Perestroika in die weite Welt ausgezogen sind, ist schließlich eben Andersdenken, alternatives Denken. Unsere Massenmedien geben sich die größte Mühe, dieses Andersdenken zu realisieren, allen voran die Presse, besonders ihre offensten und pluralistischsten Periodika. Demnach muß man den Schluß ziehen, daß in der Partei selbst, in ihrem Führungskern jemand nicht Schritt hält, und dieser Umstand zeigt sich vor allem in der Einstellung zu Information und Glasnost.

Wir alle warten auf das Pressegesetz. Aber auch bei dieser Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR steht es nicht auf der Tagesordnung. Bevor das Gesetz verabschiedet ist, wird man so oder so das Verhältnis Partei-Presse bestimmen müssen. Geschieht das beim künftigen außerordentlichen Parteitag oder früher? Alles spricht dafür, daß sich die gegenseitige Abgrenzung in der Frage der Massenmedien in die Abgrenzung der alternativen Kräfte in der Partei einfügen könnte. Wir müssen uns diesem Problem stellen.



Ein weiter Weg von der Glasnost bis zur Meinungsfreiheit

Archipel „Sonderwohlfahrt“

Ich erinnere mich an eine Dienstreise in den ersten Jahren der Stagnation, die mich auf die Krim führte. In dienstlichen Angelegenheiten flog ich mit einem kleinen Flugzeug der Fischereiaufsicht in der Nähe von Kertsch die Uferlinie entlang. Mein Begleiter zeigte nach unten und sagte:

„Siehst du, wie dicht sie dort stehen?“

Von oben waren die Häuschen und Villen, die im unterschiedlichen Abstand zum Ufer standen und mit weißlich schimmernden Zufahrtswegen verbunden waren, gut zu sehen. So lange wir flogen, konnten wir nicht ein einziges fahrendes Auto entdecken. (Der weißliche Schimmer zeugte von der seltenen Benutzung dieser Wege.) Das waren die personengebundenen Straßen zu personengebundenen Datschen der höchsten Nomenklatur-Sybariten. Am Anfang der weißlichen Chaussee hingen natürlich Verbotschilder. Unbefugten war der Zugang untersagt. Unbefugt waren Millionen.

Unbefugt war das Volk, jenes „große sowjetische Volk, der Erbauer des Kommunismus, für dessen Wohl...“ usw.

Das, was wir zu sehen bekamen, war natürlich nur ein kleiner Teil der überall versteckten Objekte. Was wäre, würden wir diese „Lagerstätten“ im ganzen Land unter die Lupe nehmen? All diese Datschen, Sonderhotels, Gästehäuser, Sonderverkaufsstellen, Sonderbasen, Sonderverteilungsstellen... Die Topographen der Sonderwohlfahrt hielten ihre Karten unter strengstem Verschluss.

Ja, das totalitäre Regime, das heimlich ein riesiges Archipel GULAG geschaffen hatte, von dem Solshenizyn den Vorhang aus Schweigen herunterriß, schuf sich parallel dazu Sonderzonen für die Erholung und Entspannung für ein begrenztes Kontingent auserwählter Helfershelfer und Aktivisten, ein Archipel „Sonderwohlfahrt“. Das waren Schulen eines neuen illegalen Hedonismus, wie ihn die früheren Verfechter von Gleichheit, Asketismus und sozialer Gerechtigkeit verstanden. Es kamen Begriffe wie Sonderverpflegung und Sonderversorgung als Ausgleich für „Sowjetverschleiß“ (was für ein Ausdruck!) auf. Dann legte sich das Archipel „Sonderwohlfahrt“ eine eigene Klasse von Sonderfahrzeugen zu: schwarze MK, SIS-110, SIM und „Tschaikas“. Selbst unter den unbelebten Gegenständen kam es zu einer Einteilung in Nomenklatura und Übrige. Kürzlich erfuhren wir aus der Fernsehsendung „Wsgljad“, daß es noch „reinrassigere“ Wurstsorten und besondere Entbindungskliniken gibt.

Wie ist das zu erklären? Auf verschiedene Art und Weise. Wenn es nötig ist, fügt man auch in heilige Texte kleine Zusätze ein, ähnlich der Losung, von der Orwell in seinem Buch „Der Viehhof“ schrieb: „Alle Tiere sind gleich, aber es gibt Tiere, die sind gleicher.“

Das grenzenlose Pharisäertum dieses begrenzten Kontingents neigt zur Aufblähung

und Ausfüllung immer neuer sozialer Nischen.

In letzter Zeit mußte das Archipel „Sonderwohlfahrt“ große Verluste hinnehmen. Sein Territorium ist spürbar geschrumpft. Die Trophäen sind allen bekannt: Staatsdatschen, personengebundene Autos, personengebundene Renten usw. Die vom Obersten Sowjet des Landes gebildete Kommission zu Fragen der Privilegien setzt ihre Arbeit fort. Natürlich werden ihr viele Hindernisse in den Weg gestellt, denn zu bedeutend sind die Interessen von bedeutenden Personen. Man beschuldigt die Kommission der Gleichmacherei. Aber sie tritt durchaus nicht für Gleichmacherei ein.

Der Volksdeputierte Nikolai Trawkin sagte, man solle den Leitern ruhig viel bezahlen, mehr als den „gemeinen Sterblichen“, aber die Frauen der einen wie der anderen sollen ihre Lebensmittel in denselben Geschäften kaufen. Die Ungleichheit besteht nicht in der differenzierten Entlohnung, sondern darin, daß die einen Zutritt zu jener Geheimgasse haben, wo nicht Geld etwas bedeutet, sondern die Zugehörigkeit zu einem eng begrenzten Kreis mit Listen, Lettern, Genehmigungen usw., andere jedoch nicht. Das ist eine Folge unserer Armut. Soll doch die Nomenklatura, d. h. die Behörden, die Dankbarkeit der Gesellschaft verdienen, indem sie ein solches Wohlstandsniveau schafft, bei dem es keinen Bedarf für kostenlose Beilagen zur Dienststellung gibt.

Nein, keiner hetzt das Volk auf die Mitarbeiter des Apparates, keiner will ein neues Feindbild zeichnen und „das Geraubte rauben“. Hier geht es um das Prinzip. Die Institution der Privilegien, die vom administrativen Kommandosystem hervorgebracht wurden, stellt eine Beleidigung für eine rechtsstaatliche Gesellschaft dar. Es ist Ehrensache für die privilegierten Schichten, zu begreifen, wodurch sich Gleichmacherei von Gleichheit unterscheidet. Wir möchten das noch einmal präzisieren: Gleichheit bedeutet nicht, jedem das gleiche, sondern gleiche Rechte und Möglichkeiten für verschiedene Menschen.

Man kann nicht überzeugter Vegetarier sein und gleichzeitig eine Vorliebe für geräucherte Rippchen haben.

Erinnern wir uns an die temperamentvollen Kampagnen der Stagnationszeit gegen die „Mitnehmer“. Von höchster Tribüne wurden sie entlarvt! Ich bin auch gegen die „Mitnehmer“. Soll ihnen doch der Boden unter den Füßen zu heiß werden. Folgende Frage wirft sich jedoch auf: Wer hat diese Entlarvung organisiert? Waren das nicht jene, die nichts „mitnehmen“, nichts stehlen müssen, weil sie die ORDNUNG selbst so mißgestaltet haben, daß man ihnen nicht nur alles bringt, sondern sogar auch noch einpackt...



Alexander Wassinski

Die Institution der Privilegien stellt eine Beleidigung für einen Rechtsstaat dar

Ein anderes Leben



Tatjana
Iwanowa

**Durch die
Annahme
einer neuen
Plattform der
Partei wird die
KPdSU ihren
Frieden mit
den
Andersden-
kenden im
eigenen Land
schließen**

Ein westlicher Kommentator sagte, man könne die Ergebnisse des Februar-Plenums der KPD SU ihrer Bedeutung für den Frieden nach mit nichts in den letzten Jahrzehnten vergleichen – es sei denn mit der Beendigung des zweiten Weltkrieges.

Dem ist so. Und wenn wir weniger gehetzt vom Alltag, wenn wir nicht so müde wären, hätten wir den Tag der Beendigung des Plenums so richtig gefeiert, hätten mit Sekt angestoßen und einander gratuliert...

Der Verzicht auf die verfassungsmäßig verankerte führende Rolle, die Absicht, neben anderen Parteien demokratisch um Ansehen zu kämpfen, zusammen mit der Anerkennung aller Eigentumsformen – diese drei Komponenten der Plattform der Partei werden unser ganzes Leben, unsere ganze Lebensweise ebenso entscheidend beeinflussen, wie es die Beendigung des Krieges tat.

Um es noch direkter zu sagen: Die KPD SU wird mit der Annahme dieses Dokuments Frieden mit den Andersdenkenden im eigenen Land schließen. Friede dem Wissen, dem Können, der Kompetenz, der Begabung, dem Professionalismus! Und Friede dem natürlichen Streben des Menschen!

Und zwar, weil uns nichts mehr Kummer, Leid und Unglück gebracht hat als der widernatürliche Zustand der Gesellschaft. Wenn ein Gebietskomitee der Partei Bauarbeiter wie Verkäufer, Lehrer wie Konstrukteur, Genetiker und Kybernetiker, Schriftsteller und Komponisten, Schauspieler und Journalisten dirigiert. Doch warum diese Aufzählung fortsetzen? Wissen Sie denn nicht selbst, daß nicht der beste Chirurg, sondern ein Parteimitglied die chirurgische Abteilung leitet und selbst der ehemalige Chef eines Wäschereikombinats eine Zeitung redigieren kann?

Die Fachkenntnisse stehen bei uns an zweiter oder gar an vierter oder fünfter Stelle. Zuerst kommt die Parteimitgliedschaft. Oh, du große Völkerwanderung der Nomenklatur! Oh, du Wechsel der Leitungskader, den die Menschen in stillschweigender Ehrfurcht verfolgen! Da ist der Platz des Direktors eines Geschäftes frei geworden, dort der eines Trustleiters. Auf seine Stelle kommt der stellvertretende Leiter des Rayonkomitees der Partei, ins Rayonkomitee der Schuldirektor, als Direktor ein

Instrukteur des Gebietskomitees der Partei, Instrukteur wird dann der Chefredakteur einer Jugendzeitung und Chefredakteur wird der Sekretär des Stadtkomitees des Komsomol. Und wen holt man sich dann als Sekretär!

Das nimmt nun schon viele Jahrzehnte kein Ende – und das, gerade das ist mit die unglücklichste Manifestation der „führenden Rolle“.

Es gibt noch Dutzende dieser Manifestationen, sie sind unterschiedlich, vollziehen sich auf verschiedenen Ebenen. Das Problem ist ja nicht nur, daß nicht Fachleute, bestenfalls aber nicht die besten Fachleute, überall das Sagen haben. Das Problem liegt darin, daß die Ausbildung in den verschiedenen Fachrichtungen grenzenlos ideologisiert ist. Wie groß ist der Anteil der gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen in Hochschulen und technischen Fachschulen? Riesengroß. Den Lernenden wird die herrschende Ideologie eingehämmert. Den Studenten wird nicht die Kultur nahegebracht, sie werden nicht wirklich gebildete Menschen (heutzutage ist es ein Normalfall, daß Absolventen von Hochschulen eine schlechte Allgemeinbildung haben), ihnen werden Literatur und Künste nicht vermittelt, sie werden nicht mit Philosophie, Logik, Geschichte und Geographie vertraut gemacht (sie sind weitgehend denkfähig, können sich nur schwer ein eigenes Urteil bilden, kennen nicht einmal die Namen der bedeutendsten historischen Persönlichkeiten). Sie werden in irgendwelchen Antiwissenschaften unterwiesen – in Politikonomie, die weder, was die wirtschaftliche Rechnungsführung noch die Pacht angeht, für irgendwelche Klarheit sorgt; in marxistisch-leninistischer Philosophie, präsentiert als unabänderliche Liste von Artikeln, die unzählige Male zu konspektieren sind; der Geschichte der KPD SU, die sich nicht einmal den Daten nach mit der tatsächlichen Geschichte der KPD SU deckt, dem wissenschaftlichen Kommunismus, der ein Kompott aus besagter unverständlicher Politikonomie, Philosophie und Geschichte ist und sich letztlich auf besagte Liste besagter Artikel beschränkt.

Sie werden nicht in gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen unterrichtet, ihnen bringt man die Ideologie der herrschenden Partei bei. Und diese Stunden sind nicht nutzlos, obwohl auch Nützliches schädlich sein kann.

Diese Stunden sind ganz eindeutig schädlich. Und zwar, weil sie die Menschen Widerwillen gegen Marx und Lenin empfinden lassen, da sie den Menschen abgewöhnen zu denken, da sie für junge Gehirne eine unnötige Belastung sind, da sie die junge Generation irreführen.

Man muß davon ausgehen, daß wenn man sich des Prinzips des normalen Lebens – die führende Rolle im Sozialismus gehört der Gesellschaft, d. h. dem Volk – bewußt geworden ist und seine Verwirklichung erzielt hat, wenn man die Funktion der Machtausübung an die eigenen Vertreter in den Sowjets delegiert hat, wenn man verstanden hat, daß jede Partei ihr Zentralkomitee hat und wir uns, um die von Zentralkomitees ausgegebenen Anweisungen zu erfüllen, nicht mehr gehorsam aufzubauen und unter der Losung „Wir erfüllen vorfristig! zu marschieren haben, daß wir uns dann allmählich auch an das normalste Leben gewöhnen werden. Unsere um die Politorgane verringerte Armee wird militärische Fertigkeiten erwerben, um uns, falls erforderlich, verteidigen zu können. Unser KGB wird sich nicht mehr um unsere geistige Verfassung kümmern, wird das den Geistlichen, den Lehrern, den Schriftstellern und Schauspielern überlassen und sich der Aufgabe widmen, um deren willen es geschaffen wurde (wie viele starke Männer werden in die Volkswirtschaft gehen). Unsere Bauern werden säen, was sie wollen, und Ernte einbringen, wann sie wollen. Das Wort eines Atomfachmanns wird in einem Atomkraftwerk entscheidend sein, nicht aber das eines Parteileiters. Und niemand wird über die Schulter eines Arztes in die Krankheitsgeschichte schauen, um zu überprüfen, ob der Arzt dort nicht „Bestrahlung“ geschrieben hat, was für den Kranken auch nützlich sein kann, da er ihm die erforderlichen Medikamente verschreiben kann, doch was ideologisch schädlich ist, da es eine übertriebene Vorstellung von unseren Schwierigkeiten schafft.

Und wie unsere Zeitungen und Zeitschriften, unsere Bücher, Theater und Konzerte sein werden, und welche Lieder wir singen werden!

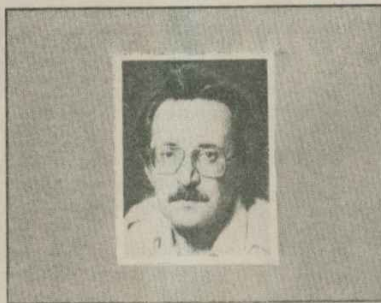
Der Frieden ist erklärt. Ein anderes, ein ganz anderes Leben beginnt. Helfen wir, daß es beginnt!

Leider ist das Thema dieses Beitrages heute von besonderer Brisanz. Es ist gar nicht so lange her, da regten wir uns hauptsächlich über Fans auf, über normal leidenschaftliche Anhänger von Fußballmannschaften und Rockgruppen. Das hat auch nicht viel Gutes an sich, denn die Welt wurde von einer Welle von Zuschauerschlägereien überflutet. Nun werden wir jedoch mit einer mittelalterlichen Erscheinung des 20. Jahrhunderts konfrontiert, dem nationalen, politischen und religiösen Massenfanatismus. Er breitet sich nach den Gesetzen einer Epidemie aus, die einen sind besonders anfällig dafür, um andere macht sie einen Bogen, obwohl sie ständig mit den Betroffenen zu tun haben. Deshalb sind für die Bekämpfung dieser Epidemie nicht eine, sondern zwei parallele Forschungsrichtungen nötig. Gesucht wird nach den Ursachen der Krankheit, dem auslösenden Bazillus. Untersucht wird der Ausbreitungsweg, gleichzeitig aber auch das Problem der Immunität, d. h. man versucht eine Antwort auf die Frage zu finden, warum unter denselben Bedingungen die einen erkranken, andere jedoch verschont bleiben.

Was haben also wir Eltern zu tun, damit unsere Kinder vom Bazillus des Fanatismus nicht erfaßt werden? Das ist keine neue Frage. Die Pädagogen haben immer schon darüber nachgedacht. Im englischen Sammelband fundamentaler Beiträge zur Philosophie der Erziehung fragt Michael Oakeshott: „Wie soll ein Schüler lernen, nicht nur Wahrheit und Gerechtigkeit zu lieben, sondern sie so liebezugewinnen, um Fanatismus zu vermeiden?“ Aber eine Antwort gibt er nicht darauf.

Offensichtlich wird man nicht als Fanatiker geboren, sondern erzogen, und dabei nicht einmal in der Kindheit, sondern hauptsächlich in der Jugend. Fanatismus ist das Resultat einer bestimmten Entwicklung, eines schrecklichen Fehlers in der Erziehung. Um diesen Fehler aufzudecken, muß man meiner Ansicht nach deutlich zwischen Ergebnis gegenüber einer Sache, einer Idee und Fanatismus deutlich unterscheiden. Es gibt viele Beispiele für die grenzenlose Hingabe von Menschen an eine Lehre, z. B. eine religiöse, die Kunst, die Wissenschaft, sein Volk usw. Voller Begeisterung sprechen wir von solchen Menschen und stellen sie als Vorbild hin. Wo liegt die Grenze zwischen Ergebnis und Fanatismus? Gibt es überhaupt eine?

Solange ein Mensch leidenschaftlich, vielleicht sogar irrsinnig seine Sportmannschaft liebt, ist er kein Fanatiker. Man könnte sogar noch akzeptieren, daß er andere Mannschaften nicht mag. Ausschließliche Liebe ist ganz natürlich. Keiner



Die Geburt eines Fanatikers

wird einen Mann verurteilen, der nur eine einzige Frau liebt und dem alle anderen nicht gefallen.

Fanatismus, das ist nicht die Liebe zu einem auserwählten Objekt, nicht die Ergebnis ihm gegenüber, selbst wenn sie grenzenlos und irrsinnig ist. Das lateinische Wort *fanaticus* bedeutet soviel wie Rasender, Verzückter. Aber selbst ein verzückter Eiferer des Glaubens ist noch kein Fanatiker. Er wird zu einem, sobald sich die Idee in ihm ausbreitet und von ihm Besitz ergreift, alle Andersgläubigen, jeden einzelnen, bis zum letzten Mann zu vertilgen, auszurotten.

Fanatismus ist nicht Liebe, wie die Fanatiker glauben, sondern eine Liebeskrankheit ähnlich der Eifersucht. Darin besteht ein weitverbreiteter moralischer Fehler: Der Eifersüchtige meint, er liebe, und deshalb sei das Recht auf seiner Seite. Eifersüchtige Eltern, die ihre Kinder mit unnormaler Umsorgerei quälen, versichern sich und anderen, sie handeln nur zum Wohl der Kinder.

Fanatismus ist auch keine Ergebnis, wie es in Nachschlagewerken steht, sondern eine Entartung der Ergebnis. Es gibt kein Gefühl, selbst das edelste, das nicht zu seiner tierischen Form entarten könnte. Fanatismus ist Eifersucht und Haß, der Wunsch zu jagen und zu verjagen, zu vernichten und zu vertilgen. Der Fanatiker ist nicht dazu in der Lage, ein normales Leben zu führen. Sein Horizont verengt sich zu einer Schießscharte, die menschliche Vielfarbigkeit verblaßt. Er sieht nur noch schwarz und weiß, unsere und nicht unsere. Das ist eine typisch jugendliche Philosophie. Ein Jugendlicher, der noch nicht zu sich selbst gefunden hat, hält sich an die „Unseren“, in denen er nach sich selbst sucht. Fanatiker sind entwicklungsmäßig

auf diesem Niveau stehengeblieben, wie alt sie auch sein mögen. Ein Fanatiker sagt niemals „meine“ oder „nicht meine“. Die schädliche Leidenschaft zerstört in erster Linie das eigene Ich des Fanatikers. Das erste Krankheitssymptom ist also der Zerfall der eigenen Persönlichkeit und sein völliges Aufgehen im verschwommenen Wir. Zu den Menschen, die einer Idee (Sache, Volk usw.) ergeben sind, gehören die hervorragendsten und berühmtesten Persönlichkeiten. Unter Fanatikern kann es keine Persönlichkeit geben, sie könnten sich höchstens durch den Grad ihres Fanatismus „Ruhm“ erwerben, wie beispielsweise Hitler. Aber wohl keiner wird den Namen eines Fanatikers nennen können, der als Architekt oder Dichter berühmt geworden ist.

Unser enzyklopädisches Wörterbuch und auch der britische Webster bringen den Fanatismus mit der Gefährdung des gesunden Menschenverstandes in Zusammenhang. Wäre dem so, bliebe uns die Hoffnung, einen Fanatiker von seinem Unrecht überzeugen zu können. Das aber ist unmöglich, weil der Fanatismus nicht mit dem Geist im Zusammenhang steht, sondern mit der Moral. Fanatismus ist die Ergebnis eines Unmoralischen. Gerade seine Unmoral unterscheidet den Fanatiker von einem Menschen, der einer Idee, einer Sache oder einer Religion grenzenlos ergeben ist. Don Quichotte war kein Fanatiker, weil er ein Mensch allerhöchster Moral war. Er war bestrebt, nicht zu töten, sondern zu kämpfen, um die Schwachen und Gekjagten zu schützen.

Betrachten wir die möglichen Kombinationen von Ideengehalt und Moral.

Ein Mensch ohne Ideen und ohne Moral ist ein stumpfes Wesen oder gar ein Verbrecher.

Ohne Ideen, dafür von hoher Moral? Solche Menschen gibt es praktisch nicht, da Leute mit Moral ihrer Pflicht und ihrem Gewissen ergeben sind.

Mit Ideen, aber ohne Moral — das ist ein Fanatiker.

Mit Ideen und hoher Moral — das ist ein wahrer Held, ein wahrer Mensch. So einer war Akademiemitglied Andrej Sacharow. Grenzenlose Ergebnis gegenüber der Idee der Demokratie und höchste Moral bildeten bei ihm eine Einheit.

Da haben wir also die Antwort auf die eingangs gestellte Frage. Erzieht eure Kinder zu moralischen Menschen, und nur so werden sie nie zu Fanatikern. Und das Gesetz der Moral, über das an dieser Stelle schon geschrieben wurde, ist nur ein einziges: Erreiche dein Ziel **auf eigene Kosten!**

Simon Solowjtschik

Ein Ausbruch

Xenija Mjalo, Pjotr Gontscharow

**Die Ereignisse
in Duschanbe,
geopolitisch
gesehen**

Unsere noch so junges parlamentarisches Leben hat schon einen besonderen Zug: Jede der wichtigsten parlamentarischen Versammlungen (Kongresse der Volksdeputierten, Tagungen des Obersten Sowjets der UdSSR) fällt zusammen mit einer Zuspitzung dessen, was wir immer noch „Nationalitätenkonflikte“ nennen.

Als müßte ein Blutopfer das Vorspiel zu diesen Versammlungen sein...

Jedesmal sieht sich die Legislative genötigt, noch vor Erörterung neuer Gesetze die jeweilige Entwicklung zu beurteilen. Jedesmal weicht sie dem mit seltener Beständigkeit aus. So auch jetzt: Die qualitativ neue Etappe im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie die plötzliche Verhängung des Ausnahmezustands über Tadschikistan bildeten den Hintergrund, vor dem die 3. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR zusammentrat.

Nur am ersten Arbeitstag der Tagung wurde an die tragischen Folgen des Verschweigens von Sumgait und an die Vertreibung der aserbaidshanischen Flüchtlinge gemahnt. Dennoch bleiben die hier und heute vor sich gehenden Ereignisse in Duschanbe wieder im Off, außerhalb des Gesichtsfeldes der Tagung. Die Tagesordnung spricht nur von der „Situation in Armenien und Aserbaidschan“, als gäbe es nicht auch eine „Situation in Tadschikistan“ und in anderen Teilen unseres Landes.

Eine unserer Meinung nach symptomatische Beschränkung. Die Einstellung darauf, „die Situation nicht zu dramatisieren“ und „keine Panik zu machen“, bewirkte, daß die Volksdeputierten in ihrem Bemühen, im gesellschaftlichen Bewußtsein die Sicht auf den sich entfaltenden Prozeß als auf

eine Kette von „zufälligen“ und „partiellen“ Ereignissen zu formieren, sich in ihrer Formulierung selbst verfangen. Jede Krankheit muß jedoch, ehe man sie behandelt, diagnostiziert werden. Nicht minder wichtig ist eine genaue Diagnose in einem politischen Prozeß, geht es doch um die Gesundheit des Landes, das Leben von Tausenden Menschen, die künftigen Beziehungen zwischen den Völkern von Generation zu Generation. Außerdem darf man nicht vergessen, daß diese „zufälligen Ereignisse“ die geopolitische Situation von morgen, im Grunde schon von heute auf einem Sechstel des Erdballs prägen. Und wiederum sprechen wir – zum wievielten Mal! – davon, daß das Verschweigen von Ereignissen oder verspätete oder ungenaue Informationen über sie die Bürger der UdSSR der Gewalt gegenüber immer wehrloser machen.

Noch nie aber war ein solches Verschweigen, selbst im Vergleich mit dem Beginn der Entwicklung (Sumgait und die Vertreibung von Flüchtlingen), so offensichtlich, man möchte sogar sagen: so vorsätzlich wie jetzt, bei den Ereignissen in Tadschikistan. Unsere Zeitungen bringen faktisch nur kurze TASS-Meldungen, die Statistiken über Menschenopfer sind recht unbestimmt. Trotzdem geht schon der olympische Satz „Die Situation wird stabilisiert“ in den Zeitungen um.

Wie ist dann aber die kurze Meldung in der „Prawda“ zu verstehen, Abteilungen des Turkestanischen Militärbezirks seien ins Konfliktgebiet verlegt worden? Wo wurde dieser Beschluß gefaßt? Wer wird, falls sich die Ereignisse ungünstig entwickeln, die Verantwortung dafür tragen, wo wir doch immer noch keine strikten Rechtsnormen für den Truppeneinsatz in solchen Situationen haben? Wer wird die Bevölkerung beruhigen, für die, wie der jüngste Aufruhr der Soldatenmütter in den südlichen Gebieten der RSFSR zeigte, der Einsatz der Streitkräfte bei ethnischen Konflikten ohnehin ein tiefes Trauma ist? Hat die Gesellschaft denn kein Recht zu wissen, wohin und wozu Offizierschüler jetzt bereits des ersten Semesters verlegt werden, diese Schulkinder von gestern, denen Flaschen mit Schwefelsäure entgegengeworfen werden?

Die Standardformeln wie „rowdyhafte Elemente“ oder „extremistische Gruppierungen“ können heute wohl niemanden befriedigen. Sie entsprechen weder den Ausmaßen der gegenwärtigen Operationen noch dem Charakter der Entwicklung. Je schneller man das versteht, desto besser.

In einem unserer Artikel bezeichneten wir die Staats- und Verwaltungsstruktur, die sich in den früheren Jahrzehnten in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken herausgebildet hat, als Feudalismus mit Parteifassade (was selbstverständlich nicht ausschloß, daß in ihrem Rahmen subjektiv ehrliche und sozial orientierte Individuen wirkten). In der Regel beruhen solche Strukturen auf dem Clan-Prinzip der Machtbeziehungen, und der politische Kampf verlief, sofern er stattfand, bisher ebenfalls fast ausschließlich als Kampf zwischen Clans.

Die in der Presse schon veröffentlichte Information, mit deren Analyse sich eine vom außerordentlichen Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Tadschikistans eingesetzte Kommission



Die Armee erfüllt ihre Pflicht. Es ist aber nicht ihre Aufgabe, in den Städten für Ordnung zu sorgen

befähtigt, verlockt dazu, auch jetzt bei dieser Version zu bleiben.

Aber die eigenartige Entwicklung in Tadschikistan, die sich stark selbst von der Sommerkrise in Fergana oder von den jüngsten erschütternden Zusammenstößen im Transkaukasus unterscheidet, zeugt von etwas anderem: davon, daß neue politische Kräfte in Aktion sind. Es handelt sich um ihren Versuch, sich an Ort und Stelle zu behaupten. Erstmals agierten sie nicht als indirekter, sondern als direkter und beinahe einziger Organisator des Prozesses. Die äußerlich anarchischen Ereignisse dürfen nicht über die straffe Organisation dieser Kräfte hinwegtäuschen, trotz der schon traditionellen Schlägertrupps, zu denen narkotisierte Jugendliche aus den Randgruppen der Bevölkerung gehören. Ein wichtiges Detail: Die Teilnehmer dieser Trupps selbst verhehlten nicht, daß sie Weisungen gewisser halblegaler Jugendorganisationen ausführen.

Einige Angaben zeugen auch von der großen Rolle von Vertretern der Volksfronten des Baltikums und Aserbaidschans bei der Beeinflussung dieses Prozesses. Auch das ist ein Grund, an seinem „spontanen“ Charakter zu zweifeln. Die Metho-

den zur Einschüchterung der Bevölkerung in Duschanbe, wo erstmalig von massierten Gewaltakten **gegenüber einzelnen Bürgern** zu Terrorakten **gegenüber sozialen Objekten** (Brandlegung in einer Geburtsklinik, zielgerichtete Anschläge auf Wagen der Ersten Hilfe) übergegangen wurde, verdeutlichen schon an sich, welches Ziel mit dieser Einschüchterung erreicht werden sollte: die soziale Lähmung der Bevölkerung und aller Machtstrukturen, was die Macht zu leichter Beute des rücksichtslosen Siegers machen würde.

Hier schaltete sich jedoch ein neuer Faktor ein. Duschanbes geographische Lage, die jede Möglichkeit eines massierten Exodus der Bevölkerung ausschließt, wenn sie einem organisierten Terror ausgesetzt ist, zwang die Vertreter aller nationalen Minderheiten wie auch der Stammbevölkerung, die diesen Terror nicht unterstützte, sich zum Selbstschutz zusammenzuschließen. Es formten sich Selbstverteidigungstrupps, und wiederum erstmalig in der kurzen, aber dynamischen Geschichte des nationalistischen Terrorismus in der UdSSR versuchte die Bevölkerung, sich zu wehren, wobei die Menschen sich nicht nach dem nationalen, sondern nach dem

politisch-sozialen Merkmal organisierten.

Damit wurde jedoch klar auch der politische und soziale, keineswegs der nationale Hintergrund des Konflikts bloßgelegt. Das geschah um so eindeutiger, als hier ein Unterschied bestand. Während in den anderen Regionen am Prozeß unterschiedliche Bewegungen zum Schutz der Perestroika, für die nationale und kulturelle Wiedergeburt teilnahmen, das Bild verkomplizierten und die Krise wie eine Strukturstroika (d. h. eine Krise einzelner Leitungsebenen und -gliederungen) erscheinen ließen, brannte es in Tadschikistan auf allen Zwischenstufen, und die Krise war sofort als eine Regime-Krise (Systemkrise) erkennbar.

Ohne jegliche ideologische Tarnungen präsentierte sich der Prozeß unmißverständlich als ein politischer. Das fand seinen Niederschlag auch in der allgemeinen psychologischen Atmosphäre, als deren Anzeichen Gerüchte auftraten: Vom ersten Tag an redete man in Duschanbe davon, daß aus Afghanistan eine Division von Mullahs einrücken und „die Sowjets vernichten“ würde.

Die Krise hat latente Form angenommen, die Terroristengruppen, die sich im

ANGABEN LIEGEN NICHT VOR

Warum sind die Rechtsschutzorgane nicht in der Lage, Pogrome zu verhindern?

Die zentrale Presse der UdSSR brachte eine in altbewährter Form verfaßte Mitteilung „Im Komitee für Staatssicherheit der UdSSR“, worin Personen verurteilt wurden, die Gerüchte „von angeblich in Vorbereitung befindlichen Juden-, Aserbaidschaner- und Armenier-Pogromen“ verbreiten. Des weiteren wurde mitgeteilt, daß „das KGB der UdSSR die Entwicklung verfolgt und, falls sie sich wirklich zuspitzt, die erforderlichen Maßnahmen treffen wird“. Am Tag darauf begannen Pogrome in Duschanbe. Die tragischen Ereignisse in der tadschikischen Hauptstadt nur einen Monat nach den Pogromen in Baku töten die letzte Hoffnung, daß Fergana, Sumgait und Nowy Usen nur Unglücksfälle und deshalb vermeidbar waren.

Man könnte sicherlich die Version der KGB-Verantwortlichen akzeptieren, die glauben, gerade Personen, die Gerüchte verbreiten, seien an allem schuld: Sie hätten die Ereignisse ganz einfach mit ihrem Gerede heraufbeschworen. Am Vortag der Ereignisse in Duschanbe rief das KGB die Presse auf, „keine ungenügend geprüften Angaben zu bringen“.

Eine sehr praktische Logik, sie befreit jene, die von Amts wegen das Menschenleben zu schützen haben, jeder Verantwortung. Dennoch hält diese Logik keiner Kritik stand: Die armenischen Flüchtlinge wurden von Menschen gehetzt, die nicht „Goriot“, „Literaturnaja Gaseta“ oder „Moskauer Nachrichten“ lesen. Pogromhelfer lesen überhaupt kaum etwas. Sicherlich haben sie hochgebildete Draht-

eieher, denn ein Pogrom ist ohne die entsprechende ideologische Einstimmung undenkbar. Aber die ideologischen Pogromhelfer haben oft ihren Dr. jur. oder Dr. phil. und wissen ohnehin, daß man den „Fremdstämmigen“ den Garaus machen muß. Was die brillante Annahme anbelangt, daß Armenier, Juden sowie wahrscheinlich die aus Armenien vertriebenen Aserbaidschaner und die Meßcheten, auf die in Fergana eine richtiggehende Jagd veranstaltet wurde, sich selbst umbringen, um es zum Status eines Flüchtlings oder noch zu etwas zu bringen, so gibt es Dinge, gegen die zu streiten man sich schämt.

Die Krisensituation im Lande, die Lebensmittelmarken, die Wohnungsnot, das Fehlen jeder Perspektive, die Empfindung, daß sich nichts zum Besseren wende: klassischer Boden für Pogrome. Die armenischen Wohnungen in Baku wurden hauptsächlich von aserbaidshanischen Flüchtlingen aus Armenien geplündert, die bei der Regierung weder Hilfe noch Unterstützung fanden und sich an den Armeniern abregierten. Die Situation in Duschanbe gleicht der in Fergana: die gleichen sozialen Mißstände, Arbeitslosigkeit, Wohnungsknappheit, aber für die Mißwirtschaft der leitenden Funktionäre der Republik hatten sich die „Zugewanderten“ zu verantworten.

Gewiß, jemandem paßt es, Pogrome als spontanen „Gefühlsausbruch des Volkes“ darzustellen. Aber wer ist heute noch so naiv, das zu glauben? Ein Pogrom will gut vorbereitet sein. Wie soll man in Duschanbe armenische Wohnungen ausmachen? Im Fergana-Tal hatte man die

Häuser der Meßcheten im voraus mit einem Zeichen versehen... Also heißt es zuverlässige Leute finden, ihnen die „patriotische“ Aufgabe erläutern und die blutige Abrechnung ideologisch abzusichern. Deshalb eben kommen Gerüchte auf, die den Rechtsschutzorganen Ärger bereiten. In Baku wurde mehrere Tage vor Beginn der Pogrome das genaue Datum genannt – und auch von allen gehört, mit Ausnahme jener, die hätten hören und das Blutbad abwenden müssen. Man kann sich gut vorstellen, wie die Reaktion war: „Es liegen keine Angaben darüber vor, daß die Gerüchte begründet sind.“

Nach Sumgait, Fergana, Nowy Usen sagten KGB-Sprecher zwar, sie hätten die politische Führung rechtzeitig gewarnt, aber... Ich kenne keine entsprechenden Dokumente und kann deshalb nichts dazu sagen. Wahrscheinlich hätte eine Kommission von Volksdeputierten solche Dokumente einsehen können, wenn sie sich das Ziel gesetzt hätte, zu klären, warum ein so mächtiger Rechtsschutzapparat nicht in der Lage ist, Pogrome zu verhindern. Aber anhand der Erklärung vom 9. Februar kann ich etwas anderes annehmen: Der zentrale KGB-Apparat hat tatsächlich keine Angaben über die nahenden Pogrome gehabt. Warum dies? Vielleicht waren die Vertreter vor Ort (KGB-Abteilungen bestehen in jedem Rayon) nicht dazu bereit, gegen die neue Gefahr zu kämpfen? Ebenso wenig bereit wie unser ganzes Rechtssystem, das jahrzehntelang ganz andere Feinde bekämpfte.

Die Milizionäre, die man ins Moskauer Zentrale Haus des Literaten holte, um Rowdys zur Raison zu bringen, die das nächste Mal mit MPs zu kommen drohten, ließen diese Personen gehen. Dafür hielten sie unverzüglich Teilnehmer einer friedlichen Demonstration vor dem TASS-Gebäude fest. Die Miliz ist eben gewohnt, staatliche Einrichtungen zu verteidigen. Wer vor dem

Gebirge versteckt halten, haben ihre Strukturen praktisch erhalten, und die Aktivität der Abgesandten von Tadschikistan und Aserbaidschan in kleinen Städten und Siedlungen von Usbekistan, besonders um Taschkent, nimmt zu. Wenig stabil ist die Situation um Frunse (Kirgisien), weshalb auch hier eine neue Woge von Terror und Gewalt sehr wahrscheinlich ist. Ein dermaßen umfassender und schneller Prozeß gewinnt die Züge einer direkten Verbindung mit den geopolitischen Prozessen des Mittleren Ostens und Osteuropas. Während jedoch in Osteuropa der Sturz ehemaliger politischer Regimes bewirkt, daß die europäischen Staaten in ihrer zwischenstaatlichen Politik auf die nationalen Positionen zurückkehren (das zieht die Idee eines gesamteuropäischen Hauses in Zweifel, nicht von ungefähr sprach ein Teil von Presse von der Rückkehr zur Situation von 1914), führt die Entfaltung der Regime-Krisen in jenen Gebieten der UdSSR, die an den Mittleren Osten und Kleinasien (Afghanistan, Iran, Irak, die Türkei) anstoßen, zur Idee eines gesamtmoslemischen Hauses. Europa ist schließlich nicht das einzige historisch-kulturelle Zentrum, das seine Rechte auf die Wiedergeburt und

Entwicklung geltend machen kann. Deshalb suchen Bestandteile dieses Ganzen, die aus dem einen strukturellen Zusammenhang herausfallen, nach einer neuen, sie einigenden Struktur. Für die Völker unserer mittelasiatischen Republiken ist das die transnationale und grenzenübergreifende Idee der gesamtmoslemischen Kultur.

Es ist ferner natürlich, daß bei dieser Entwicklung der restliche Teil eines zerfallenden geopolitischen Systems nicht ohne außenpolitische Garanten bestehen kann, und unter diesen Bedingungen sind die USA der einzige in Frage kommende Garant.

Bei solchen Aussichten, da der Prozeß der Wiederherstellung der nationalen Souveränität in ethnokratischen Formen schon so weit gegangen ist, wird die Frage brandaktuell, wie die volle Souveränität der RSFSR im einzelnen wiederhergestellt werden soll. Denn nur sie kann die gleichen, souveränen Beziehungen zwischen den in der Union verbleibenden Republiken und Völkern einerseits und aus der UdSSR austretenden Völkern und Republiken sowie anderen Teilnehmern des geopolitischen Prozesses andererseits gewährleisten.

Selbstverständlich denken auch die Hintermänner, die die Entstaatlichung der UdSSR aus dem Hintergrund fördern, an eine solche Möglichkeit. Es sei geradeheraus gesagt, daß nur zwei Stadien sie von ihrem ersehnten Ziel trennen: die Schaffung eines Konfliktfeldes zwischen den traditionell miteinander verbundenen Slawenvölkern (Ukrainer, Belorussen, Russen), aber die ersten Schritte dazu wurden schon getan, und die Ausdehnung der ethnischen Konflikte auf die Völkerschaften der RSFSR, damit sich besagte Konflikte zu einer Serie von Regime-Krisen auswachsen. Zu diesem Zweck werden zahlenmäßig kleine oder auf kleineren Territorien lebende ethnische Gruppen dazu provoziert, in der RSFSR möglichst viele „souveräne Staaten“ zu gründen, die später als Rohstoffanhäufung fungieren sollen.

Betrachtet man die Ereignisse in Tadschikistan in diesem Zusammenhang und unter diesem Blickwinkel, als Teil des weltweiten geopolitischen Prozesses, so sieht man, daß sie sich als gefährliche Stufe zur Erreichung dieses globalen und durchaus transnationalen Ziels erweisen könnten.

TASS-Haus Posten steht, vergeht sich gegen das Gesetz, das braucht ein Milizmann nicht extra erklärt zu bekommen. Im Zentralen Haus des Literaten dagegen habe man, behaupteten Vertreter der Rechtsschutzorgane später, „nur schwer unterscheiden können“, wer Rowdy war und wer nicht. Ein Rayon-Milizionär wurde schon immer so erzogen, daß ein liberaler Intelligenzler, noch dazu Brillenträger – bestimmt ein Dissident, wenn nicht gar Zionist! – sowieso viel gefährlicher sei als die „einfachen Arbeiter“, die einem die Brille zerschlagen – soll man so viel Aufhebens davon machen? „Pamjatj“ darf sogar auf dem Roten Platz ihre Kundgebungen zelebrieren. Interessant ist, daß Kundgebungen etwa der Demokratischen Union die Miliz in keine solche Probleme stürzen: Sie treibt sie munter auseinander und verhaftet die Anführer, damit das Gericht ihnen nachher 15 Tage Arrest verpaßt. Das ist auch begreiflich: heftige Kritik gegen Regierung und KPdSU, Aufrufe zu einem Mehrparteiensystem. Hier liegt der Fall klar, die Sache ist kriminell. „Pamjatj“ dagegen ruft zur Ordnung auf und fordert, daß sich die „Fremden“ verantworten.

Die vor kurzem beim KGB gegründete Verwaltung zum Schutz der sowjetischen verfassungsmäßigen Ordnung ist Nachfolgerin der 5. Verwaltung, die gegen Dissidenten, von Sinjowski und Daniel bis Sacharow und Solzenizyn, kämpfte. Es heißt, die Verwaltung habe sich zu so und so viel Prozent erneuert. Aber aus lauter Neulingen dürfte sie doch nicht bestehen. Nehmen wir jetzt den örtlichen Apparat. Man kann sich denken, daß die stürmischen Wandlungen in unserem Land diesen Apparat vor schier unlösbare Aufgaben stellen. Wie soll man sich z. B. gegenüber einem Dissidenten verhalten, den man gestern ins Kittchen steckte und der sich heute um das Mandat eines Volksdeputierten bewirbt? Wer ist für die „sowjetische



Nach Pogromen schämen sich viele und schimpfen mit den Rädelsführern. Wer aber kann die Menge stoppen?

Foto: TASS

verfassungsmäßige Ordnung“ gefährlich? Einer, der zu einem Mehrparteiensystem aufruft? Gestern war er es, heute aber führt er eine Politschulung zu den Materialien eines Plenums des ZK der KPdSU durch.

Dossiers über Menschen anzulegen, die „verbotene Literatur“ lesen oder „Gespräche führen, die die Sowjetmacht diffamieren“, ist etwas anderes als wirkliche Ver-

brecher – und das sind die offenbar noch mit der Mafia verflochtenen Organisatoren von Pogromen – zu bekämpfen, das ist schon ein anderer Beruf.

Die Armee erfüllt ehrlich ihre Pflicht. Freilich ist es die Aufgabe anderer Behörden, Ordnung in den Städten zu hüten und Pogrome zu verhindern. Wer könnte diese Behörden schließlich zwingen, ihre Pflicht zu tun? Heute ist nur die öffentliche Meinung, nur die Presse so stark. Morgen wird wahrscheinlich unser Präsident diesen Ruf hören. Im Unterschied zu den Duodezfürsten in Gebieten und Rayons, denen die armenischen, jüdischen und sonstigen Pogrome sehr zupass kommen, wird er nicht nur die Wucht des Schlags gegen das Prestige des Staates beurteilen können, sondern auch die Gefahr der Pogrome für alle Völker unseres multinationalen Landes. In Duschanbe kamen nicht nur Armenier um, in Fergana nicht nur Meßcheten. Aus Baku fliehen auch Russen.

Baku, Sumgait und Fergana haben die furchtbare Tatsache verdeutlicht, daß auf die örtliche Miliz kein Verlaß ist. Entweder mischt sie sich nicht ein, oder sie hilft den Pogromhelden.

Das erfordert organisatorische Beschlüsse: vielleicht die Umstellung der Truppen des Innenministeriums auf rein professionelle Grundlage; vielleicht eine Umstrukturierung und Zusammenlegung von Abteilungen des Komitees für Staatssicherheit und des Innenministeriums, ihre Umwandlung in eine föderale Polizei.

Vorläufig kann die Presse den Führern der Rechtsschutzorgane nicht den Gefallen tun und schweigen. Schweigend vollziehen sich gemeine Dinge. Pogrome beginnen, wenn niemand sich für ihre Opfer einsetzt.

Leonid Mletschin

The World Paper

Die in den USA erscheinende Zeitung „World Paper“ berichtet über die beiden größten Bauobjekte unserer Zeit

Geschichte zweier Tunnel

Die beiden weltweit längsten Tunnel sind gewaltige finanzielle und technische Projekte, hinter denen klare wirtschaftliche und gesellschaftliche Erwägungen stehen. Der Seikan-Tunnel, der im März 1988 in Japan eröffnet wurde, stellt eine 54 km lange Bahnlinie zwischen den beiden nördlichen Hauptinseln des Landes dar. Sozusagen bei den Antipoden wird jetzt an einem Tunnel unter dem Ärmelkanal, unter dem „English Channel“, wie ihn die Engländer nennen, gebaut. An einem Kanal, der mit einer ebenso langen Bahnstrecke Großbritannien mit dem Kontinent verbinden wird.

Eben das ist, was beide Tunnel gemein haben.

Der Seikan-Tunnel wurde ganze 24 Jahre gebaut. Er verbindet Honshu, die wirtschaftlich aktivste, am dichtesten besiedelte Insel des Landes mit dem rückständigen und schwach besiedelten Hokkaido. Die Notwendigkeit des Baus eines Tunnels, der 1960 begonnen und gleichsam zu einem Symbol der Entwicklung und der Selbstbehauptung Japans wurde, rief fast keine Zweifel her-

vor. Das Projekt fügte sich gut in den starken politischen und wirtschaftlichen Mechanismus des Landes. Die Ausgaben überstiegen bedeutend die geplante Summe von 5 Md. Dollar.

Anders steht es um den Bau des Tunnels unter dem Ärmelkanal. Das Projekt, das in Großbritannien „Chunnel“ (eine Verbindung der beiden englischen Wörter „Channel“ und „Tunnel“ – die Red.) genannt wird, ist wegen britisch-französischer Differenzen mit unvermeidlichen Schwierigkeiten verbunden. Größere Meinungsverschiedenheiten entstanden um die Frage des Anteils der Finanzierung seitens des Staates wie von privater Hand – und das auf beiden Seiten. Der Kostenvoranschlag nennt 20 Md. Dollar. Auch die spezifische, symbolische Frage der „Anbindung“ der stolzen Inselnation an den immer enger zusammenrückender europäischen Kontinent stellt sich.

Die Probleme der beiden Tunnel sind sich also ähnlich, was die technische Lösungen angeht, doch absolut unterschiedlich für die Länder, die sie bauen.

Die Probleme des „Chunnel“

Die vor fünf Jahren getroffene Entscheidung, eine Verbindung unter dem Ärmelkanal zwischen Frankreich und Großbritannien zu schaffen, wird nicht realisierbar sein, weil die Ausgaben dafür 20 Md. US-Dollar erreichen. Deshalb meinen einige Beobachter, die Ursache des Fiaskos erklärte sich dadurch, daß die Briten sich zu profilieren suchten.

Das Schicksal des „Chunnel“ ist unbestimmt wegen der grundsätzlichen Meinungsunterschiede zwischen Großbritannien und seinen elf europäischen Partnern, was die Zukunft eines einigen Europa angeht. Die EG strebt eine möglichst weitgehende Einheit an. Großbritanniens Politik brems solche Bemühungen. Ein Bruch zwischen Großbritannien und seinen europäischen Partnern stellt eine reale Bedrohung für das so gepriesene Projekt dar, das zum größten Vorhaben in der ganzen europäischen Geschichte werden könnte.

Die Idee, einen Tunnel unter

dem Ärmelkanal zu bauen, nahm 1984 greifbare Gestalt an, und drei Jahre danach wurden Mittel bereitgestellt. Obwohl sich von Anfang an Probleme stellten, steckt das Projekt jetzt in seiner schwersten Krise. Wenn keine neuen Finanzquellen erschlossen werden, kann der Tunnelbau ins Stocken geraten und das ganze Projekt ebenso begraben werden, wie es mit einer Reihe anderer Pläne der letzten 200 Jahre für den Kanaltunnel geschah.

Die britisch-französische Zusammenarbeit bei dem jetzigen Bauvorhaben kann man mit Napoleons Kriegen vergleichen. Zwischen Eurotunnel (einem vereinigten britisch-französischen Unternehmen, das den Tunnel besitzt) und Transmanche Link, TML (einem Konsortium französischer und britischer Baufirmen, die den Tunnelbau realisieren), gab es Zusammenstöße und Wortgefechte. Argwohn und Feindseligkeit zwischen ihnen eskalierten kürzlich zu offenen Differenzen über den endgültigen Kostenpunkt des Projekts.

Wie der britische Vorsitzende von Eurotunnel Alastair Morton sagte, ist das „Infrastrukturprojekt des Jahrhunderts“ zu einem „Pokerspiel“ ausgeartet. Morton konstatierte, daß neben den 7,4 Md. Dollar, die für das Projekt erforderlich sind, einer Schätzung von 1987 zufolge sein Unternehmen 3,1 Md. Dollar braucht, um die Arbeiten abzuschließen. Die TML nennt eine Zahl von 11,7 Md. Dollar. Die mehr als 200 Banken, die bereits Kredite über insgesamt 7,8 Md. Dollar gegeben haben, meinen, daß zusätzliche 12,5 Md. Dollar der tatsächlichen Zahl nahekommen und die Gesamtkosten 20 Md. Dollar übersteigen werden.

Die Regierung Margaret Thatcher besteht darauf, daß staatliche Subventionen dem Projekt nicht gerecht würden, das sie als ernste Bewährungsprobe für den privaten Sektor ansieht, obwohl dieses Projekt für das Land ganz offensichtlich von Vorteil ist. Nach Meinung vieler Briten sind die häßlichen finanziellen Differenzen nur ein

Bluff, um die Regierung von einer Beteiligung abzuhalten.

Londoner Finanzinstitutionen, aufgeschreckt durch den dramatischen Charakter der jüngsten Ereignisse, haben es nicht eilig, in einer Atmosphäre der wirtschaftlichen Instabilität ihre Einlagen zu erhöhen. Der Kurs der Aktien der Tunnelbaufirmen ist von mehr als 17 Dollar auf unter 7 Dollar gefallen.

Natürlich hängt die private Finanzierung vom Vertrauen der Öffentlichkeit ab – und gegenwärtig besitzt das Projekt keineswegs dieses Vertrauen. Insgesamt stehen die Briten dem Bau des „Chunnels“ apathisch, skeptisch, ja sogar zunehmend gereizt gegenüber. Die Inselnation ist immer noch geneigt, Europa als etwas „Fremdländisches“ anzusehen. Breite Unterstützung findet Margaret Thatchers nationalistische Plattform („wir sind gegen sie“), wenn es um Beziehungen zu den anderen EG-Mitgliedstaaten geht. Deshalb ist für viele der „Chunnel“ nicht eine natürliche Verbindung von den Britischen Inseln zum Kontinent, sondern der Weg, über den Horden von Ausländern, Terroristen, Rauschgifthänd-



Je mehr die Idee des Baus eines Tunnels unter dem Ärmelkanal Mitte der 80er Jahre reale Züge annahm, desto größer wurde der Widerstand jener, deren Interessen durch einen solchen Tunnel Schaden nehmen würden. Besonders wandten sich gegen den „Chunnel“ die Eigentümer der britischen Schifffahrtsgesellschaft, der die Kanalfähren gehören. Ihre 1985 in der „Financial Times“ veröffentlichte „Antiwerbung“ warf London eine „auf den Tunnel verengte Sicht“ vor, erklärte, Fähren seien ein billigeres und bequemerer Verkehrsmittel, und prophezeite, daß die Baukosten den britischen Haushalt schwer belasten würden. Im letzten Punkt sollten sie ganz offensichtlich recht haben...

lern und tollwütigen Ratten über die gelobte Insel herfallen werden.

Möglicherweise erklärt sich durch eine solche Xenophobie auch der Umstand, daß die Briten nicht sonderlich daran interessiert sind, die veralteten Straßen- und Eisenbahnverbindungen zu verbessern. Die Briten wollen die Gewißheit haben: Wenn diese Barbaren irgendwann einmal vom Kontinent herüberkommen, sollen sie sogleich im dichten Verkehr steckenbleiben oder aber auf die langsamen, überfüllten und oft überhaupt nicht existierenden Züge warten müssen. Wegen der Opposition von Umweltschutzorganisationen in der südenglischen Grafschaft Kent, wo der Tunnel verlaufen wird, haben die Britischen Eisenbahnen den Bau einer Schnellverbindung nach London zumindest um ein Jahr verschoben. Infolge der Umweltschutzmaßnahmen sollen die geplanten Kosten von 1,5 Md. auf mehr als 3,5 Md. Dollar steigen, was die Möglichkeiten des privaten Sektors spürbar übersteigt. Doch das Tunnelbaugesetz untersagt staatliche Subventionen für eine beliebige Anschlussstrecke.

Andererseits ist die französische Regierung so am Ergebnis ihrer Kapitalinvestitionen interessiert, daß die staatliche französische Eisenbahngesellschaft den Briten Bargeld und Konzessionen bietet, damit sie eine Bahnverbindung vom Tunnel bis London bauen. Selbst wenn diese Angebote akzeptiert werden, kann der „Chunnel“ mit London nicht vor 1998, fünf Jahre später als geplant, verbunden werden.

„Welchen Sinn hat es, einen 11 Md. Dollar teuren Tunnel unter dem Ärmelkanal zu bauen, den auf französischer Seite Züge, die eine Geschwindigkeit von bis zu 290 km/h entwickeln, auf britischer Seite aber Bummelzüge, die heute schon ihre Möglichkeiten erschöpft haben, bedienen werden?“, fragt Alastair Morton besorgt. „Ja, das ist völlig sinnlos“, antworten da manche Einwohner von Kent zufrieden, die vor allem darüber besorgt sind, daß sich „Tausende von Ausländern in ihren Städten herumtreiben werden“.

Doch ist der Tunnel fertiggestellt, werden sich Millionen Autotouristen, die wie erwartet wird, in den 90er Jahren von ihm Gebrauch machen können, nicht besser fühlen als die Bahn-

reisenden. Der britische Parlamentsausschuß für Verkehrswesen verurteilte kürzlich die offizielle Passivität bei den Straßenproblemen, die sich mit dem Bau des Tunnels stellen werden. Während die Franzosen drei neue Autobahnen von der Tunneleinfahrt bei Calais bauen – letztere sind dem nationalen französischen Fernstraßennetz angeschlossen –, machte den Briten offenbar die Zunahme der Verkehrsbelastung im auch ohnehin überlasteten Südosten des Landes, wo die Durchschnittsgeschwindigkeit auf den Straßen nur an die 50 km/h beträgt, keine Sorgen.

Diese ganz offensichtlich fehlende Begeisterung der Briten erklärt sich durch ihr Besitzdenken. Bei Protesten gegen neue Autostraßen und Bahnstrecken wird nicht selten erklärt, sie würden den Wert der Häuser in den entsprechenden Regionen verringern. Paradoxerweise scheint das die Einwohner Nordfrankreichs unweit des „Channels“ wenig zu kümmern, wo die Briten aufgefordert werden, in Grundstücke zu investieren, die ihren Wert behalten werden.

Eine Immobilienfirma nutzt sogar die Bahnverbindung nach

Paris, um ihren Besitz in der Region zu mehren.

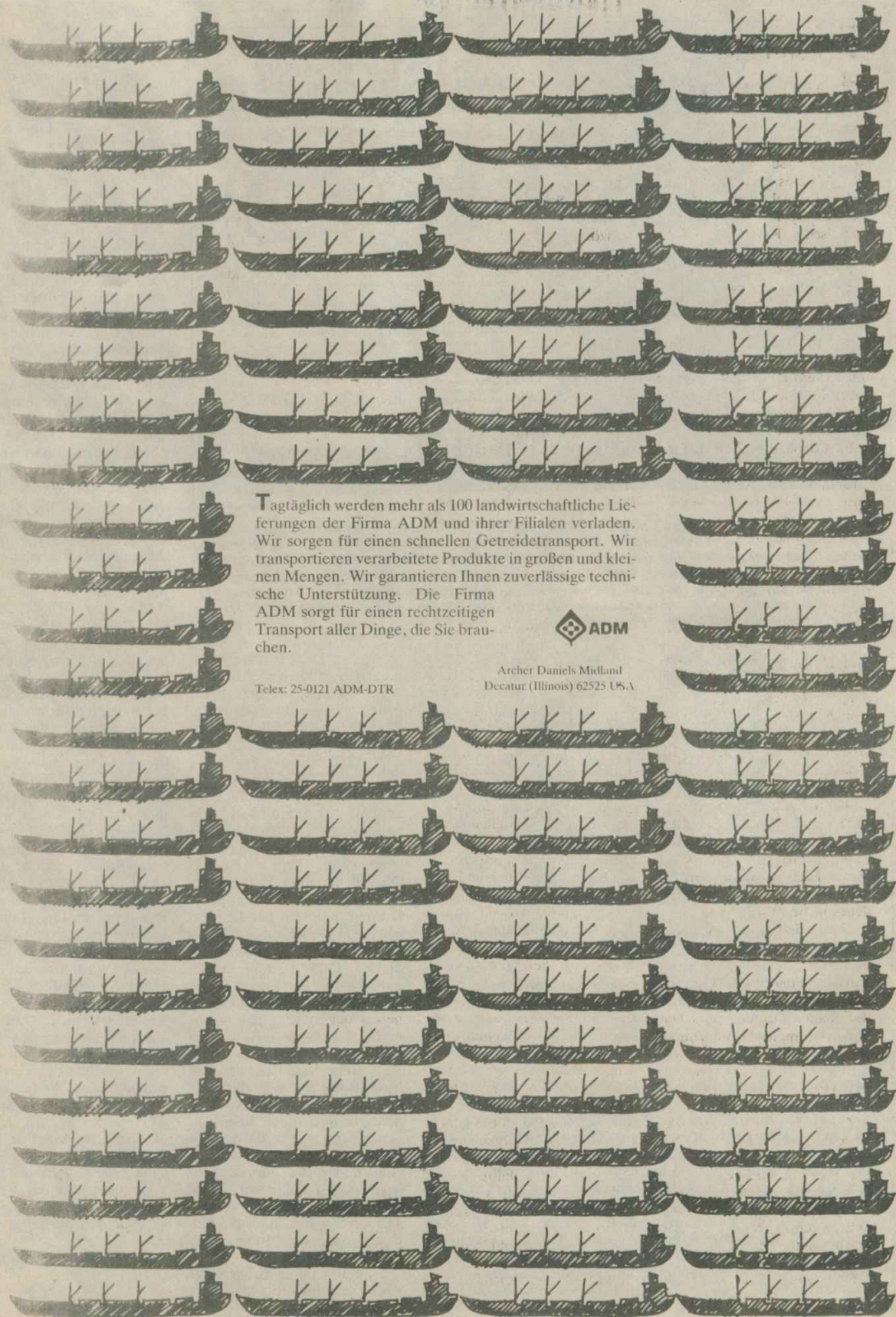
Die Haltung der Briten zu dem Problem, die vom Prinzip „nur nicht über mein Grundstück“ bestimmt ist, kann sie teuer zu stehen kommen. Britische Unternehmen werden Vorbereitungsarbeiten auf ihrer Seite der Küste einfach ablehnen und auf der anderen Seite des Ärmelkanals im Raum von Calais Aktivitäten entwickeln. Wie Rene Classe, Präsident des Rates für die wirtschaftliche Entwicklung von Calais, erklärte, sind etwa 25 Prozent der Arbeiter in „dieser englischsten Stadt Kontinental-Europas“ für britische Firmen oder für Unternehmen, die enge Geschäftsverbindungen zu Großbritannien unterhalten, tätig.

Möglicherweise wird man das Problem der enormen Kosten des Projekts doch lösen können, je mehr ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, um Gelder für den Abschluß des Vorhabens locker zu machen. Natürlich versäuen die Franzosen und manche weitsichtige Briten, daß ein erfolgreicher Abschluß des Bauvorhabens dringend notwendig ist. Doch selbst wenn der Tunnel 1993 eingeweiht wird, ist es mit den Schwierigkeiten noch nicht vorbei. Eurotunnel wird noch der Besorgnis der britischen Öffentlichkeit, die sich nationale Probleme eher als transnationale angelegen sein läßt, entgegenstehen müssen. Der Tunnel wird die Besorgnis dieser europäischen Nation zerstreuen müssen, die von Reisen nach Europa spricht, obwohl sie selbst im Grunde in Europa liegt, die Besorgnis um ihre Kultur, die von ihr immer noch getrennt von der des übrigen Europas gesehen wird, als seien es zwei verschiedene Welten.

Vielleicht ist der „Chunnel“ die letzte Chance, Großbritannien physisch wie psychologisch mit dem europäischen Kontinent zu verbinden. Wie ein Einwohner von Paris kürzlich sagte, sieht er Großbritannien als einsame Insel, die im Atlantik driftet, während das übrige Europa sich einträchtig auf eine neue Zukunft zubewegt.

Der Abschluß des Ärmelkanaltunnels könnte für die Briten wichtiger sein als sie glauben.

Amber Kennedy
LONDON,
GROSSBRITANNIEN



Tagtäglich werden mehr als 100 landwirtschaftliche Lieferungen der Firma ADM und ihrer Filialen verladen. Wir sorgen für einen schnellen Getreidetransport. Wir transportieren verarbeitete Produkte in großen und kleinen Mengen. Wir garantieren Ihnen zuverlässige technische Unterstützung. Die Firma ADM sorgt für einen rechtzeitigen Transport aller Dinge, die Sie brauchen.



Telex: 25-0121 ADM-DTR

Archer Daniels Midland
Decatur (Illinois) 62525 USA

Triumph des Tunnels

Früher war die Tsugaru-Straße ein Symbol des Leids und der Trostlosigkeit für viele Japaner. Heute ist er ein Symbol der ingenieurtechnischen Kunst und Quelle des nationalen Stolz.

Nicht vergessen hat man den entsetzlichen Taifun, der im September 1954 über die Waserstraße brauste und in nur wenigen Tagen fünf überfüllte Fähren, die zwischen den Städten Aomori auf der größten Insel Honshu und Hakodate auf Hokkaido kursierten, untergehen ließ. Über 1430 Menschen kamen dabei ums Leben. Eine dieser Tragödien wurde zur Grundlage des Romans „Die Straße des Hungers“, seinerzeit eines Bestsellers.

Der Bau des Seikan-Tunnels unter der Tsugaru-Straße brachte den Geist der Erneuerung in den Norden des japanischen Inselreiches.

Der Bahnverkehr durch den mit 53 800 m weltweit längsten Tunnel wurde im März 1988 zwischen Aomori und Hakodate eröffnet. Eines der bedeutendsten ingenieurtechnischen Projekte Japans kostete das Land über 5 Md. Dollar und fast 24 Jahre angespannter Arbeit.

Wenn auch die Euphorie nach der Eröffnung des Tunnels einer nüchternen Einschätzung gewichen ist – dieses Ereignis kann man als sozial wie ökologisch sehr bedeutsam bezeichnen.

„Von der Eröffnung des Tunnels hat unsere Stadt sehr profitiert“, erklärte Tetsuro Yokoi, Generaldirektor der Abteilung für Planungspolitik der Stadtverwaltung von Hakodate. „Immer mehr Touristen kommen über den Tunnel von Honshu zu uns, und für alle Hotels ist das ein gutes Geschäft.“

Zudem fand der erfolgreiche Abschluß dieses komplizierten Projekts die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Heute tauschen japanische Projektanten Erfahrungen mit französischen Kollegen aus, die den Tunnel unter dem Ärmelkanal bauen.

Die japanischen Eisenbah-

nen ihrerseits nahmen auf der Linie Tokio – Hokkaido einen neuen Expres mit komfortablen Schlafwagen, Duschräumen, Videosalons und französischer Küche in Betrieb – etwas Außergewöhnliches in Japan. Wie zu erwarten war, findet der Service im neuen Zug enormen Anklang bei den Fahrgästen – von den Kindern bis hin zu alten Ehepaaren. Alle Plätze für das Wochenende sind schon vorher ausverkauft. Wie ein führender Mitarbeiter der japanischen Eisenbahn sagte, hat sich die Vorstellung von Bahnreisen nach Hokkaido stark verändert. Die Gesamtzahl der Reisenden in den Zügen, die die Tsugaru-Straße passieren, nahm im ersten Jahr der Inbetriebnahme des Tunnels um 59 Prozent zu und erreichte 3 285 000 Reisende gegenüber 2 065 600 im Jahre 1986, als man von den Fährdiensten abhing.

Als wahre Goldgrube erwies sich die neue Bahnverbindung nach Honshu auch für die Einwohner von Hakodate. Über zehn Jahre litt diese Stadt unter der Rezession in den Schlüsselindustrien. Infolge der Ausweitung der Wirtschaftszonen durch die USA, die UdSSR und einige andere Staaten auf 200 Meilen verloren viele japanische Fischer ihre traditionellen Fanggründe. Der Schiffsverkehr und die Hafenwirtschaft mußten Einbußen hinnehmen, da ausländische Konkurrenten, z. B. Südkorea, auf den Weltmarkt traten, wo stets Japan dominierte.

Der Seikan-Tunnel war offenbar der Stimulus, den die hiesige Wirtschaft so braucht.

Die schnelle Zunahme des Tourismus ist der größte Vorteil, den der neue Tunnel Hakodate brachte. Die Zahl der Touristen, die die Stadt besuchten, stieg auf 3,9 Millionen im Finanzjahr 1988 gegenüber 2,9 Millionen zwei Jahre zuvor. Wie Yokoi meint, wird ihre Zahl im laufenden Finanzjahr 4 Millionen erreichen. Er unterstrich, daß, obwohl Sapporo wichtigstes Zentrum von Hokkaido bleibt, immer mehr Rei-

sende geschäftlich nach Hakodate kommen oder um dessen Sehenswürdigkeiten kennenzulernen. Dem kürzlichen Bericht einer hiesigen Bank zufolge geht es den 12 neuen Hotels wirtschaftlich gut, da die Eröffnung des Tunnels ihnen Touristen brachte, was es ermöglicht, die Bettenkapazitäten der Hotels zu mehr als 80 Prozent auszulasten. Ferner sollen in nächster Zukunft neue große Objekte an der Küste und in anderen Teilen der Stadt in Betrieb genommen werden.

Um das Potential von Hakodate effektiver als neuen Markt nutzen zu können, begannen sich große Tokioter Firmen dort ein Sprungbrett für ihre Tätigkeit zu schaffen oder sie zu intensivieren. So richtete die Nippon Denpa Kogyo, eine Tokioter Firma, die Quarzschwingungsgeneratoren erzeugt, im März v. J. eine Filiale in Hakodate in der Hoffnung ein, hochqualifizierte Arbeitskräfte aus der Stadt zu gewinnen und ihre neuen Verkehrsmöglichkeiten zu nutzen.

„Der Bau des Tunnels bedeutet, daß das Netz der Shinkanzen-Expreszüge in Zukunft auch Hakodate erfassen wird“, erklärte Yuzo Tamano, Repräsentant der Firma Nippon Denpa Kogyo. „Zusammen mit dem bequemen Flughafen und der Fährverbindung bietet der Tunnel enorme Möglichkeiten für die Entwicklung des Big Business in Hakodate.“

Der Bau des Tunnels war von Bedeutung nicht nur für die Regionen in unmittelbarer Nachbarschaft, sondern für ganz Japan. Neben der Kette von Seto-Ohashi-Brücken, die Honshu seit April 1988 mit Shikoku verbindet, neben dem Tunnel unter der Kanmon-Straße, durch den der Bahnverkehr bereits 1942 aufgenommen wurde, und neben der 1973 abgeschlossenen Brücke über die Kanmon-Straße zwischen Kyushu und Honshu vollendet der neue Tunnel das System der Verkehrsverbindungen zwischen den größten Inseln Japans.

Daß die Inseln durch die neuen Bahnverbindungen so einander näher kamen, trug dazu bei, daß einige Firmen wie Frachtunternehmen jetzt weniger abhängig sind vom Luft-, vom Seeverkehr und anderen Verkehrsarten. So nahm im Finanzjahr 1989 die

Zahl der Container, die von der japanischen Eisenbahngesellschaft befördert wurden, auf den Strecken von Honshu nach Hokkaido um 26 Prozent und auf den Verbindungen von Honshu nach Shikoku um 38 Prozent zu.

Die Zunahme des Bahnfrachtverkehrs durch den Bau des neuen Tunnels ist nach Meinung von Fachleuten keine ernsthafte Gefahr für die Fährdienste und den Luftverkehr, wie das einige befürchtet hatten. Und das erklärt sich ihrer Meinung nach dadurch, daß der jetzige Wirtschaftsboom in Japan zu einer Zunahme der Gesamtnachfrage nach Frachtleistungen führte und mögliche negative Folgen gar nicht erst aufkommen ließ. Im Finanzjahr 1988 stieg die Zahl der Fährbenutzer auf 361 761, d. h. um 56 Prozent gegenüber 230 526 zwei Jahre zuvor. In den letzten beiden Jahren ging entgegen den Prophezeiungen vieler selbst die Zahl der Lkws, die mit den Fähren transportiert wurden, nach der Inbetriebnahme des Seikan-Tunnels keineswegs zurück, sondern nahm noch, wenn auch nicht stark, zu.

Natürlich kann die schnelle Entwicklung der Verkehrssysteme in der gesamten Region auch negative Folgen für die Menschen dort haben. Die Immobilienpreise in den zentral gelegenen Stadtvierteln von Hakodate ziehen jäh an, während einige örtliche Betriebe die Konkurrenz seitens der großen Unternehmen aus großen Städten fürchten, von Firmen, die ihre Tätigkeit auf Hakodate immer mehr ausweiten.

Doch wie ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung sagte: „Die positive Wirkung ist stärker als alle Besorgnis. Wir hoffen, daß die günstigen Tendenzen unverändert bleiben werden, da ein solcher Tunnel seit eh und jeh der Traum vieler Einwohner von Hakodate war.“

Die tragische Geschichte der Tsugaru-Straße, ihre finsternen, unerbittlichen Wellen inspirierten seinerzeit zahlreiche traurige Lieder. Auch wenn die Lieder bleiben – der Seikan-Tunnel hat mit dieser Vorstellung aufgeräumt.

Katsuro Kitamatsu
TOKIO, JAPAN

Präsentation:
Dr. jur. habil.
Valeri SORJKIN

Der Erneuerungsprozeß und die Befreiung von überkommenen Dogmen eröffnet uns die Möglichkeit einer wirklich wissenschaftlichen Analyse und folglich richtigen Diagnose einer Erscheinung, die man oft als „russischen „Kommunismus“ bezeichnet. Hierbei geht es um die Ideologie und Praxis einer der beiden Abarten von Totalitarismus, die uns durch die Schrecken von Auschwitz und Gulag gezwungen haben, uns die Prophezelungen der Apokalypsis in Erinnerung zu rufen.

Bekanntlich wird die Wahrheit im Streit, in der offenen Diskussion zwischen vielen geboren. Sie war allerdings unmöglich, als Oberpriester, Gesetzgeber, Richter und Vollstrecker zu einer Person verschmolzen. Deshalb wurden alle Interpretationen und ihre Autoren, die vom offiziell geprägten Mythos abwichen, zu Opfern der politischen Inquisition. Der bemerkenswerte russische Denker Nikolai Berdjajew hatte Glück: 1922 wurde er auf einen Befehl von Lenin mit anderen Intellektuellen sei-

nes Geburtslandes verwiesen. Berdjajews Werke begründeten seinen Ruhm als einer der großen Philosophen des 20. Jahrhunderts. Wir veröffentlichten seine Überlegungen zu Revolution, Sozialismus und Religion aus seiner Arbeit „Ursprung und Bedeutung des russischen Kommunismus“. Dieses Werk wurde 1937 zum erstenmal übersetzt vorgelegt. 1955 kam es in Paris in Russisch heraus.

Diejenigen, die hierzulande Ideen lenkten, versuchten in der Art eines Orwellischen Propagandaministeriums Berdjajew als Apologeten des Kapitalismus darzustellen. In Wirklichkeit aber war sein Ideal eine klassenlose Gesellschaft, die man durchaus als kommunistisch bezeichnen konnte! Berdjajew verband die Erinnerung dieser Weltordnung mit der Verwirklichung des vernünftigen Prinzips im Menschen und in der menschlichen Gesellschaft und faßte es als evolutionäres historisches Fernziel auf. Den Weg zu diesem Ziel der Geschichte sah er in der Herausbildung und Festigung einer neuen Religion des Geistes, welche die Beschränktheit und Einseitigkeit der bestehenden Weltreligionen, darunter auch des Christentums, aufheben sollte. Idealismus? In gewisser Hin-

sicht ja.

Aber auch Realismus, denn zu Recht wies Berdjajew alle Versuche eines sprunghaften Übergangs zum Kommunismus unter dafür ungeeigneten Voraussetzungen als utopisch zurück. Seiner Ansicht nach ist das, was zur russischen Variante des Kommunismus wurde, nicht nur utopisch, sondern auch gefährlich. Seine Quellen und sein Wesen sah er in spezifischen Traditionen und Tendenzen russischen religiösen wie auch weltlichen Denkens und Lebens. Hier müssen auch die Ursprünge für das Hinüberwachen einer sozialistischen Bewegung in ein totalitäres Regime gesucht werden. In ihm vereinten sich militante Bekehrungswut mit der Leugnung des individuellen Selbstwerts, dessen Rechte in einer nicht mehr kritisierbaren und absoluten Allgemeinheit aufgelöst wurden, und einer unglaublichen Intoleranz. Es sind dies die Vorbedingungen der russischen Realität. Ergänzt wurden sie noch durch das Bestreben, den Fluß des öffentlichen Lebens mit Gewalt umzuleiten. Dieses durch nichts gezügelte Bestreben wuchs zur Gewalt aus. Infolgedessen wurde Berdjajews Ansicht zufolge der russische Kommunismus zu einer Art manichäischer Mythenbildung, die

Politische
Gedanken

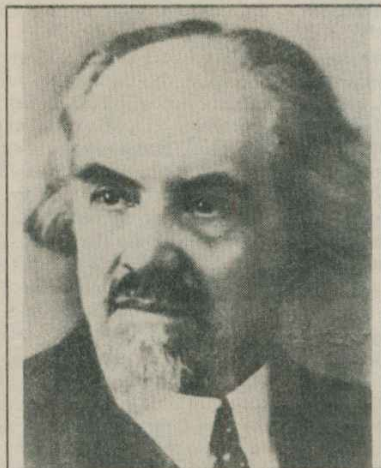
des **20.**
Jahrhunderts

einer abscheulichen Praxis übergestülpt wurde. Außerdem wurde er zur Ersatzreligion. Der Kampf gegen das Christentum führte dabei praktisch zur Leugnung der in den Evangelien enthaltenen Lehre der gesamten menschlichen Werte, dessen wichtigster die Würde und die Freiheit der Person darstellt.

Berdajew, der die „Versuchung durch den Marxismus“ am eigenen Leib erfahren hatte, artikulierte seine Wertung der gefährlichen Tendenzen einer sozialistischen Bewegung in Rußland bereits kurz nach der Revolution von 1905, unter anderem auch in dem berühmten Sammelband „Wechi“. Damals kam der von den Autoren angeregte runde Tisch nicht zustande.

Der russische Kommunismus

Nikolai Berdjajew (1874 – 1948)



Die Russen haben den Marxismus anfänglich überwiegend von der objektiv-wissenschaftlichen Seite aufgefaßt. Am meisten faszinierte sie die Lehre von Marx, daß der Sozialismus ein notwendiges Ergebnis der objektiven ökonomischen Entwicklung, daß er durch die Entwicklung der materiellen Produktivkräfte selbst determiniert ist. Das wurde als ein hoffnungsvolles Element aufgenommen. Die russischen Sozialisten fühlten, daß sie nicht länger in der Luft, über einem Abgrund hingen. Sie fühlten sich jetzt als „wissenschaftliche“, nicht mehr als utopische, nicht mehr als verträumte Sozialisten. Der „wissenschaftliche Sozialismus“ wurde zu einem Gegenstand des Glaubens. Die feste Zuversicht in die Verwirklichung des heißersehnten Ziels aber, die der wissenschaftliche Sozialismus bietet, ist mit industrieller Entwicklung und der Herausbildung einer Klasse von Fabrikarbeitern verbunden. In einem Land, das ausschließlich landwirtschaftlich und bäuerlich bleibt, kann diese Zuversicht jedoch nicht aufkommen. Deshalb mußten die ersten russischen Marxisten vor allem die Weltanschauung der Volkstümmer verwerfen und nachweisen, daß der Kapitalismus sich in Rußland entwickelt und entwickeln muß.

Der Marxismus wurde jedoch unterschiedlich verstanden. Für die einen bedeutete die Entwicklung der kapitalistischen Industrie in Rußland Hoffnung auf den Sieg des Sozialismus. Eine Arbeiterklasse entsteht. Man muß alle seine Kräfte in die Bewußtseinsentwicklung dieser Klasse stecken. Das sagte Plechanow: „Der Kapitalismus hat die ganze Dynamik unseres gesellschaftlichen Lebens hinter sich.“ Als er das sagte, dachte er nicht so sehr an die Industrie, sondern an die Arbeiter. Für andere, vorwiegend für die legalen Marxisten, wurde die Entwicklung der kapitalistischen Industrie zum Selbstzweck, während die revolutionäre und klassenmäßige Seite des Marxismus in den Hintergrund trat. Das trifft vor allem auf den Repräsentanten des

bürgerlichen Marxismus Pjotr Struwe zu. Die russischen Sozialdemokraten und Marxisten, die man später als „Menschewiki“ bezeichnete, hielten sehr viel von der These, daß die sozialistische Revolution nur in einem Land mit entwickelter kapitalistischer Industrie möglich ist. Deshalb wird eine sozialistische Revolution in Rußland erst möglich sein, wenn es nicht mehr länger vorwiegend ein Bauern- und Agrarland ist. Dieser Typ von Marxisten schätzte die objektiv-wissenschaftliche, deterministische Seite des Marxismus immer hoch ein, bewahrte sich aber die subjektive, revolutionärklassenmäßige Seite des Marxismus. Die ständigen Gespräche der ersten

Marxisten über die Notwendigkeit, in Rußland den Kapitalismus zu entwickeln, und daß sie bereit seien, diese Entwicklung zu begrüßen, führten dazu, daß der alte Volkstümler Lew Tichomirrow, der später ins reaktionäre Lager wechselte, die Marxisten beschuldigte, sie seien zu Rittern der ursprünglichen Akkumulation geworden.

Die Marxisten hielten die Volkstümler für Reaktionäre und Parteigänger überholter Wirtschaftsformen, während die Volkstümler die Marxisten für Parteigänger des Kapitalismus hielten, die sich dazu hergaben, der Entwicklung des Kapitalismus zu dienen. Tatsächlich mußte der russische Marxismus, entstanden in einem Land, das noch nicht industrialisiert war und noch kein entwickeltes Proletariat hatte, sich in dem moralischen Widerspruch zerfleischen, der das Gewissen vieler russischer Sozialisten belastete. Wie konnte man die Entwicklung des Kapitalismus herbeisehnen, diese Entwicklung begrüßen und gleichzeitig den Kapitalismus für ein Übel und eine Ungerechtigkeit halten, gegen die jeder Sozialist kämpfen mußte? Diese komplizierte dialektische Frage schafft einen moralischen Konflikt. Schon der klassische Marxismus enthielt diese Ambivalenz in seiner Einschätzung von Kapital und Bourgeoisie.

Weil Marx einen evolutionären Standpunkt eingenommen und die Existenz verschiedener Abschnitte in der Geschichte anerkannt hatte und weil die auf sie bezogene Wertung sich verändert, hatte er eine hohe Meinung von der Bourgeoisie in der Vergangenheit und von der Rolle des Kapitalismus bei der Entwicklung der materiellen Macht der Menschheit. Die ganze Konzeption des Marxismus hängt sehr von der Entwicklung des Kapitalismus ab und knüpft die messianische Idee des Proletariats, die schon nichts mehr mit Wissenschaft gemein hat, an die kapitalistische Industrie. Der Marxismus glaubt, daß nichts außer der Fabrik den neuen Menschen schafft. Diesen moralischen Konflikt sollten erst Lenin und die Bolschewiki lösen. Der Marxist Lenin sollte behaupten, daß der Sozialismus in Rußland, ohne das nötige Entwicklungsniveau des Kapitalismus hinter sich zu haben, vor der Herausbildung einer zahlenmäßig starken Arbeiterklasse verwirklicht werden kann. Plechanow wiederum sprach sich gegen die Kombination einer Revolution, die eine monarchistische Selbstherrschaft stürzt, mit einer sozialen Revolution aus. Er war gegen die revolutionäre sozialistische Machtergreifung, das heißt, er war von vornherein gegen die kommunistische Revolution in der Form, wie sie sich abgespielt hat. Mit der sozialen Revolution solle man sich Zeit lassen.

Bei einer solchen Anwendung marxistischer Prinzipien auf Rußland hätte die soziale Revolution jedoch allzu lange warten müssen. Die Möglichkeit einer unmittelbaren sozialistischen Tätigkeit in Rußland war in Frage gestellt. Der revolutionäre Wille hätte durch intellektuelle Theorie endgültig zerdrückt werden können. Die am meisten revolutionär gesinnten russischen Marxisten hätten den Marxismus dann anders auslegen, neue Theorien für die russische Revolution finden und eine neue Taktik entwickeln müssen. Auf diesem Flügel des russischen Marxismus gewann der revolutionäre Wille die Oberhand über intellektuelle Theorien und die Marxismus-Auslegung des Elfenbeinturms. Es kam zu einer unbemerkten Verbindung von Traditionen des revolutionären Marxismus mit alten russischen revolutionären Traditionen, die kein Verlangen danach hatten, kapitalistische Stadien in der Entwicklung Rußlands zuzulassen, also mit Tschernyschewski, Bakunin, Netschajew und Tkatschow. Diesmal wurde nicht Fourier, sondern Marx mit Stenka Rasin gekoppelt. Die Bolschewiki-Marxisten steckten sehr viel tiefer in der russischen Tradition als die Menschewiki-Marxisten. Auf dem Boden eines evolutionären und deterministischen verstandenen Marxismus hätte man die profetische sozialistische Revolution in einem industriell zurückgebliebenen Bauernland mit schwach entwickelter Arbeiterklasse nie rechtfertigen dürfen. Bei einem solchen Verständnis von Marxismus mußte man zuerst auf eine bürgerliche Re-

volution und die Entwicklung des Kapitalismus rechnen und erst dann eine sozialistische Revolution vollziehen. Für eine Exaltierung des revolutionären Willens wäre das nicht besonders günstig gewesen.

Es kam zu einer immer tieferen Spaltung innerhalb des russischen Marxismus in einen orthodoxen und stärker revolutionär gesinnten Flügel und in einen kritischen, stärker reformistisch gesinnten Flügel. Der Unterschied zwischen „orthodoxem“ und „kritischem“ Marxismus war sehr relativ, weil der „kritische“ Marxismus in mehrerer Hinsicht näher an der wissenschaftlichen und deterministischen Seite des Marxismus war als der „orthodoxe“ Marxismus, der aus dem Marxismus in Beziehung auf Rußland völlig eigenständige Schlußfolgerungen zog, die Marx und Engels kaum hätten durchgehen lassen. Der auf Deutsch schreibende Ungar Lukacs, der klügste schreibende Kommunist, der sich durch enorme Gedankenschärfe auszeichnet, bietet eine eigene und für meine Begriffe richtige Definition des revolutionären Charakters.

Revolutionärer Charakter wird keineswegs durch die Radikalität der Ziele und auch nicht durch das Wesen der Mittel, die im Kampf angewendet werden, bestimmt. Revolutionärer Charakter ist **Totalität**, die Ganzheit in der Einstellung zu jedem

einzelnen Lebensakt. Ein Revolutionär ist, der jeden von ihm vollzogenen Akt in Beziehung zum Ganzen stellt, zur ganzen Gesellschaft, jemand, der diesen Akt der zentralen und umfassenden Idee unterordnet. Für den Revolutionär gibt es keine unterschiedlichen Lebensbereiche, er akzeptiert keine Aufspaltung, er akzeptiert keine Autonomie des Denkens gegenüber dem Handeln und keine Autonomie des Handelns gegenüber dem Denken. Der Revolutionär hat eine integrale Weltanschauung, in der Theorie und Praxis organisch miteinander verschmelzen. Totalität in allem: Das ist das besondere Kennzeichen einer revolutionären Lebenshaltung.

Der kritische Marxismus mochte dieselben Endziele haben wie der revolutionäre Marxismus, der sich für orthodox hielt, aber er erkannte unterschiedliche, autonome Lebensbereiche an und behauptete keine Totalität. Man kann zum Beispiel Marxist im sozialen Bereich sein und dabei kein Materialist, sondern vielleicht sogar Idealist sein. Man kann bestimmte Seiten der marxistischen Weltanschauung kritisieren. Der Marxismus war keine ganzheitliche, totalitäre Doktrin mehr, sondern er wurde zu einer Methode in der sozialen Erkenntnis und im sozialen Kampf. Das ist gegen den Totalitarismus des revolutionären Typs. Die russischen Revolutionäre waren auch in der Vergangenheit immer total. Die Revolution war für sie eine Religion und eine Philosophie, und nicht nur ein Kampf, der mit der sozialen oder politischen Seite des Lebens im Zusammenhang stand. Also mußte sich ein russischer Marxismus herausbilden, der diesem revolutionären Typ und diesem revolutionären totalitären Instinkt entsprach. Das waren Lenin und die Bolschewiki.

Dieser „orthodoxe“ Marxismus, ein in Wirklichkeit russisch transformierter Marxismus, nahm vor allem nicht die deterministische, evolutionäre und wissenschaftliche Seite des Marxismus auf, sondern seine messianische, mythologisierende und religiöse Seite, die eine Exaltation des revolutionären Willens zuließ und den revolutionären Kampf des Proletariats in den Vordergrund stellte, der von einer organisatorischen Minderheit angeführt wird, die von der bewußten proletarischen Idee inspiriert ist.

Nicht den revolutionären Volkstümlern, sondern dem orthodoxen und totalitären Marxismus war es vergönnt, eine Revolution zu vollziehen, in der Rußland das Stadium der kapitalistischen Entwicklung übersprang, das den ersten russischen Marxisten so notwendig erschienen war. Das entsprach ganz den russischen Traditionen und Instinkten des Volkes. Zu dieser Zeit hatten sich die Illusionen der revolutionären Volkstümler überlebt, war der Mythos vom Volksbauernum gefallen. Die revolutionäre Intelligenz wurde vom Volk nicht akzeptiert. Ein neuer revolutionärer Mythos mußte her. Der Mythos vom Volk wurde ersetzt durch den

Mythos vom Proletariat. Der Marxismus hatte den Begriff vom Volk als einem ganzheitlichen Organismus in Klassen mit entgegengesetzten Interessen zerlegt. Dafür erstand im Mythos vom Proletariat der Mythos vom russischen Volk wieder neu. Es fand gewissermaßen eine Identifizierung zwischen russischem Volk und Proletariat, zwischen russischer Heilslehre und der Mission des Proletariats statt. Es erstand das Sowjetrußland der Arbeiter und Bauern. In ihm vereinigten sich die Volks-Bauern mit den Volks-Proletariern in direktem Gegensatz zu allem, was Marx gesagt hatte, der die Bauernschaft für eine kleinbürgerliche reaktionäre Klasse hielt. Der orthodoxe totalitäre Marxismus hatte verboten, von den widersprüchlichen Interessen des Proletariats und der Bauernschaft zu sprechen. Daran scheiterte Trotzki, der dem klassischen Marxismus treu bleiben wollte. Die Bauernschaft wurde zur revolutionären Klasse erklärt, obwohl die Sowjetregierung andauernd, manchmal auch sehr grausam, gegen sie kämpfen mußte. Lenin ging auf neue Art zum traditionellen alten russischen revolutionären Denken zurück. Er verkündete, daß die industrielle Rückständigkeit Rußlands und der hier nur keimhaft angelegte Kapitalismus ein großer Vorteil für die soziale Revolution seien. Man habe es nicht mit einer starken organisierten Bourgeoisie zu tun. Hier mußte Lenin wiederholen, was vor ihm schon Tkatschow, was aber auf gar keinen Fall Engels gesagt hatte. Der Bolschewismus ist sehr viel traditioneller, als man gemeinhin denkt, er stimmt einem originär russischen historischen Prozeß zu. Damit fand die Russifizierung und Orientalisierung des Marxismus statt.

Der russische Kommunismus ist stärker mit russischen Traditionen verbunden, als man gemeinhin denkt.

Der Marxismus war ein Zusammenbruch für die russische Intelligenz, war ein Eingeständnis ihrer Schwäche. Hier fand nicht einfach eine Veränderung der Weltanschauung, sondern die Veränderung der seelischen Struktur statt. Der russische Sozialismus fiel weniger emotional und sentimental und dafür intellektuell fundierter und brutaler aus. Die ersten russischen Marxisten waren mehr Europäer, mehr Menschen des Westens als die Volkstümer. In ihnen wurde der Wille zur Macht wach, zur Anhäufung von Stärke, so daß eine Ideologie der Stärke entstand. Das Motiv des Mitleids wird abgeschwächt und bestimmt schon nicht mehr den Typ des revolutionären Kampfes. Die Einstellung zum Volk-Proletariat wird schon nicht mehr so sehr durch Mitleid mit seiner unterdrückten und unglücklichen Stellung geprägt, als vielmehr durch den Glauben daran, daß es siegen muß, daß es die kommende Kraft und der Befreier der Menschheit ist. Bei allen seelischen Veränderungen in der Intelligenz ist der wesentliche Untergrund jedoch geblieben, nämlich das Suchen nach einem Reich der sozialen Wahrheit und Gerechtigkeit, Selbstaufopferung, asketische Einstellung zur Kultur, eine ganzheitliche, totalitäre Einstellung zum Leben, die durch das wichtigste Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus, definiert wird.

Von Anfang an war der russische Marxismus eine komplizierte Erscheinung, er enthielt verschiedene Elemente. Das machte sich auch später wieder bemerkbar. Wenn die religiöse Energie versiegt, versiegt auch der Enthusiasmus, und Selbstsucht tritt wieder in Erscheinung, die auch im Kommunismus durchaus möglich ist.

Dennoch verwirklicht der Fünfjahrplan kein Reich des Sozialismus, er verwirklicht den Staatskapitalismus. Als höchster Wert gelten nicht die Interessen der Arbeiter, nicht der Wert des Menschen und der menschlichen Arbeit, sondern die Stärke des Staates und seine wirtschaftliche Macht. Nicht ohne Grund kann man sich den Kommunismus im Zeitabschnitt des Stalinismus als Fortsetzung der Geschäfte Peters des Großen vorstellen. Die Sowjetmacht ist nicht nur die Macht der kommunistischen Partei, die darauf Anspruch erhebt, die soziale Wahrheit durchzusetzen, sie ist ebenso gut Staat und hat das objektive Wesen jedes Staates. Sie ist an der Verteidigung des Staates und seiner ökonomischen Entwicklung interessiert, ohne die die Macht zusammenbricht. Jeder Macht ist der Selbsterhaltungstrieb wesenseigen, der zu ihrem

Hauptziel werden kann. Stalin ist ein Staatsmann orientalischen, asiatischen Zuschnitts. Der Stalinismus, also der Kommunismus in der Aufbauperiode, artet unmerklich in eine Art russischen Faschismus aus. Er weist alle Besonderheiten des Faschismus auf: den totalitären Staat, Staatskapitalismus, Nationalismus, Führerverehrung und als Basis eine militarisierte Jugend. Lenin war noch kein Diktator im modernen Sinne dieses Wortes. Stalin ist bereits Führer und Diktator im modernen faschistischen Sinne. Seinem objektiven Sinn nach ist der sich vollziehende Prozeß ein Integrationsprozeß, die Sammlung des russischen Volkes unter dem Banner des Kommunismus.

In Rußland wächst nicht nur kommunistischer, sondern auch sowjetischer Patriotismus, der nichts weiter ist als russischer Patriotismus. Der Patriotismus eines großen Volkes aber muß Glaube an die große und weltweite Mission dieses Volkes sein, sonst ist er provinzieller Nationalismus, auf sich selbst bezogen und seiner weltweiten Perspektiven beraubt. Die Mission des russischen Volkes wird erkannt als Verwirklichung der sozialen Wahrheit nicht nur in Rußland, sondern für die Menschheit der ganzen Welt. Auch das entspricht den russischen Traditionen. Grauenhaft ist nur, daß die Erfahrungen bei der Verwirklichung der sozialen

Wahrheit mit Gewalt, Verbrechen, Grausamkeit und Lüge, furchterlicher Lüge assoziiert werden.

Das Wesen der russischen Revolution sah folgendermaßen aus: Sie fand unter derart eigenständigen Bedingungen statt, daß sie ihre ideologische Entsprechung nur in einem sehr transformierten Marxismus und eben in einer dem Determinismus entgegengesetzten Richtung finden kann. Man hatte sich des Marxismus bedient, um nachzuweisen, daß die proletarische sozialistische Revolution in Rußland unmöglich ist. Wenn die Ökonomie tatsächlich den ganzen gesellschaftlichen Prozeß determiniert, dann muß man in einem ökonomisch rückständigen Rußland noch auf die Entwicklung der kapitalistischen Industrie warten und darf allenfalls mit einer bürgerlichen, nicht aber mit einer proletarischen Revolution rechnen. Das ist die Stimme des sozialistischen Determinismus. Die russische Revolution hat aber einen Weg eingeschlagen, der dafür spricht, daß nicht alles durch die Ökonomie determiniert wird. Damit entstand in Sowjetrußland die neue Philosophie des Marxismus-Leninismus. Sie hält sich weiterhin für eine marxistische Philosophie, aber für eine marxistische Philosophie in der Epoche der proletarischen Revolutionen.

Die sowjetische Philosophie ist dem aufklärerischen Materialismus des 18. Jahrhunderts entgegengesetzt. Für sie wird alles nicht durch die Aufklärung des Denkens, nicht durch das Licht der Vernunft bestimmt, sondern durch die Exaltation des Willens, einer revolutionären titanischen Willensanstrengung.

Die philosophische Arbeit muß mit der Arbeit und dem sozialen Aufbauwerk zusammengeschlossen werden, sie bedienen. Die sowjetische Philosophie stellt ihren eigenen Fünfjahrplan auf. Bewußtsein wird durch das Sein bestimmt und findet im Sein statt. Das Sein aber wird materiell gedacht, obwohl die Materie beinahe wieder spirituell gedacht wird. Die philosophischen Polemiken, die in Sowjetrußland jahrelang anhalten und dann gedruckt werden, machen eher den Eindruck theologischer als philosophischer Streitgespräche.

Philosophisches Titanentum setzt eine Veränderung im Freiheitsbegriff voraus. Hier wird Freiheit nicht als Entscheidungsfreiheit verstanden, nicht als die Freiheit, nach rechts oder links abzubiegen, sondern als eine aktive Veränderung des Lebens, als ein Akt, den nicht der individuelle, sondern der soziale Mensch vollbringt, nachdem die Entscheidung getroffen ist. Wir sehen auch, daß im russischen kommunistischen Reich die Freiheit des Gewissens und des Denkens vollkommen geleugnet wird. Der Begriff Freiheit bezieht sich ausschließlich auf das kollektive und nicht auf das individuelle Bewußtsein. Das Individuum hat keine Freiheit im Verhältnis zum sozialen Kollektiv, es hat auch kein individuelles Gewissen oder individuelles Bewußtsein.

Die revolutionäre kommunistische Moral erweist sich unweigerlich als gnadenlos gegenüber dem lebendigen konkreten Menschen, gegenüber dem Nächsten. Der individuelle Mensch wird als Ziegelstein angesehen, der für den Bau der kommunistischen Gesellschaft notwendig ist. Er ist weiter nichts als ein Mittel.

Im Kommunismus gibt es das gesunde, richtige und mit dem Christentum völlig übereinstimmende Verständnis des Lebens eines jeden einzelnen Menschen als Dienst an einem überindividuellen Ziel, als Dienst nicht an sich selbst, sondern an einem großen Ganzen. Diese richtige Idee aber wird durch die Leugnung des selbständigen Wertes und der selbständigen Würde jedes einzelnen menschlichen Individuums und seiner geistigen Freiheit entstellt. Im Kommunismus gibt es die richtige Idee, daß der Mensch im Zusammenschluß mit anderen Menschen sein soziales und kosmisches Leben regeln und organisieren soll. Im russischen Kommunismus hat diese Idee, die ihren radikalsten Ausdruck bei dem christlichen Denker Nikolai Fjodorow (Fjodorow, N. F., 1828 – 1903, russischer Religionsphilosoph – d. Red.) fand, beinahe an Besessenheit grenzende Formen angenommen und macht den Menschen zum Mittel und zum Werkzeug der Revolution. Alle diese Verfälschungen werden nicht so sehr durch das sozialökonomische System des Kommunismus als durch seinen falschen Geist bestimmt. Die Freiheit des Geistes wird nicht durch Ökonomie geleugnet, die gegenüber dem Geist machtlos ist, sondern wiederum durch den Geist, durch einen Geist, der in der Freiheit seinen Feind sieht. Der militante, geisttötende Materialismus des Kommunismus ist eine Erscheinung des Geistes und nicht der Materie, ist eine falsche Gerichtetheit des Geistes.

Die kommunistische Ökonomie kann an und für sich neutral sein. Es ist die kommunistische Religion und nicht ihre Ökonomie, die dem Christentum, dem Geist und der Freiheit feindlich gegenübersteht. Wahrheit und Lüge sind im Kommunismus eben deshalb so miteinander vermischt, weil der Kommunismus nicht nur ein soziales, sondern auch ein geistiges Phänomen ist. In der Idee der klassenlosen Gesellschaft der Arbeit, in der jeder für andere und für alle, für ein überindividuelles Ziel arbeitet, ist die Leugnung Gottes, des Geistes und der Freiheit nicht enthalten, sondern diese Idee entspricht dem Christentum viel mehr, als die Idee, auf der die bürgerliche kapitalistische Gesellschaft beruht. Die Verbindung dieser Idee mit einer falschen Weltanschauung jedoch, die Geist und Freiheit leugnet, hat verhängnisvolle Folgen.

Es war eben der religiöse Wesenszug des Kommunismus, es war eben die Religion des Kommunismus, die ihn antireligiös und antichristlich werden ließ. Die kommunistische Gesellschaft und der kommunistische Staat erheben den Anspruch, ganzheitlich und umfassend sein. Das ist aber schon die Grundlüge. Ganzheitlich und umfassend kann nur das Reich Gottes sein, Caesars Reich dagegen ist immer partiell. Für den Kommunismus wird das Reich Caesars zum Reich Gottes, genau so wie im deutschen Nationalsozialismus, nur noch konsequenter und radikaler. Eben das führt zur Unausweichlichkeit des geistigen Kampfes. Der verhängnisvolle Fehler besteht darin, diesem geistigen Kampf den Charakter eines sozialen Kampfes zu geben.

Das macht den Kampf gegen die Lüge des Kommunismus auch so unwirksam. Die ganze Welt schreitet zur Liquidierung ihrer alten kapitalistischen Gesellschaften und zur Überwindung des Geistes, der sie beseelt. Die Hinwendung zum Sozialismus, zu einem weit und nicht doktrinär aufgefaßten Sozialismus, ist eine weltweite Erscheinung. Dieser weltweite Umbruch zu einer neuen Gesellschaft, deren Erscheinungsbild noch nicht deutlich ist, vollzieht sich in Übergangsstadien. Ein solches Übergangsstadium ist, was man als gebundenen, regulierten oder staatlichen Kapitalismus bezeichnet. Das ist ein schwerfälliger Prozeß, der durch die Absolutsetzung des Staates begleitet wird. In Sowjetrußland wird dieses Stadium, das noch kein Sozialismus ist, durch die alten Traditionen des absolutistischen Staates überaus begünstigt. In dem, was in

Sowjetrußland vorgeht, gibt es viel Elementares, gibt es die elementare Zivilisierung der Arbeiter- und Bauernmassen, die aus dem Zustand des Analphabetentums heraustreten. Daran ist nichts spezifisch Kommunistisches. Der Zivilisationsprozeß aber vollzieht sich für die Massen über einen Austausch der religiös-christlichen gegen die marxistisch-kommunistische Symbolik. Unnormal und krankhaft ist nur, daß die Gewöhnung der Massen an die Zivilisation sich bei einer vollständigen Auflösung der alten russischen Intelligenz vollzieht. Die Revolution, von der die Intelligenz immer geträumt hat, war zugleich ihr Ende. Das wurde festgelegt durch die ererbte Spaltung der russischen Geschichte, durch die jahrhundertalte Spaltung zwischen Intelligenz und Volk sowie durch eine gewissenlose Demagogie, durch welche die russischen Kommunisten gesiegt haben. Das aber führte zu einem entsetzlichen Mangel an intelligenter Kraft.

Sieht man sich den russischen Kommunismus im Licht des russischen historischen Werdegangs genauer an, sieht man, daß er

Die Hinwendung zum Sozialismus, zu einem weit und nicht doktrinär aufgefaßten Sozialismus, ist eine weltweite Erscheinung

die Deformation der russischen Idee, russischen Sendungsbewußtseins, russischer Universalität, russischen Suchens nach dem Reich der Wahrheit ist, eine Deformation russischer Ideen, die in einer Atmosphäre des Krieges und des Auseinanderfallens entstellte Formen angenommen haben. Nun ist der russische Kommunismus stärker mit russischen Traditionen verbunden, als man gemeinhin denkt, und zwar nicht nur mit guten, sondern auch mit sehr üblen Traditionen. Die nihilistische Einstellung zur Welt und zum Menschen ist eine verunstaltete Form der asketischen Orthodoxie. Damit stehen wir kurz vor dem nächsten Problem, einem religiösen Problem, nämlich dem Verhältnis zwischen Kommunismus und Orthodoxie.

Der Haß der russischen Kommunisten auf das Christentum schließt einen Widerspruch ein, den diejenigen nicht bemerken können, deren Bewußtsein von der kommunistischen Doktrin unterdrückt ist. Der beste Typ eines Kommunisten, das heißt, eines Menschen, der ganz vom Dienst an der Idee eingenommen, der zu riesigen Opfern und uneigennützigem Enthusiasmus in der Lage ist, ist nur möglich infolge einer christlichen Erziehung menschlicher Seelen, infolge der Bearbeitung des rohen Menschen durch den christlichen Geist. Die Ergebnisse dieses nicht sichtbaren und überirdischen christlichen Einflusses auf menschliche Seelen bleiben auch dann bestehen, wenn diese Menschen sich in ihrem Bewußtsein vom Christentum abwenden oder gar zu seinen Feinden werden. Wenn man zuläßt, daß die antireligiöse Propaganda die Spuren des Christentums in den Seelen der russischen Menschen endgültig auslöscht, wenn sie jedes religiöse Empfinden vernichtet, dann wird die Verwirklichung des Kommunismus unmöglich, weil niemand mehr wünscht, Opfer zu bringen, und niemand mehr das Leben als Dienst an einem überindividuellen Ziel begreift. Dann siegt endgültig der Typ des gewissenlosen Egoisten, der nur noch an seine eigenen Interessen denkt. Dieser Typ spielt auch heute schon keine geringe Rolle...

Der Kommunismus wollte seiner Idee nach nicht nur Gerechtigkeit, sondern auch Brüderlichkeit in den zwischenmenschlichen Beziehungen, wollte die Kommunion zwischen den Menschen herstellen. Es wäre aber naiv und albern zu denken, daß Brüderlichkeit zwischen den Menschen durch zwangsweise von außen ausgeübten sozialen Drill oder per Gewöhnung verwirklicht werden könnte... Dazu ist das Wirksamwerden tiefliegender Seelenkräfte erforderlich. Der materialistische und atheistische Kommunismus ist entweder zum Mißerfolg und zum Untergang oder zur Gründung einer Gesellschaft verurteilt, die einem Mechanismus gleicht, in dem schon keine menschliche Gestalt mehr ausfindig zu machen sein wird...

Der Kommunismus wollte seiner Idee nach nicht nur Gerechtigkeit, sondern auch Brüderlichkeit in den zwischenmenschlichen Beziehungen, wollte die Kommunion zwischen den Menschen herstellen. Es wäre aber naiv und albern zu denken, daß Brüderlichkeit zwischen den Menschen durch zwangsweise von außen ausgeübten sozialen Drill oder per Gewöhnung verwirklicht werden könnte... Dazu ist das Wirksamwerden tiefliegender Seelenkräfte erforderlich. Der materialistische und atheistische Kommunismus ist entweder zum Mißerfolg und zum Untergang oder zur Gründung einer Gesellschaft verurteilt, die einem Mechanismus gleicht, in dem schon keine menschliche Gestalt mehr ausfindig zu machen sein wird...



Die Gründung einer unabhängigen Weltorganisation für die Rechte, das kulturelle Überleben und die Rettung zahlenmäßig kleiner Völker wurde vom Schriftsteller und Journalisten **Ruslan Galasow** vorgeschlagen. Er widerspricht der in Wissenschaftlerkreisen gängigen pessimistischen Meinung, die kleinen Völkern seien nicht zu retten, das Verschwinden ihrer Kultur sei eine unabwendbare Folge des Fortschritts. Galasow jedoch meint, diese Erscheinung wäre in erster Linie die Folge einer unvernünftigen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die dazu führte, daß zwischen 1926 und 1979 in der UdSSR 93 Völkern verschwunden sind! Das ist aber nicht nur ein Unglück unseres Landes, sondern der ganzen Menschheit.

Ruslan Galasow meint, daß das Schiedsgericht eines unabhängigen Weltverbandes die kleinen Völker vor dem Untergang bewahren könnte. Der Verband könnte mangelndes Verständnis zwischen den Völkern und Regierungen aus dem Weg räumen, was letztlich die Regierungen verschiedener Länder von so heiklen Problemen, wie sie die nationale Frage darstellt, befreien würde. „Der auf der Einbeziehung lokaler Organisationen beruhende Verband“, sagte Galasow, „könnte ein gutes Modell für die Verwirklichung der Idee zur Schaffung einer Weltgemeinschaft werden.“

Der 49jährige Ruslan Galasow arbeitet bei der Zeitung „Literaturnaja

gaseta“ und der Zeitschrift „Wokrug sweta“, für die er hauptsächlich ethnographisches Material sammelte. Bei seiner Arbeit für die Kreiszeitung „Aleutskaja swesda“ versuchte er, den Überresten einstmalig bedeutender Völker zu helfen, die unter dem Druck der Zivilisation ihre Traditionen, ihre Sitten und Bräuche verloren haben.

Den Problemen der zahlenmäßig kleinen Völkern ist auch sein Buch „Für wen singen die Vögel“ gewidmet. Die Idee zur Gründung des Verbandes wurde von Andrej Sacharow, Ales Adamowitsch und Boris Jelzyn unterstützt.

Der 75jährige Patriarch der rumänisch-orthodoxen Kirche **Teoctist** erklärte, daß er sich aus der aktiven Tätigkeit zurückziehen will. Die offiziellen Motive für diese Entscheidung sind sein fortgeschrittenes Alter und sein angegriffener Gesundheitszustand. Leute, die ihn kennen, behaupten jedoch, daß der



Patriarch trotz seines hohen Alters recht gesund sei. Möglicherweise besteht der Grund für seine Demission in der Unzufriedenheit der Gesellschaft und der Kirche mit der Haltung der orthodoxen Hierarchie gegenüber dem Ceausescu-Regime. Das Telegramm, in dem er seine Unterstützung für den Diktator nach den Erschießungen in Timisoara zum Ausdruck brachte, ist nur eine Episode aus der jüngsten Geschichte der rumänisch-orthodoxen Kirche unter Teoctist, der Geschichte einer praktisch

völligen rechtlosen und diktatorhörigen Kirche.

„Wir lebten in ständiger Angst“, erklärte der Patriarch die Gründe für den Kompromiß mit der Tyrannei. Dieser Kompromiß war jedoch nach Meinung der Öffentlichkeit zu weit gegangen.

Der Journalist **Gennadi Ni-Li** wurde zum Ratsvorsitzenden der Außenwirtschaftsassoziations „Interpros“ gewählt. Früher hat



Ni-Li bei der Zeitung „Iswestija“ gearbeitet, wo

er die Rubrik „Wir und die Welt“ gestaltete.

Der gelehrte Jurist kennt sich im internationalen und sowjetischen Wirtschaftsrecht gut aus. Offensichtlich stellt deshalb die Beratung sowjetischer Betriebe und ihrer ausländischen Partner eine der wichtigsten Tätigkeitsrichtungen von „Interpros“ (Moskau, Permskaja ul. 11, Tel.: 160 25 10, Telex: 411 386 INTER) dar. Hierzu gehören u. a. die Zusammenstellung und Ausfertigung von Unterlagen für die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen, die Suche nach Partnern oder die Führung von Vertragsverhandlungen, bei denen „Interpros“ die Interessen des sowjetischen oder ausländischen Auftraggebers wahrnimmt. Außerdem gründet die Assoziation gegenwärtig ein Konsultationsbüro zusammen mit Kollegen aus Südkorea, den USA, der Tschechoslowakei und Bulgarien.

Zusammen mit der Moskauer Journalistenorganisation und einem südkoreanischen Verlag will „Interpros“ eine Zeitschrift herausgeben, in der Werke der Literatur, Geschäftsinformationen und Werbung veröffentlicht werden sollen.

Rosario Murillo, die frühere Ehefrau von Nikaraguas Präsidenten Daniel Ortega, hofft, wie die Londoner „Times“ schreibt, im März 1990 in Managua einen internationalen Kongreß der Okkultisten und Magier durchführen zu können. Die Teilnehmerin des revolutionären Kampfes und Dichterin Rosario Murillo ist davon überzeugt, daß die Magie nicht nur im Aufstellen von Horoskopen und Deuten von Handlinien besteht, sondern eine Weltanschauung darstellt. Rosario Murillo sagte, die Magie würde eine große Rolle beim Kampf der Sandinisten gegen die Contras spielen.

Inzwischen hat eine Gruppe evangelischer Pastoren beim Präsidenten

Ein Sozialdemokrat

Der 29jährige **Oleg Rumjanzew**, einer der drei Co-Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Assoziation, beschäftigt sich mit der für einen Sozialdemokraten natürlichsten Sache, der Teilnahme am Wahlkampf im Moskauer Stadtbezirk Sewastopolski. Er ist einer der Organisatoren neuer Bürgerinitiativen und leitet seit 1987 den Klub „Demokratische Perestroika“. Zusammen mit den Deputierten, die sich zur interregionalen Gruppe zusammengeschlossen haben, erarbeitete er eine Reihe von Dokumenten und Gesetzesvorlagen. Seine Wahlkampflosung lautet: „Vom Sozialismus der Armut und Rechtlosigkeit zur Demokratie des Wohlstandes und der Gerechtigkeit“. Rumjanzew meint, man müsse die Reform konsequent durchsetzen und jeden Versuch vereiteln, die Erneuerung zu verhindern. Gefragt ist ein entschlossener Übergang von einem handlungsunfähigen System zu zivilisierten Normen und zu einer freien Bürgergesellschaft. Darin besteht eine Garantie dafür, daß ein Abgleiten des Landes ins Chaos und die Errichtung einer neuen Diktatur verhindert werden kann. An der Spitze dieser Politik müssen ehrliche und sachkundige Leute mit einer reinen Weste stehen.

Beim Gründungskongreß der SDA am 13.-14. Januar in Tallinn hielt Rumjanzew eine Rede, in der er die Gründung der Assoziation als logischer Schritt bei der Entwicklung der demokratischen Bewegung bezeichnete. „Dieser Schritt ist durch die Logik der Befreiung der Bürgergesellschaft von der Leibeigenschaft bedingt, die organisierte Formen der Beteiligung an der Politik erforderlich macht. Die SDA ist dem Mantel eines informellen Zusammenschlusses entwachsen. In der nächsten Runde der Reform muß sie zu einer parlamentarischen Partei werden und sich an den Machtstrukturen beteiligen.“





Barbie gekämpft. Nach der Gerichtsverhandlung begannen sie mit der Vorbereitung auf den Prozeß gegen französische Kollaborateure, die mit der Gestapo zusammengearbeitet haben.

Für seine Verdienste bekam Klarsfeld den Orden der Ehrenlegion verliehen.

Kürzlich berichtete das französische Fernsehen, Serge Klarsfeld, der sich mit der Untersuchung der Verbrechen von A. Brunner befaßt, dem die Vernichtung von 130 000 Juden in Griechenland, der Tschechoslowakei und Frankreich angelastet wird, sei aus Syrien ausgewiesen worden. Der Moderator sagte, die französischen Behörden verfügten über Informationen, daß sich A. Brunner all die Jahre in Syrien versteckt hielt. In Damaskus erklärte man jedoch, es gäbe keine Hinweise über den Verbleib des Verbrechers.

Die Absolventin der Journalismusfakultät der Moskauer Lomonossow-Uni-



versität **Alexandra Kaloshina** hat ihre Begabung für die Werbung entdeckt. Im Auftrag der Firma „Dzintars“ schrieb sie Werbesprüche für Parfüm. Alexandra schlug vor: „Cherchez la femme. Suchen sie die Frau dort, wo sie das Aroma des männlichen (Name des Produktes) spüren.“ Für eine Wohltätigkeitsorganisation entwickelte sie den Spruch: „Geld will zur Bank. Am besten auf das Konto Nr. ...“ Für die Lebensversicherung schrieb sie: „Ich vertraue der staatlichen Versicherung wie mir selbst. Also

kann ich mich auch selbst der staatlichen Versicherung anvertrauen.“ Während der Abonnementskampagne der Zeitung „Noworossiski rabotschi“ erschien ein Inserat mit folgendem Wortlaut: „Die Zeitung „Noworossiski rabotschi“ sagt Ihnen adel!“ Die Leser waren schockiert. Darunter stand jedoch der Zusatz: „Wenn sie nicht ihr Abonnement für das kommende Jahr erneuert haben.“ Für ein Plakat über den ordnungsgemäßen Umgang mit Gas prägte sie die Losung: „Ihr Haus ist Ihre Festung. Aber sprengen Sie sie nicht in die Luft!“ Der Auftraggeber änderte den Text jedoch um: „Achten Sie auf sorgsamem Umgang mit Gasgeräten!“

Der Absolvent der „Fastfood-Schule“ in Chicago, der Moskauer **Chamsat Chasbulatow**, schaut voller Optimismus auf die Warteschlange vor dem McDonald's-Lokal. Er ist überzeugt, daß sein Optimismus nicht abnimmt.



Nachdem er die Moskauer Plechanow-Hochschule für Volkswirtschaft absolviert hatte, arbeitete er im Moskauer Gaststättenwesen und war Restaurantleiter. Für McDonald's gab er sein Restaurant „Budapest“ auf und fuhr zu einem Lehrgang nach Kanada und später in die USA, nach Chicago. In der „Fastfood-Schule“ hat man ihm natürlich nicht beigebracht, wie aus vorgefertigten Zutaten Cheeseburger, Hamburger und Big Mac's zubereitet werden, die das Standardangebot von McDonald's bilden, sondern wie man ein Lokal dieser weltbekannten Firma leitet. In Moskau wurde Hasbulatow Direktor der ersten sowjetisch-kanadischen McDonald's-Gaststätte.

„Natürlich kann ein einziges Restaurant nicht all unsere Probleme lösen“, sagte Hasbulatow, „aber es werden zwanzig sein. Skeptiker meinen, Kultur, Qualität, Sauberkeit und Zugänglichkeit, die vier Säulen, auf denen der Ruf der Firma ruht, würden die sowjetische Lebensweise ins Schwanken bringen. Ich denke, daß beim Streit zwischen McDonald's und der Mangelgesellschaft dennoch die Firma die Oberhand behält. Wir haben einen hervorragenden Verarbeitungskomplex im Moskauer Gebiet, hochqualifizierte Fachleute, ein gutes Einkommen unserer Mitarbeiter und den Wunsch zu arbeiten. Die Einnahmen werden zunächst für die Tilgung des Kredits verwendet. Später sollen sie zur Erweiterung der Lokalkette der Firma in der Sowjetunion eingesetzt werden.“

Moskauer Adelsversammlung

Im Gorki-Institut für Weltliteratur fand die erste Adelsversammlung statt. Das vor wenigen Jahren Undenkbare konnte dank **Valentina Orlowa-Korsun**, einer Dichterin, Komponistin und reibblütigen Adligen, Wirklichkeit werden.

„Der Gedanke, eine Adelsgesellschaft zu gründen“, sagte Frau Orlowa-Korsun, „kam nicht urplötzlich. In unserem Land gibt es noch Menschen, deren Wesen man in einem Wort ausdrücken kann: ‚edel‘. In der gegenwärtigen Entwicklungsphase der Gesellschaft in unserem Land, die bereits in den Jahren der Revolution den ‚Bazillus der Gewalt‘ eingekippt bekam, der sich auch gegenwärtig zu erkennen gibt, verlieren wir die Träger des besonderen, des nur für unser Land charakteristischen ‚Adelsgeistes‘. Dieser Verlust wird mit dem Tod dieser Leute unwiderruflich. Es müssen Sofortmaßnahmen für die Aufrechterhaltung der verwandtschaftlichen Beziehungen von Adligen ergriffen werden, um ihnen die Möglichkeit zur Kommunikation und zur Vereinigung der Adelsjugend zu bieten, die in ihrem Gedächtnis das Bild ihrer Vorfahren bewahrt hat.“

Das ist nur ein kleiner Teil des Programms der Kultur- und Aufklärungsgesellschaft. Im Statutentwurf steht u. a., daß die Gesellschaft die Erhaltung und Restaurierung alter Häuser und Güter in und um Moskau, die Eröffnung von historisch-kulturellen Museen fördern wird. Die Gesellschaft beabsichtigt, Adlige moralisch und materiell zu unterstützen, in Moskau einen Klub und eine Adelsversammlung zu eröffnen, eigene Presseerzeugnisse herauszugeben und anderes zu tun, was darauf gerichtet ist, dem Land seine kulturellen Traditionen, seine Vergangenheit wiederzugeben.



Iwan Sgerski-Kascho



Der Name des französischen Rechtsanwalts **Serge Klarsfeld** wurde nach dem Prozeß gegen Klaus Barbie, dem früheren Chef der Gestapo von Lyon, weltbekannt. Klarsfeld, der Sohn eines Häftlings, der im Konzentrationslager umgebracht wurde, und Präsident der Assoziation von Kindern, deren Eltern in Lager deportiert wurden, hat sein Leben der Suche und gerichtlichen Verfolgung von Naziverbrechern gewidmet. Er und seine Frau Beate haben jahrelang um die Auslieferung von

Meditationsübung

Hassija Jagdish Chander, Vizepräsident des Fonds für die Lehre und Forschung von Radscha-Yoga, betrachtet den Verfall der menschlichen Moral als Quell aller Probleme der heutigen Welt. Den Weg zur Lösung dieser Probleme sieht er in individueller Meditation, in der Hinwendung zu Gott. Seine gesellschaftliche Tätigkeit ist auf die Propagierung dieser Ideen gerichtet



Würden Sie, Mr. Hassija, bitte etwas ausführlicher sagen, wie Sie die Gottesidee verstehen? Betrachten Sie Gott als reale Substanz oder als Symbol der geistigen Vervollkommenheit? Wir Materialisten meinen ja, daß alles in der Welt aus Materie ist.

Vor allem ist Gott Liebe und Licht. Gott ist vernünftige Energie, und wie jede Energie ist er auf seine Weise materiell faßbar. Die Gelehrten der Welt sind dem wissenschaftlichen Gottesbeweis schon nahe. Die einen behaupten zwar, Er bestehe bereits auf subatomarer Grundlage. Dieser Theorie zufolge, die wir Monismus nennen, ist Gott allgegenwärtig, d. h. er ist auch in der nichtlebendigen Materie zugegen. Wir sind nicht Anhänger dieser Theorie. Wir sind Dualisten. Unserem Glauben nach ist Gott dort zugegen, wo Vernunft ist. Und höchste Manifestation der Vernunft auf Erden ist der Mensch, d. h. das Wesen mit einer unsterblichen Seele.

Was verstehen Sie unter der Seele?

Sie wissen sicherlich von zahlreichen Fällen der Wiederauferstehung nach dem klinischen Tod. So gut wie alle, die den klinischen Tod durchgemacht haben, berichten, sie hätten ein weißes Licht gesehen, das Liebe ausstrahlte. Vor dem Hintergrund dieses Lichts seien wie im Zeitraffer die wichtigsten Momente ihres Lebens abgelaufen. Dieses Licht – das ist Gott. Die Seele des Menschen ist in Kontakt mit Ihm getreten und hat ein Gefühl des Glücks erfahren. Was die Seele selbst angeht, so stellt sie ebenfalls sozusagen Hochfrequenzenergie dar. Alles, was Sie sehen, hören, spüren usw., wird in Ihrem Gehirn registriert, verwandelt sich in Hochfrequenzen. Stirbt ein Mensch, kommen all diese Hochfrequenzaufzeichnungen nicht zum Stillstand. Alle Erinnerung an das Leben verläßt den menschlichen Körper und existiert weiter als Konzentration ver-

nünftiger Energie, die sich mit beliebiger Geschwindigkeit überall hin durch den Raum bewegen kann. Nach seinem Tod bewertet der Mensch sein gelebtes Leben. Die höchsten Energiefrequenzen der Seele werden vom Gefühl der Liebe hervorgerufen. Die höchste Frequenz – das ist Gott, die Verkörperung der höchsten Liebe. Das Gefühl des Hasses läßt die Frequenzen sinken. Im Jenseits bewertet der Mensch die Ergebnisse seines Lebens an Gott als Maß. Je mehr er die Menschen geliebt hat, desto näher ist er Gott. Diejenigen, die in ihrem Leben viel gehaßt haben, sind in einer schweren geistigen Verfassung. Ihnen steht eine schwere Reinkarnation bevor – ein weiterer Versuch, sich über die Heimsuchungen des Lebens Gott zu nähern.

Krishnas Jünger verkaufen jetzt in Moskau ein Buch, in dem behauptet wird, der Mensch könne bei der nächsten Reinkarnation als Tier wiedergeboren werden. Wenn sich jemand zu Lebzeiten schweinisch verhalten hat, dann werde er eben ein Schwein usw. Was meinen Sie dazu?

Nein, solche Vorstellungen lehne ich ab. Ein Mensch wird stets als Mensch geboren. Die Seele hält im Neugeborenen Einzug zusammen mit der Erinnerung an alle von ihm gelebten Leben. Alle von uns gelebten Leben schlummern unter der Gehirnrinde. Die Wissenschaftler haben nicht erklären können, warum der Mensch eine so große Masse unter der Gehirnrinde braucht. Sie aber speichert sozusagen alle früheren Leben. Und sie ist blockiert, getrennt von der Hirnrinde, die sein jetziges Leben aufzeichnet. Sonst würde der Mensch wahnsinnig werden.

Mr. Hassija, dieser Theorie zufolge lebe ich jetzt möglicherweise gar nicht? Vielleicht spiele ich nur erneut die Aufzeichnung aller Empfindungen durch, die ich schon einmal durchgemacht habe? Sie kennen ja den „Deja-Vue-Effekt“, wenn Sie sagen, daß Sie einen

bestimmten Augenblick schon einmal durchgemacht haben.

Bisweilen kommt es zu einem Durchbruch aus der Sphäre des Unterbewußtseins in das Haupthirn bei einer ähnlichen Situation aus einem früheren Leben.

Wenn ich mir das neueste Modell eines Videorecorders ansehe und den „Deja-Vue-Effekt“ empfinde, glaube ich nicht, daß ich ein solches Gerät in einem früheren Leben habe sehen können. Solche Geräte hat es einfach nicht gegeben.

Träger der endgültigen Wahrheit und alles Wissens ist Gott. Wir können verschiedene Hypothesen anstellen, um die merkwürdigen Erscheinungen, von denen es so viele auf der Welt gibt, zu erklären. So habe ich in einer wissenschaftlichen Zeitschrift einen Artikel über den zyklischen Charakter der Zeit veröffentlicht. Sie wissen, daß man eine Gerade nicht endlos im Raum ziehen kann. Der Raum hat eine Krümmung. Die Zeit ist mit dem Raum verbunden, und ihre Aufnahme durch den Menschen ist subjektiv. Ich meine, daß die Zeit ebenfalls eine Krümmung hat. Folgt man dieser Krümmung, gerät man früher oder später in einen geschlossenen Kreis. Vielleicht werden Sie und ich in sehr ferner Zukunft hier an dieser Stelle sitzen und genau das Gleiche sagen. Alles wird absolut das Gleiche sein. Sie sagen, das sei paradox. Doch die Wissenschaft ist vor eine Vielzahl derartiger Paradoxa gestellt, und sie akzeptiert diese ohne weitere Begründung. So kann das „Deja-Vue“ eine ferne Erinnerung an genau so ein Leben sein.

Übrigens haben unsere in den Tiefen des Hirns aufgezeichneten früheren Leben sehr starken Einfluß auf uns, bestimmen in vielem unseren Charakter, unsere Antipathien und Sympathien. Siegmund Freud untersuchte das Unterbewußtsein unseres laufenden Lebens. Hier haben wir es mit einer tieferen Schicht des Unterbewußtseins zu tun. Bisweilen empfinden wir eine unerklärliche Zuneigung für den einen oder anderen. Das bedeutet, er war in einem früheren Leben ein guter Freund oder gar ein Verwandter. Das Gleiche gilt für unerklärliche Antipathie. In einem früheren Leben war der betreffende offenbar mein Feind.

All das wird schon in der Kindheit deutlich. Sagen wir, ein Vater betritt zusammen mit seinen Kindern ein großes Geschäft. Das eine Kind greift gleich nach einem Musikinstrument, das andere nach einer Sportausrüstung, das dritte nach einem Buch oder nach Farben. Das bedeutet, in einem früheren Leben interessierte sie das besonders. Mozart war deshalb schon als Kind ein Musiker, weil er es in einem früheren Leben war. Die einen haben Höhenangst, andere haben Angst vor Wasser oder Feuer, fürchten einen ganz konkreten

Todesgrund. Das bedeutet, ihr früheres Leben nahm ein solches Ende: Jemand fiel aus großer Höhe oder ertrank.

Bedeutet dies, das Ziel der Reinkarnation wird, wenn ich Sie richtig verstanden habe, lehren die Menschen zu lieben, sich Gott zu nähern?

Ja, dem ist so. Darin bestehen Sinn und Ziel des Menschenlebens. Der Mensch muß immer wieder zur Erde zurückkehren, um Barmherzigkeit und Liebe zu seinem Nächsten zu lernen. Menschen wie Jesus Christus haben ihr Ziel erreicht. Er liebte sogar diejenigen, die ihn quälten. Er wurde eins mit Gott und braucht nicht mehr auf die Erde zurück. Die großen Sünder werden nach ihrem Tod meist schon bald wiedergeboren, müssen jene Qualen durchmachen, die sie anderen zufügten. Das ist das Karma, das Gesetz der Vergeltung. Diesem Gesetz nach müssen Sie die Menschen so behandeln, wie Sie wollen, daß man Sie behandelt... Und die Vergeltung kommt unweigerlich – nicht in diesem Leben, sondern im nächsten.

Sie meinen also, daß sich der Mensch vor dem moralischen Verfall retten kann, indem er Barmherzigkeit und Nächstenliebe lernt? Doch wie soll man konkret Menschen lieben lernen, die erbost, die aggressiv, die grob wegen der jetzigen Probleme in unserem Leben sind?

Man muß mit Meditation beginnen. Sie nimmt die Depression von uns, wirkt sozusagen prophylaktisch bei vielen stressbedingten Krankheiten. Würden sich die Politiker mit Meditation befassen, würden sie sanfter und humaner werden. Die Rauschgiftsucht würde überwunden werden, Friede würde einkehren. Doch das natürlich nur, wenn sich alle zumindest einige Minuten am Tag der Meditation hingeben würden.

Und wie macht man das?

Setzen Sie sich hin, entspannen Sie sich, damit Sie nichts stört. Befreien Sie sich von allen äußeren Störquellen. Sie brauchen dabei die Augen nicht unbedingt zu schließen. Denken Sie nicht an die Arbeit, nicht an die Familie und an andere Dinge dieser Welt. Stellen Sie sich Gott in Gestalt einer hellen weißen Lichtkugel vor, irgendwo im Weltraum, jenseits der Sonne und der Sterne. Gelingt Ihnen das, dann wiederholen Sie in Gedanken, diesem göttlichen Licht zugewandt: Ich bin die Seele. Ich bin dieses Licht. Ich bin rein von Natur. Ich bin friedlich von Natur. Ich bin unsterblich. Ich bin ein Kind Gottes. Oh Gott, mein Vater, meine Mutter, mein geliebter Freund, mein geistiger Führer, meine Weltsicht. Du weißt alles, Du bist der Frieden, Du bist der Segen, Du bist die Liebe, Du bist die Allmacht, Du bist die Barmherzigkeit.

Nach einer solchen Meditationssitzung spüren Sie, daß Sie besser geworden sind. Allmählich werden Sie ein anderer Mensch, Ihnen fällt es leichter zu leben. Werden alle so handeln, wird der Friede Einzug halten.

Aufgezeichnet von D. Sgerski

Ein Landsmann

Mstislaw Rostropowitsch im Großen Saal des Konservatoriums

Seine ersten Worte vor dem Konzert in Moskau begann Mstislaw Rostropowitsch mit: „Liebe Landsleute...“ Ich weiß nicht, wer da betrübter ist und wer mehr Freude empfindet – wir, die wir ihn hören, oder er, der uns diese Worte sagt. Und zwar, weil im Grunde alle Erdenbürger Landsleute des großen Musikers sind.

Das Konzert hinterließ einen unvergeßlichen Eindruck. Ich kenne viele Interpreten der beiden großen Werke, die im Programm vertreten sind – von Tschaikowskis Sechster und von Schostakowitschs Fünfter –, und stets schienen mir Mrawinski und Bernstein diesen musikalischen Meisterwerken am besten gerecht zu werden. Heute kann ich die verschiedenen Interpretationen nicht miteinander vergleichen, ich weiß nicht, welche besser ist. Ich will auch gar nicht wissen, was besser und was schlechter ist. Das, was im Großen Saal des Konservatoriums erklang, war etwas ganz anderes. Komponisten, die schon nicht mehr unter uns weilen, sprachen auf einmal auf neue Art mit uns, berichteten von Freud und Leid der heutigen Welt.

Vor gut 20 Jahren, als ich erfuhr, daß sich Rostropowitsch, der schon damals der erste Violoncellist der Welt war, dem Dirigieren widmen wollte, konnte ich, lebensunerfahren wie ich war, absolut nicht begreifen, warum er das wollte. Sein Können, ja sein Genius kamen meiner Meinung nach ganz als Violoncellist zum Ausdruck. Heute weiß ich, daß vor uns nicht nur ein Musiker – wenn auch ein so großer Musiker – auftrat, heute hat uns der herausragende Dirigent seine Vision der Umwelt und seine originelle Interpretation einer uns so gut bekannten und oft gehörten Musik geschenkt. Vor uns tat sich die Persönlichkeit eines großen Mannes auf.

Dieses erstaunliche Einssein mit der Musik, der Bericht über sein eigenes, in vielem tragisches Leben. Es ist der Bericht eines Mannes, der 16 Jahre lang des Rechtes beraubt war, seine Heimat zu sehen. Eines Mannes, dem man das Recht aberkennen wollte, unserem Land zu dienen, dem er dienen wollte und trotz allem diente. Wie würdig, daß Menschen wie Rostropowitsch ihre Kränkungen nicht von den Verantwortlichen auf das Volk, auf diejenigen, die seine Kunst, seine Güte so brauchen, übertragen.



Von den ersten Minuten an, als das Nationale Sinfonieorchester der USA einsetzte, als Barbers strenge und dankbare Musik erklang, vom ersten Akkord der Streicher war deutlich, daß dies hier wahre Kunst ist. Und unsere Klagen erwiesen sich als grundlos, daß das Publikum, die Jugend den Sälen der Konservatorien heute Popshows mit Lichteffekten vorziehe. Schauen Sie nur, was sich im Großen Saal des Konservatoriums und in seiner Umgebung tat! Die Gesichter der Menschen sprachen davon, daß dies keine billige Sensation, keine Mode ist. Nein, daraus spricht nicht nur der Wunsch, an einer politischen Aktion teilzunehmen – an der Begegnung mit dem großen Musiker nach dessen langer Trennung von der Heimat. Nein, alles, buchstäblich alles wurde von dem Gefühl verdrängt, daß wir uns zu eben jenen geistigen Höhen aufschwingen, nach denen es uns so verlangt...

Barbers strenge und zugleich gefühlvolle Romantik wird von der Tragik der Sechsten Sinfonie Tschaikowskis abgelöst, die auf ganz neue Weise zu Gehör gebracht wird. Und das schockiert nicht nur, das erstaunt nicht nur – es scheint geradezu paradox: Wie erklärt sich, daß niemand früher auf diese einfache und überzeugende Lösung kam! Die von uns schon so oft gehörte Fünfte Sinfonie Schostakowitschs erklang ebenfalls völlig neu, und keine zeitgenössischen Epitaphen für die Opfer des Stalinismus können es mit der Stärke der Tragik aufnehmen, die der Dirigent aus diesem Werk holte.

Unsere Landsleute besuchen die Heimat. Doch wie oft erweisen sie sich für uns als ehemalige Landsleute! In diesen Jahren sind sie uns fremd geworden, und wir sind ihnen fremd geworden. Sie sind uns nicht mehr gewohnt, verstehen uns nicht mehr, die Kränkungen haben sie nicht vergessen. Und man kann sie verstehen. Doch es gibt in der Welt nach wie vor Menschen, deren inneres Licht vereint.

Haben Sie Dank, Mstislaw Rostropowitsch, haben Sie Dank, unser Landsmann!

Mikael Tariwerdijew

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“:

Ein aktueller Überblick über das neue Denken, Glasnost und Perestroika

Die „Neue Zeit“ bringt Beiträge sowjetischer und ausländischer Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten, ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen. Die „Neue Zeit“ erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch, tschechisch und griechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.)

- Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162, 1000 Bruxelles.
- Association Belge – URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
- Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite-Ile, B-1070, Bruxelles

BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND (58 DM)

- VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H. Xantener Str. 7 Postfach 10 15 55 4040 Neuss 13
- Lange & Springer GmbH & Co. KG Postfach 10 16 10 5000 Köln 1
- Kubon und Sagner GmbH Postfach 34 01 08 8000 München 34

DÄNEMARK (158 dkr.)

- „Sputnik“ International Vester Voldgade 11 1552 Copenhagen K
- „Akademisk Boghandel“ Universitetsparken, DK-8000 Aarhus C

DDR – alle Postämter

HOLLAND (52 hfl.)

- Pegasus Bockhandel Leidsestraat 25 1017NT Amsterdam
- Swets Subscription Service 347b. Heerweg P. O. Box 830 2160 SZ Lisse-Holland

JUGOSLAWIEN

- „Jugoslovenska knjiga“, 11 000 Beograd, Trg. Republike, POB 36
- Prosveta Export-Import Agency, 11 001 Beograd, Terazije 16/1.
- „Mladost“, Export-Import 41 000 Zagreb, Ilica, 30

- „Drzavna Založba Slovenije“, Export-Import, 61 001 Ljubljana, Titova 25. P. O. B. 50-1.
- „Veselin Maslesa“ OOUR Izvoz-Uvoz Ulica Jna 42 71 000 Sarajevo, SFRY
- Knigoizdatelstvo Makedonska Kniga Otdelenije za Stranska literatura Ulica Tiranska b.b. 91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (620 bfr.)

- Messageries Paul Kraus, Case Postale 2022, 11, rue Christophe Plantin Luxemburg-Gare

NORWEGEN (132 nkr.)

- „Narvesens“ Info Center P. O. Box 6125 Etterstad, N-0602, Oslo 6

ÖSTERREICH (400 ÖS)

- „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, Höchstädtplatz 3, A-1206 Wien.
- „Das Internationale Buch“, Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1

POLEN – Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs

SCHWEIZ (58 SF)

- Cobram, CP 117 CH 1211 Geneve 1MB.
- Pinkus Genossenschaft Froschaugasse 7 8025 Zürich 1

TSCHECHOSLOWAKEI

- PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
- PNS-UED Gottwaldovo nam. 6. Bratislava

UNGARN – alle Postämter

USA (25.00 Dollar)

- Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn Drive Rockville, Md. 20852

BERLIN (WEST) (58 DM)

- „das europäische buch“ Thielallee 34, 1000 Berlin 33 West.
- Buchhandlung Elwert & Meurer, Hauptstraße 101, 1000 Berlin 62 West

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn / Frau / Fr./ Fa. / Buchhdlg.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre

Bitte Entsprechendes ankreuzen

Datum

Unterschrift



Neue Möglichkeiten für Geschäftsleute



Die Internationale Handelsverwaltung der
Zivilluftfahrt (MKU GA) hilft Ihnen, Ihre
Probleme beim internationalen
Lufttransport und bei der Gründung von
Gemeinschaftsbetrieben mit ausländischen
Partnern zu lösen.

MKU GA



wickelt jede außenwirtschaftliche
Tätigkeit der Zivilluftfahrt ab, inklu-
sive Lufttransport und Service in
der UdSSR und im Ausland; Devi-
sen- und Finanzverrechnungen;
Abschluß von Verträgen und Ver-
einbarungen; Werbung für Luft-
transport und Service; technische
Hilfe für sowjetische und ausländi-
sche Organisationen, Firmen und
Einzelpersonen bei Wartung und
Reparatur von Flugtechnik, bei Lie-
ferungen von Ausrüstung und
Material und bei der Ausbildung
von Fachleuten.

***Einen Geschäftspartner wie MKU GA zu haben, bedeutet schnellen
und effektiven Zugang zu direkten Geschäftsverbindungen mit Luft-
fahrtgesellschaften, Firmen und Organisationen in fast 100 Ländern
ohne zusätzliche Ausgaben.***

Wenn Sie mit uns zusammenarbeiten wollen, schreiben Sie uns:
125167 Moskau, A-167, Leningradski Prospekt 37
Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt

Telefon: 155 66 47
Telex: 411 969



Aeroflot offeriert die neue internat

14159 9 100 000 002
UTPA TEL, C
1055 3016 4964 MTZR 11



LWOW – PRAG

Die Strecke wird jeden Mittwoch mit einer Jak 42 befliegen.

Flugplan:

Flug	Abflug	Ankunft
Su 697	Lwow 08.40	Prag 08.30
Su 698	Prag 09.50	Lwow 13.40

(Ortszeit)

Die neue Route zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei ist zeitsparend und bietet neue Möglichkeiten, um die bedeutendsten kulturellen Zentren und Städte beider Länder kennenzulernen.

AEROFLOT
Soviet airlines

Nähere Auskünfte über die Flüge auf dieser neuen Strecke gehen alle Vertretungen von Aeroflot.